PROTOKOLL

Glarus Süd *Kraft.*

Gemeindeversammlung Glarus Süd

20. November 2015, 20.00 Uhr

Gemeindezentrum Schwanden

Teilnehmer:	256 Stimmberechtigte	
Vorsitz:	Mathias Vögeli, Gemeindepräsident Glarus Süd	
Behördenmitglieder:	Departementsvorsteher	Fridolin Luchsinger Kaspar Luchsinger Hansueli Rhyner Dr. Brigitte Weibel
	Gemeinderäte	Mathias Zopfi, Vizepräsident Rolf Briker Markus Figi Dr. Christian Marti Kaspar Marti Marc Rinderer Hans-Heinrich Wichser Jakob Wohlwend
	Gemeinderäte entschuldigt:	Daniel Dobler Hanspeter Zweifel
Protokoll:	André Pichon, Gemeindeschreiber Heidi Seibert, Gemeindeschreiberin Stv.	
Dauer:	20.00 Uhr bis 22:10Uhr	

Administratives

Zur Kontrolle der Stimmberechtigung wurde den Stimmberechtigten mit der Einladung zur Gemeindeversammlung ein Stimmrechtsausweis zugestellt, welcher zugleich als Fahrkarte für die öffentlichen Verkehrsmittel galt. Die Abstimmungen während der Versammlung erfolgten durch Hochhalten des Stimmrechtsausweises. Für das Auszählen der Abstimmungen war der Versammlungsraum in drei Sektoren mit je einem Stimmenzähler unterteilt. Das Auszählen der Stimmen war bei keinem Traktandum erforderlich, das Stimmenverhältnis konnte vom Versammlungsleiter Mathias Vögeli bei jeder Abstimmung eindeutig abgeschätzt werden. Für Wortmeldungen aus der Versammlung stand ein separates Rednerpult zur Verfügung und für die nicht stimmberechtigten Gäste war ein separater Bereich ausgeschieden.
Der Vorsitzende stellt fest, dass die Traktandenliste mit dem Memorial und den Stimmrechtsausweisen den Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt wurden. Zudem wurde die Einladung zur Gemeindeversammlung im Amtsblatt Nr. 44 vom 29. Oktober 2015 publiziert. Demzufolge war die Gemeindeversammlung über die traktandierten Geschäfte beschlussfähig.

Protokoll

Das Protokoll umfasst sämtliche Wortmeldungen in zusammengefasster Form. Der Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit halber sind die Mitteilungen des Vorsitzenden wörtlich wiedergegeben.

	Traktanden	Seite
1.	Begrüssung und Mitteilungen	
2.	Budget 2016 - Genehmigung Budget 2016 - Genehmigung Investitionsrechnung 2016 - Kenntnisnahme Finanzplan 2017 - 2019 *Anhang Unterlagen Budget 2016 ab Seite 45*	3
3.	Festsetzung des Steuerfusses pro 2016 - Genehmigung von 63%	5
4.	Statutenänderung Abwasserverband Glarnerland - Genehmigung der Statutenänderung Art. 3	6
5.	Neubau Werkhof Schwanden - Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'995'000.-	8
6.	Genereller Wasserplan GWP der Gemeinde Glarus Süd - Antrag auf Genehmigung	14
7.	Neue Wasserverbindungsleitung Schwanden – Mitlödi - Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio.	18
8.	Reglement Schutzmassnahmen an Wasserläufen - Antrag auf Genehmigung	20
9.	Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung und Umfrage	

Sprachform
Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich gleichermassen auf beide Geschlechter.

1. Begrüssung und Mitteilungen - durch Gemeindepräsident Mathias Vögeli

Archiv-Nummer
10.07

Einleitung
In der Vorbereitung zur heutigen Versammlung war die Absicht da, sich ausschliesslich auf unsere Gemeinde zu konzentrieren, bis sich am vergangenen Samstag die **Terroranschläge in Paris** ereigneten - da darf und soll man nicht einfach wegschauen und so tun, als ob uns das nichts anginge. Eine Garantie, dass solche Anschläge in unserem Land nicht passieren, besteht nicht. In der Zeit des kalten Krieges waren zumindest die Verhältnisse und die Konflikte (Ost – West) klarer eingegrenzt, man wusste woher die Gefahr drohte. Die Grenzen waren kontrolliert. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben sich überall unberechenbare kleine und grössere Konfliktherde gebildet. Terroranschläge und Cyberattacken häufen sich in einem beängstigenden und unberechenbaren Masse und immer in kürzerer Abfolge. Der Gemeindepräsident ist deshalb der Überzeugung, dass die innere Sicherheit dort am grössten ist, wo sich eine Gesellschaft ihrer selbst und der Richtigkeit und Gültigkeit ihrer Werte sicher ist und ihre Werte hochhält. Das ist dort, wo möglichst alle an den Vorteilen teilhaben können und auch dort, wo eine Ordnung für den Einzelnen gehalten ist. Gefährlich wird es mit Glaubensfanatikern und Randständigen, die nichts mehr zu verlieren haben, deshalb ist es wichtig, dass es möglichst wenige gibt, die an Rändern leben, wo die Ordnung und die gesellschaftlichen Werte und die gesetzten Leitplanken abprallen oder den Werten nicht mehr nachgelebt wird, weil die Hemmschwelle so tief ist, dass es schlussendlich nichts mehr zu verlieren gibt. Darum tun auch wir in unserem Land gut daran, diese Werte hochzuhalten, um damit zu erreichen, dass möglichst alle in unserer Gesellschaft diese Werte akzeptieren, befolgen und einander respektieren. Wir uns deshalb glücklich schätzen und als Privileg betrachten, dass wir heute zur Gemeindeversammlung zusammen kommen und demokratisch über Geschäfte entscheiden können.

Budget 2016
Der Gemeinderat legt heute das **Budget 2016** zur Genehmigung vor. Was er bereits im Juni erahnen konnte und auch bereits anlässlich der Gemeindeversammlung vom Juni 2015 mit dem ersten positiven Rechnungsabschluss kommuniziert wurde, bestätigt sich mit dem Budget 2016: Die finanzielle Situation ist und bleibt eine grosse Herausforderung für die Gemeinde Glarus Süd. Vorweg wird kurz auf zwei wichtige Punkte eingegangen:

Effektivitäts- und Effizienzanalyse
Im Rahmen der Effektivitäts- und Effizienzanalyse, mit der sowohl die gemeinsame Aufgabenerfüllung zwischen Kanton und Gemeinden als auch teilweise die Prozesse innerhalb der drei Gemeinden überprüft wurden, zeigte sich, dass die Gemeinden bei zwei Dritteln ihrer Aufgaben, Bundes- und Kantonsaufgaben umsetzen müssen. Der finanzielle Anteil dieser von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben beträgt gegen 90% des Haushalts der Gemeinden. Alleine aufgrund dieser Feststellung wird klar, wie eng der Handlungsspielraum für die Gemeinden effektiv ist. Nichts desto trotz muss Glarus Süd ihre Hausaufgaben machen. Der Gemeinderat ist derzeit daran, die Ergebnisse aus der Effektivitäts- und Effizienzanalyse zu sichten und die weiteren Schritte zu definieren.

Auch vor dem Hintergrund, dass der GR nach wie vor den Auftrag hat, Massnahmen auf Ertrags- und Aufwandseite auszuarbeiten, um mittelfristig (bis 2018) eine ausgeglichene Erfolgsrechnung zu erreichen.

Wirksamkeitsbericht 2
Ein weiteres wichtiges Anliegen der Gemeinde Glarus Süd wird der Wirksamkeitsbericht 2 sein, der für den Herbst 2015 in Aussicht gestellt wurde und bei dem die Gemeinden über das Vernehmlassungsverfahren involviert sein werden. Vergangene Woche kam der Bescheid des Regierungsrates, dass sich der Wirksamkeitsbericht 2 verzögern werde und demnach die Vernehmlassung erst im Frühling 2016 erfolgen werde. Im Rahmen des Wirksamkeitsberichts 2 wird überprüft, ob der Finanzausgleich seine Zwecke erreicht. Im Rahmen einer Vorvernehmlassung hatten die Gemeinden bereits Ende 2014 die Möglichkeit, sich bzgl. der Fragestellungen einzubringen, welche die Ausgangslage für den Wirksamkeitsbericht bilden.

Legislaturplanung/Gemeindeführungsmodell
An der Frühlingsversammlung wurde an dieser Stelle informiert, dass der Gemeinderat die Zielsetzungen und Massnahmen (Legislaturziele) für die laufende Amtsdauer ausarbeitet. Dieser Prozess wurde Ende Juni abgeschlossen. Der Gemeinderat wird nun halbjährlich eine Standortbestimmung vornehmen und überprüfen, wie weit fortgeschritten die Umsetzung der Ziele sind. Über die Zielsetzungen und den Stand der Umsetzung wird in den lokalen Medien und über unsere Webseite noch informiert. Eine wichtige Zielsetzung im Rahmen des Legislaturprogrammes ist es, das Gemeindeführungsmodell zu überprüfen und anzupassen. Darüber wurde ebenfalls bereits informiert. Eine Arbeitsgruppe arbeitet derzeit an möglichen alternativen Modellen, die im Gesamtgemeinderat anfangs 2016 im Rahmen einer Klausur diskutiert werden. Zu gegebener Zeit werden die Parteien in diesen Prozess einbezogen.

Wie bereits an der letzten Gemeindeversammlung angekündigt, soll der **Fusionscheck,** durchgeführt unter der Federführung der HTW in Chur, zeigen, wie erfolgreich die Gemeindefusion aus heutiger Sicht beurteilt werden kann. Ein wesentlicher Bestandteil des Fusionschecks war die Bevölkerungsumfrage, die in der Zeit zwischen Ende August und Ende September durchgeführt wurde. Derzeit laufen die Arbeiten im Hintergrund. Weitere Informationen können anfangs 2016 abgegeben werden.

Gute Nachrichten aus Glarus Süd
Trotz grosser Herausforderungen in finanzieller und organisatorischer Hinsicht gibt es auch sehr viel Positives zu vermelden. In den vergangenen fünf Monaten hat sich in Glarus Süd einiges ereignet: In Schwanden begrüsst das Café Cornetto seine Kundschaft seit anfangs August in einladender Lokalität an der Hauptstrasse. Frischer Wind weht auch in Schwändi, wo das Restaurant und Bed & Breakfast „Unique" seine Gäste mit dem gewissen Etwas verwöhnt. Das schöne und milde Herbstwetter lädt noch zum Wandern ein, es lohnt sich ein Abstecher auf den Brunnenberg und über Bösbächi Richtung Braunwald, wo sich der erneuerte Panoramaweg in hervorragendem Zustand präsentiert. In Braunwald grüsst der Zwerg Bartli auf dem Erlebnisweg in frischem Kleid und begeistert nach wie vor Jung und Alt, die Neueröffnung hat Ende Juni stattgefunden. In Linthal wurde ebenfalls Ende Juni der Linthpark eröffnet - ein Projekt, das auch ausserhalb des Kantons Signalwirkung haben dürfte. In Elm machen sich seit vergangenem September Klein und Gross auf in den Riesenwald, um sich auf die Suche nach dem Riesen zu begeben. Damit schafft Elm in gewisser Weise ein Pendant zum

Zwerg Bartli in Braunwald. Neben dem Riesenwald wurde das touristische Angebot mit der Eröffnung des Bergrestaurants Bischofalp erweitert. Das neue heimelige Restaurant lädt mit kulinarischen Köstlichkeiten zum Verweilen ein. Diese Neueröffnung basiert hauptsächlich auf privater Initiative und dem Mut, eigene Ideen und Projekte in die Realität umzusetzen; das verdient Dank und Anerkennung.

Donnschtig-Jass
Am 23. Juli trafen sich Jung und Alt anlässlich des Donnschtig-Jass in Elm. Die Verantwortlichen beim Schweizer Fernsehen waren begeistert vom Zuschaueraufmarsch, dem Einsatz zahlreicher Helferinnen und Helfer und der tollen Stimmung. Dieser Abend darf rückblickend betrachtet als unbezahlbare Werbeplattform für Glarus Süd bezeichnet werden, da die Bilder aus Elm in tausende Schweizer Haushalte übertragen wurden.

Gönnerfahrt Patenschaft für Berggemeinden
Anfangs September führte die Gönnerfahrt der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden mit über 100 Teilnehmenden in den Landesplattenberg und später nach Elm. Es war ein besonders wichtiger Anlass für die Gemeinde Glarus Süd, hat doch die Patenschaft in den letzten zehn Jahren rund 6 Millionen Franken an Projekte auf dem Gebiet der heutigen Gemeinde Glarus Süd beigesteuert.

Jungbürgerfeier
Mitte September konnte der Gemeinderat eine stattliche Anzahl Jungbürgerinnen und Jungbürger zur Jungbürgerfeier begrüssen. In diesem Jahr wurde die Brauerei Adler besichtigt, wo Roland Oeschger persönlich in die Kunst des Bierbrauens ein- und ausführte.

Kantonaler Waldtag
Ende August fand der Kantonale Waldtag in Elm statt, wo rund 120 Gäste empfangen wurden. Unter der Leitung von Revierförster Heinz Brühwiler wurde im Gebiet Empächli bis Meissenwald eine interessante und lehrreiche Führung geboten.

Bewilligungen zum Befahren der Wald- und Alpstrassen
Im Zusammenhang mit den Wald- und Alpstrassen wird ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Bewilligungen für das Befahren dieser Strassen im kommenden Jahr gleich gehandhabt werden wie in diesem Jahr. Zunächst gilt es abzuwarten, bis der Kanton ein überarbeitetes Wald- und Alpstrassenverzeichnis vorlegt und danach ist zu prüfen, wie sich dies auf die Bewilligungspraxis in den Gemeinden auswirkt.

Wegkorporationen Braunwald
Die Beschwerde der Einsprecher, sie von der Beitragspflicht 2011 der Wegkorporation Braunwald zu befreien, wurde vom Bundesgericht abgewiesen.

Industrie und Gewerbe
In Glarus Süd feierten im Oktober gleich zwei Unternehmen runde Geburtstage. Die Fridolin Druck und Medien AG schaut auf ein halbes Jahrhundert Geschäftstätigkeit zurück und das in einer sicherlich bewegten Branche. Während dieser Zeit hat sich der „Fridolin" in den Glarner Haushalten und über das Glarnerland hinaus als gern gelesene Wochenzeitung etabliert. In Nidfurn schaut die Marelcom AG auf 20 Jahre erfolgreiche Geschäftstätigkeit zurück. Anlässlich dieser Feierlichkeiten hat sie die Bevölkerung zu einem Tag der offenen Türen eingeladen. Ihre Produkte sind uns wenig präsent und doch treffen wir sie viel öfters an als wir denken. Sobald nämlich im Coop oder Migros bargeldlos bezahlt wird oder auch in Liften ect. kommt man mit den Produkten bzw.

Gehäuse und Bedienelemente von Marelcom in Berührung. Auch in diesem Tätigkeitsfeld dürfte es von enormer Bedeutung sein, sich ständig am Puls der Zeit zu bewegen, bereit zu sein sich weiterzuentwickeln und neue Lösungen für die Bedürfnisse der Kunden anzubieten.
Zusammen mit Standortförderer Urs Keiser hat der Gemeindepräsident im Verlaufe dieses Jahres rund ein Duzend Unternehmen in Glarus Süd besucht. Diese Besuche haben zum Ziel, den Austausch zu fördern, Anliegen zu diskutieren und die Behörde zu sensibilisieren, wo die grössten Herausforderungen für die Unternehmen liegen. Es zeigt sich, dass unter anderem eine bessere Erschliessung über die Strasse ein vordringliches Anliegen ist. Diese Besuche sind durchwegs auf sehr gute Resonanz gestossen und die Dienstleistungen der Verwaltung wurden durchwegs positiv beurteilt.

Electrolux-Areal
Noch vor gut einer Woche, hätte eine weitere Mitteilung wie folgt gelautet: *„Der Kanton, die Stiftung „KMU und Wohnen" der Glarner Kantonalbank und die Gemeinde Glarus Süd sind daran die „Objektgesellschaft Electrolux-Areal" zu gründen. Die Gemeinde beteiligt sich mit einem Aktienkapital von Fr. 120'000.-. Zweck dieser Gesellschaft ist es, das nordseitige Electrolux-Areal zu erwerben. Das Gelände soll in der Folge entwickelt, marktfähig gemacht und dem Markt wieder zugeführt werden. Die Entwicklung des Areals hat zum Ziel, neue und nachhaltige Nutzungen durch gewerbliche Arbeitgeber zu ermöglichen und das soll ein erstes Ergebnis aus den Bemühungen von Kanton und Gemeinde sein, die seit der Schliessung des Areals unternommen worden waren".* Dies wurde in den lokalen Medien am 02. Oktober 15 so kommuniziert. Daraufhin folgte am 11.11.15 dann völlig überraschend diese Medienmitteilung: *„Die Electrolux hat das Produktionsareal und die dazugehörigen Gebäude in Schwanden an die GLARO Immobilien AG verkauft. Die neue Eigentümerin will das Areal schrittweise entwickeln und dort neue Produktionsfirmen ansiedeln. Interesse am Areal und den Gebäuden hatte auch der Kanton Glarus gezeigt, der zusammen mit der Gemeinde Glarus Süd und der Stiftung «KMU und Wohnen» auf dem Areal ein Dienstleistungszentrum realisieren wollte. Schreibt die Electrolux weiter. Sie schätzen die kantonale Initiative sehr. Schlussendlich hat Electrolux aber der privaten Initiative den Vorzug gegeben, weil so für die Region wichtige Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe erhalten bleiben und künftig gar neue gewerbliche Ansiedlungen möglich sind".* Geben wir der Hoffnung ausdrucken, dass diese Versprechungen des privaten Käufers stimmen und dass das Areal entwickelt wird und neue Produktionsfirmen angesiedelt werden. Das schlimmste wäre, wenn das Areal zerstückelt und zu einer weiteren Brache verkommen würde - solche haben wir weiss Gott genug.

Personelles
Der Gemeinderat hat mit Stellenantritt 01. April 2016, Bruno Hunziker als neuen Finanzverwalter und somit als Nachfolger von Lilli Marti gewählt. Lilli Marti stellt sich in verdankenswerter Weise für eine geordnete Übergabe zur Verfügung. Die Würdigung der Verdienste von Lilli Marti erfolgen an der Gemeindeversammlung vom Juni 2016.

Gratulationen
Der Gemeindepräsident gratuliert ilm Namen des Gemeinderats Dr. Thomas Hefti und Werner Hösli zu ihrer Wiederwahl in den Ständerat. Martin Landolt gratuliert er zu seiner Wahl in den Nationalrat und wünscht den drei Glarner Vertretern im Bundesparlament viel Erfolg, Befriedigung und Geschick für die Anliegen unseres Kantons.

Glarus Süd ist Heimatgemeinde des Landratspräsidenten. Fridolin Luchsinger ist der erste Landratspräsident der fusionierten Gemeinde Glarus Süd. Ihm wird ebenfalls im Namen des Gemeinderates Süd gratuliert und weiterhin alles Gute in seinem Amt gewünscht.
Silvio Freitag erhält Gratulationswünsche zu seinem Schweizermeistertitel im 2-Stellungsmatch Standardgewehr 300m, den er im September in Thun errungen hatte. In diese Gratulation werden all jene Erfolge eingeschlossen, die nicht namentlich erwähnt wurden.

Ende der Mitteilungen

Wegen anderweitigen Verpflichtungen haben sich einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Teilnahme der Gemeindeversammlung entschuldigt, namentlich werden Ständerat Dr. Thomas Hefti und Ständerat Werner Hösli sowie die beiden Gemeinderäte Daniel Dobler und Hanspeter Zweifel erwähnt. Weiter stellt der Gemeindepräsident fest, dass die Versammlung rechtzeitig unter Bekanntgabe der Traktanden im Amtsblatt Nr. 44 vom 29. Oktober 2015 publiziert wurde und dass die Unterlagen zur Gemeindeversammlung gemäss Gemeindeordnung rechtzeitig in die stimmberechtigten Haushalte versandt worden sind. Zur vorliegenden Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Es sind folgende Stimmenzähler anwesend:
Fritz Dürst, Sektor 1 (links)
Jakob Schumacher, Sektor 2 (mitte)
Monika Albert, Sektor 3 (rechts und Podium)

Regeln für die Versammlungsteilnehmer

Die Gemeindeversammlung ist das oberste Organ der Gemeinde. Es ist wichtig, dass sie in einem korrekten und würdigen Rahmen durchgeführt wird. Der Gemeindepräsident ersucht die Versammlungsteilnehmer sich in den Voten kurz zu fassen, zunächst den Antrag bekannt zu geben und diesen dann in sachlicher Weise zu begründen. Die Versammlungsteilnehmer werden gebeten, nach einzelnen Voten nicht zu klatschen.

Archiv-Nummer
10.07

2. Budget 2016
- Genehmigung Budget 2016
- Genehmigung Investitionsrechnung 2016
- Kenntnisnahme Finanzplan 2017 - 2019

Die Unterlagen zum Budget 2016 mit Investitionsrechnung und Finanzplan entsprechen den Unterlagen im Memorial auf den Seiten 46-76

2.1. Bericht zum Budget 2016

Beurteilung aus Sicht des Gemeinderates
Der positive Abschluss der Jahresrechnung 2014 hat kurzzeitig die Sorgen um das strukturelle Defizit des Gemeindehaushalts gemildert. Deshalb hat der Gemeinderat im Frühjahr die Richtlinien zum Budget 2016 auf folgende Zielsetzung festgelegt:

Finanzielle Situation und Zielsetzung Budget 2016

	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2015	Zielsetzung Budget 2016
Operatives Ergebnis	-3'535'900	-2'501'500	1'167'088	-1'997'000	-900'000
Gesamtergebnis	-1'651'500	-2'553'600	843'215	-1'370'000	-900'000
Nettoinvestitionen	3'643'700	6'564'500	6'291'800	5'915'000	6'000'000
Selbstfinanzierungsgrad %	103%	19%	92%	44%	30%

Das vorliegende Budget 2016 weist ein Gesamtergebnis von minus Fr. 1'992'000 und ein operatives Ergebnis von minus Fr. 2'012'000 aus. Damit werden die Zielsetzungen mit den festgelegten Richtlinien nicht erreicht. Die Finanzlage bleibt angespannt und die Aussichten sind nicht zufriedenstellend. Der Gemeinderat setzt weiter auf eine strenge Kostendisziplin, trotzdem wird unter den gegebenen Voraussetzungen eine mittelfristig ausgeglichene Erfolgsrechnung nicht oder nur mit sehr einschneidenden Massnahmen erreicht werden können.

Im Dialog zwischen dem Kanton und den Gemeinden haben die Gemeindepräsidenten dem Regierungsrat ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, Optimierungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Kanton und den Gemeinden prüfen zu lassen. Der Regierungsrat hat die Firma PuMa Consult GmbH beauftragt, eine Effizienzanalyse der Verwaltungsorganisationen durchzuführen.

Mit folgenden Schwerpunkten:
- Überprüfung der Effektivität der vom Kanton an die Gemeinden übertragenen Aufgaben
- Analyse der Effizienz der Aufgabenerfüllung bei den Prozessen zwischen Kanton und Gemeinden
-

Die PuMa Consult GmbH stellt fest, dass die Glarner Gemeinden bei 2/3 ihrer Aufgaben Bundes- und Kantonsvorgaben umsetzen müssen. Dies entspricht rund 50 Aufgaben, bei welchen die Gemeinden bestenfalls die Leistungsstandards und den finanziellen Mitteleinsatz im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung konkretisieren können. Der finanzielle Anteil dieser von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben beträgt fast 90%

des Haushalts der Gemeinden. Umgekehrt bedeutet dies, dass die Gemeinden lediglich 10% des Finanzvolumens, bzw. 1/3 ihrer Aufgaben, autonom steuern und priorisieren können.

Der Handlungsspielraum der Gemeinde bei den von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben ist sehr gering. Bei Aufgaben, wie Raumplanung, Hochwasserschutz, Lawinen- und Steinschlagverbauungen etc., ist die Gemeinde abhängig und eingeschränkt durch die Entscheide des Kantons. Kein Handlungsspielraum besteht bei denjenigen Aufgaben, bei welchen die Gemeinde zur Mit- bzw. Restfinanzierung verpflichtet ist, wie z.B. ungedeckte Heimkosten, Beihilfen, Sportschule oder öffentlicher Verkehr. Einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum sieht die PuMa Consult GmbH bei der Umsetzung der Qualitätsstandards beim Strassenunterhalt und beim Winterdienst. Selbstverständlich setzt dies voraus, dass die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmenden weiterhin gewährleistet ist. Die Gemeinde Glarus Süd hat auch in diesem Bereich durch ihre periphere Lage nur sehr wenig oder gar keinen Spielraum.

Die Analyse der Überprüfungen wird in den Massnahmenplan einfliessen, die Aufgabenüberprüfung in den Departementen wird weitergeführt und die entsprechenden Korrekturmassnahmen überarbeitet.

2.2. Gesamtübersicht Budget 2016

Das Budget 2016 der Erfolgsrechnung rechnet bei einem Aufwand von Fr. 50'484'200 und einem Ertrag von Fr. 48'492'200 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'992'000. Der Abschreibungsbedarf beträgt Fr. 5'109'300. Bei einem Investitionsvolumen von netto Fr. 6'125'000 beträgt der Finanzierungsfehlbetrag Fr. 4'480'600. Die Selbstfinanzierung liegt bei Fr. 1'734'400 und der Selbstfinanzierungsgrad bei 28%.

Erfolgsrechnung	**Rechnung 2013**	**Rechnung 2014**	Budget 2015	**Budget 2016**
Total Aufwand	49'411'379	50'891'942	50'296'700	50'484'200
Total Ertrag	46'857'698	51'735'157	48'926'700	48'492'200
Ertragsüberschuss		-843'215		
Aufwandüberschuss	2'553'681		1'370'000	**1'992'000**
Nettoinvestitionen	6'564'549	6'291'755	5'915'000	**6'215'000**
Selbstfinanzierung	1'256'478	5'768'964	2'577'700	**1'734'400**
Finanzierungsfehlbetrag	5'308'701	522'791	3'337'300	**4'480'600**
Ertrag vor Abschreibungen und Wertberichtigungen	-1'121'808	-5'593'098	-3'898'600	**-3'117'300**
Selbstfinanzierungsgrad	19%	92%	44%	**28%**
Selbstfinanzierungsanteil	3.3%	12.9%	6.0%	**4.0%**
Zinsbelastungsanteil	0.4%	1.1%	1.0%	**0.9%**

Die detaillierte Darstellung der Gesamtübersicht zum Budget 2016 und zu den Kennzahlen findet sich im Anhang unter der Ziffer 2.2.

Die Kennzahlen ergeben Anhaltspunkte über die Entwicklung und den Stand der Gemeindefinanzen sowie Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Gemeinden.

Selbstfinanzierungsgrad - Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil der Nettoinvestition eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mitteln finanzieren kann. Im langfristigen Durchschnitt sollte der Selbstfinanzierungsgrad bei 100% liegen.

Selbstfinanzierungsanteil - Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil des Ertrages zur Finanzierung der Investitionen aufgewendet werden kann. Weniger als 10% gilt als nicht ausreichend.

Zinsbelastungsanteil - Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil des „verfügbaren Einkommens" durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser ist der Handlungsspielraum. Mit gut bezeichnet werden 0% - 4%.

Finanzierungsfehlbetrag - Diese Kennzahl gibt an, um wie viel die Verschuldung der Gemeinde zunimmt. Die Gemeinde rechnet mit einem Fremdkapitalbedarf von Fr. 4.48 Mio. um ihre Aufgaben und Investitionen zu finanzieren. Dieser Betrag muss sich die Gemeinde auf dem Kapitalmarkt beschaffen.

2.3. Gestufter Erfolgsausweis nach HRM2

Der gestufte Erfolgsausweis zeigt auf der ersten Stufe das operative Ergebnis und auf der zweiten Stufe das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung auf. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit und das Ergebnis aus Finanzierung sind lediglich Zwischenergebnisse. Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen nicht gerechnet werden konnte. Als ausserordentlich gelten die zusätzlichen Abschreibungen, die Einlagen und Entnahme aus Vorfinanzierungen sowie Einlagen und Entnahmen aus dem Eigenkapital.

Das operative Ergebnis ist die wichtigste und damit die aussagekräftigste Kennzahl der Jahresrechnung. Das operative Ergebnis weist einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'012'000 für das Budget 2016 aus.

in Tausend		Rechnung 2014	Budget 2016	Budget 2015	Δ R2014 - B2016	Δ B2015 - B2016
30	Personalaufwand	21'083	20'892	21'344	-190	-452
31	Sachaufwand	12'766	13'384	12'981	618	403
33	Abschreibungen VV	3'842	4'939	4'937	1'096	1
35	Einlagen in Fonds und SPF	874	400	360	-474	40
36	Transferaufwand	4'033	4'740	4'155	708	585
36	Abschreibung Transferaufwand	118	171	331	52	-161
39	Interne Verrechnungen	6'173	5'181	5'411	-993	-230
Total Betrieblicher Aufwand		**48'889**	**49'706**	**49'519**	817	187
40	Fiskalertrag	24'188	23'988	22'908	-200	1'080
41	Regalien und Konzessionen	2'215	2'458	2'458	243	-1
42	Entgelte	8'647	7'111	7'390	-1'536	-279
43	Verschiedene Erträge	148	81	146	-66	-65
45	Entnahmen aus Fonds und SPF	372	1'763	1'293	1'391	470
46	Transferertrag	6'622	5'834	6'699	-788	-865
49	Interne Verrechnungen	6'173	5'181	5'411	-993	-230
Total Betrieblicher Ertrag		**48'365**	**46'415**	**46'305**	-1'949	111
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		**-525**	**-3'291**	**-3'215**	-2'766	-76
34	Finanzaufwand	832	778	777	54	-1
44	Finanzertrag	2'523	2'057	1'995	-466	62
Ergebnis aus Finanzierung		**1'692**	**1'279**	**1'218**	-413	61
Operatives Ergebnis		**1'167**	**-2'012**	**-1'997**	-3'179	-15
38	Ausserordentlicher Aufwand	5	-	-	-5	-
383	Zusätzliche Abschreibungen	1'166	-	-	-1'166	-
48	Ausserordentlicher Ertrag	144	-	627	-144	-627
489	Entnahmen Vorfinanzierung	704	20	-	-684	20
Ausserordentliches Ergebnis		**-324**	**20**	**627**	344	-607
Gesamtergebnis Erfolgsrechung		**843**	**-1'992**	**-1'370**	-2'835	-622

a. Personalaufwand (30)

Der Personalaufwand reduziert sich im Vergleich zum Budget 2015 um Fr. 451'600 und ist auch im Vergleich zur Jahresrechnung 2014 um Fr. 190'420 tiefer.

		Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016
300	Behörden und Kommissionen	611'619	593'460	632'185	596'700	606'300
301	Löhne Verwaltungspersonal*	8'907'636	8'723'941	8'479'534	9'044'100	8'719'900
302	Löhne Lehrkräfte	9'544'982	9'148'506	8'658'396	8'164'600	8'123'300
305	Arbeitgeberbeiträge	3'339'360	3'179'267	2'989'293	3'076'000	3'037'100
306	Arbeitgeberleistungen	62'628	87'509	91'159	122'000	94'000
309	Übriger Personalaufwand	195'794	200'219	231'754	340'400	311'600
	Total Personalkosten (30)	**22'662'019**	**21'932'901**	**21'082'320**	**21'343'800**	**20'892'200**

Die Personalvertretung unter dem Präsidium von Hans Rudolf Forrer beantragte Lohnanpassungen von 1.5% der Lohnsumme. Der Gemeinderat setzt jährlich mit dem Budget die Lohnsumme aufgrund des Indexanstieges bei den Lebenskosten, des wirtschaftlichen Umfeldes sowie der finanziellen Lage der Gemeinde fest.

Der Gemeinderat hat für das Budget 2016 eine Anpassung von 0.5% der Lohnsumme beschlossen. Für individuelle Lohnentwicklung sind Fr. 96'500 vorgesehen. Die sehr angespannte finanzielle Lage der Gemeinde Glarus Süd war ausschlaggebend für den Beschluss des Gemeinderats.

Die Gemeinde Glarus Süd hat die Aufgabe zur Führung von Deutsch-Intensivklassen für alle drei Gemeinden übernommen. Der Schulunterricht findet im Schulhaus in Rüti statt. Das Angebot gilt für fremdsprachige Lernende der Volksschule, die keine oder nur minimale Deutschkenntnisse haben. Die budgetierten Personalkosten für diese Kostenstelle betragen Fr. 582'300 und sind in den Lohnkosten (30) enthalten. Zwei Drittel des Gesamtaufwandes werden jedoch durch die beiden anderen Gemeinden zurückerstattet.

b. Sach- und übriger Betriebsaufwand (31)

Diese Sachgruppe enthält: Material- und Warenaufwand, nicht aktivierbare Anlagen, Ver- und Entsorgung, Dienstleistung Dritter und Honorare, Unterhalt Mobilien, baulicher Unterhalt, Mieten, Pachten, Leasing, Benützungsgebühren, Spesenentschädigung, Wertberichtigung auf Forderungen und der übrige Betriebsaufwand.

31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	Re 2014	Bu 2016	Abweichung
310	Material- und Warenaufwand	1'299'206	1'402'500	103'294
311	Nicht aktivierbare Anlagen	678'374	1'118'400	440'026
312	Ver- und Entsorgung	899'375	965'900	66'525
313	Dienstleistungen und Honorare	3'801'570	3'959'400	157'830
314	Baulicher Unterhalt	4'957'679	4'743'300	-214'379
315	Unterhalt Mobilien u. immat. Anlagen	409'587	460'400	50'813
316	Mieten, Pachten, Benützungsgebühren	265'874	218'900	-46'974
317	Spesenentschädigungen	292'620	370'700	78'080
318	Wertberichtigung auf Forderungen	139'236	133'000	-6'236
319	Verschiedener Betriebsaufwand	22'013	11'500	-10'513
		12'765'534	**13'384'000**	**618'466**

Die grösste Abweichung von Fr. 440'026 findet sich bei den nicht aktivierbaren Anlagen. In den nicht aktivierbaren Anlagen sind folgende Anschaffungen enthalten: Anschaffungen Maschinen, Geräte und Werkzeuge, Anschaffung von Schulmobiliar und Hardware für die Schule und Anschaffung von Arbeitskleidung für Feuerwehr, Werk- und Forstpersonal. Die Aktivierungsgrenze für Ausgaben im Verwaltungsvermögen für Anschaffungen mit mehrjähriger Nutzungsdauer ist auf Fr. 100'000 festgelegt (Finanzhaushaltverordnung FHV).

	Nicht aktivierbare Anlagen	Re 2014	Bu 2016	Abweichung
3110.00	Anschafffung Büromobiliar, -maschinen	2'590	8'400	5'810
3111.00	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkz.*	388'088	574'900	186'812
3111.01	Anschaffung Wasserzähler	31'821	60'000	28'179
3111.10	Anschaffung Schulmobiliar	53'338	133'400	80'062
3112.00	Anschaffung Arbeitskleidung*	200'076	241'700	41'624
3113.00	Anschaffung Hardware für Schulen	2'461	100'000	97'539
		678'373	**1'118'400**	**440'027**

* inkl. Anschaffungen der Feuerwehr

c. Abschreibungen (33, 36)

Die Abschreibungen sind degressiv, richten sich nach der Nutzungsdauer und sind je nach Anlagekategorie entsprechend der Finanzhaushaltsverordnung vorzunehmen. Die Abschreibungen der Investitionsbeiträge werden nicht unter der Sachgruppe 33 sondern unter der Sachgruppe 36, Transferaufwand ausgewiesen.

		Rechnung 2014	Budget 2016
3300.10	Strassen und Verkehrswege	677'860	763'900
3300.20	Wasserbau	43'671	157'600
3300.30	Übrige Tiefbauten allgemein	121'315	220'600
3300.31	Tiefbauten Wasserwerk	508'079	985'000
3300.32	Tiefbauten Abwasserbeseitigung	146'214	408'400
3300.40	Hochbauten	1'649'669	1'403'700
3300.43	Hochbauten Kehrichtentsorgung	8'046	9'700
3300.50	Waldungen	3'470	4'000
3300.60	Mobilien	253'752	437'900
3300.61	Mobilien Wasserversorgung	35'456	12'700
3300.90	Übrige Sachanlagen	48'472	20'700
3300	**Planmässige Abschreibungen Sachanlagen**	**3'496'004**	**4'424'200**
3320.00	Informatik / EDV	85'727	122'300
3320.90	Übrige immaterielle Anlagen	122'274	57'000
3320.91	Übrige immaterielle Anlagen Wasserversorgung	82'556	130'000
3320.92	Übrige immaterielle Anlagen Abwasserentsorgung	55'921	205'000
3320	**Planmässige Abschr. Immaterielle Anlagen**	**346'478**	**514'300**
3660.10	Investitionsbeiträge an Kantonsstrassen	21'042	17'000
3660.20	Investitionsbeiträge an allg. Haushalt	34'006	13'200
3660.40	Investitionsbeiträge an öffentl. Unternehmungen	25'511	101'600
3660.60	Investitionsbeiträge an private Organisationen	37'798	39'000
3660	**Planmässige Abschr. Investitionsbeiträge**	**118'357**	**170'800**
	Abschreibungsbedarf	**3'960'839**	**5'109'300**

Die budgetierten Abschreibungen betragen Fr. 5'109'300. Sie liegen damit um Fr. 1.1 Mio. höher als die getätigten Abschreibungen in der Jahresrechnung 2014.

d. Finanzaufwand (34)
Der Finanzaufwand enthält den Zinsaufwand für alle kurz- und langfristigen Darlehen sowie die Zinsen für Fonds und Legate. Alle Aufwendungen (baulicher Unterhalt, Ver- und Entsorgung, Dienstleistungen Dritter etc.) für die Liegenschaften im Finanzvermögen sind ebenfalls in der Kostenart 34 eingerechnet.

e. Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen (35)
Bei den Einlagen in Fonds handelt es sich einerseits um die Einnahmen aus den Baurechtszinsen von Fr. 150'000, die dem Fonds für Baurechtszinsen gutgeschrieben werden und andererseits um die Abgeltung der Vorzugsenergie (der ehemaligen Gemeinde Linthal) von Fr. 250'000 durch die Technischen Betriebe an die Gemeinde.

f. Transferaufwand (36)
Der Transferaufwand enthält Ertragsanteile an Dritte, Entschädigungen an Gemeinwesen sowie Beiträge an Gemeinwesen und Dritte.

36	**Transferaufwand**	Re 2014	**Bu 2016**	Abweichung
3601	Gebühren Frepo und IDK	107'987	99'500	-8'487
3611	Entschädigung an Kanton	225'890	309'300	83'410
3611	Trinwasseruntersuchungen	5'206	5'000	-206
3612	Entschädigung an Gemeinden und ZV	48'068	939'000	890'932
3614	Kostenanteil Alarmierung mit SMT	-	15'400	15'400
3630	Beiträge an den Bund	16'199	16'200	1
3631	Beiträge an Kanton und Konkordate	79'325	73'000	-6'325
3632	Beiträge an Gemeinden und ZV	733'388	25'000	-708'388
3635	Beiträge an private Unternehmungen	-	60'000	60'000
3636	Beiträge an priv. Organsisationen	1'148'058	1'423'700	275'642
3637	Beiträge an private Haushalte	1'668'398	1'774'000	105'602
3660	Abschreibung Investitionsbeiträge	118'357	170'800	52'443
	Total Transferaufwand	4'150'875	4'910'900	760'025

Im Transferaufwand sind mehrheitlich gesetzlich gebundene Ausgaben budgetiert.

g. Ausserordentlicher Aufwand (38)
Es wird kein ausserordentlicher Aufwand budgetiert.

h. Interne Verrechnungen (39)
Die internen Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Dienststellen. Müssen für eine bestimmte öffentliche Aufgabe die Gesamtkosten ermittelt werden, sind die entsprechenden internen Verrechnungen vorzunehmen. Üblicherweise handelt es sich dabei um Übertragungen von Personal- und Sachaufwendungen. Da der entsprechende Ertrag auf der Kostenart 49 gebucht wird, sind die internen Verrechnungen erfolgsneutral.

i. Fiskalertrag (40)
Der Kanton und die Gemeinden erheben jene Steuern, welche sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Steuerfuss für das Budget 2016 bei 63% zu belassen. Ein Steuerprozent für Glarus Süd beträgt gemäss der Steuerabrechnung 2014 Fr. 371'000. Die Gesamtsteuerbelastung

beträgt für das Budgetjahr 116%, davon erhalten der Kanton 53% und die Gemeinden 63%.

Im Jahr 2013 betrugen die Einnahmen aus den Quellensteuern noch Fr. 2.26 Mio. Mehr als eine Million davon sind abgerechnete Quellensteuern aus dem Projekt Linthal 2015. Die zusätzlichen Steuereinnahmen aus der Quellenbesteuerung werden der Gemeinde nach Beendigung des Projekts fehlen.

	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016
	60%	60%	63%	63%	63%
Einkommenssteuern	16'247'598	16'989'053	17'468'984	17'500'000	17'153'000
Vermögenssteuern	2'107'869	2'424'794	2'583'778	2'619'000	2'693'000
Gewinnsteuern	2'655'877	1'297'119	2'631'658	1'744'000	2'583'000
Kapitalsteuern	132'241	178'081	621'953	193'000	678'000
Steuerertrag Sondereffekt	448'503	-222'781	95'057	10'000	0
Steuerertrag	**21'592'088**	**20'666'266**	**23'401'430**	**22'066'000**	**23'107'000**

Neben dem Fiskalertrag spielen weitere Faktoren auf der Einnahmenseite eine Rolle. Die Landsgemeinde 2010 stimmte als Folge der Gemeindestrukturreform einer grundlegenden Änderung des Steuersystems zu. Mit dem Finanzausgleich wird die unterschiedliche Steuerkraft (vgl. Tabelle) bzw. die finanzielle Leistungsfähigkeit (Ressourcenindex) der drei Gemeinden innerhalb bestimmter Bandbreiten ausgeglichen. Der Finanzausgleich unterscheidet zwischen einem Ressourcen- und einem Lastenausgleich.

- Ressourcenausgleich

Der Ressourcenausgleich ist ein Kernelement des Finanzausgleichs. Er mildert die Unterschiede zwischen den Gemeinden, die sich aufgrund unterschiedlicher Wirtschafts- und Steuerkraft ergeben. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten zusätzliche Mittel, während die übrigen Gemeinden den Ausgleich finanzieren. Der Ressourcenausgleich wird vollständig von den Gemeinden finanziert.

Ressourcenausgleich / Rechnungsjahr 2014

	Einwohner 2013	Steueraufkommen 63% **einfache Steuer**	Steueraufkommen 100% absolut	Ressourcen-potential je Einwohner	Ressourcen-index %	Steuer-aufkommen 1%
Glarus Nord	17'267	42'983'056	68'227'073	3'951	97	682'270
Glarus	12'367	34'378'416	54'568'914	4'412	109	545'690
Glarus Süd	**9'848**	**23'499'518**	**37'300'822**	**3'788**	**93**	373'010
	39'481	100'860'990	160'096'810	4'055	100	1'600'970

Die Berechnungen zeigen, dass Glarus Süd im 2014 einen Ressourcenindex von 93% aufweist. Die Mindestausstattung wurde auf 85% festgelegt, deshalb erfolgte im Jahr 2014 kein Ressourcenausgleich zwischen den Gemeinden.

- Lastenausgleich

Der Kanton gewährt den Gemeinden einen finanziellen Ausgleich (vertikal).

Kriterien für den Lastenausgleich:
- Alpen 20%
- Waldfläche 20%
- Bevölkerungsdichte 60%

Der Lastenausgleich ist auf eine Million Franken pro Jahr festgelegt. Aufgrund der Gewichtung der genannten Kriterien entfällt auf die Gemeinde Glarus Süd ein Anteil von rund Fr. 667'000 aus dem Lastenausgleich.

Lastenausgleich / Rechnungsjahr 2014

	Alpen		Waldfläche		Bevölkerungsdichte				Total
	Stösse	Fr.	ha	Fr.	Einwohner	Fläche	Einw/km²	Fr.	Fr.
Glarus Nord	894	45'438	5'361	57'838	17'267	147	117	84'321	**187'597**
Glarus	529	26'887	3'232	34'869	12'367	104	119	82'989	**144'745**
Glarus Süd	2'512	127'675	9'945	107'293	9'848	430	23	432'690	**667'658**
	3'935	200'000	18'538	200'000	39'482	681	58	600'000	**1'000'000**

k. Regalien und Konzessionen (41)

Die Ertragsanteile an Wasserzinsen, Nutzungskonzessionen und Kleinhandelspatenten belaufen sich auf Fr. 2'548'000. Darin enthalten sind die Einnahmen aus der Abgeltung der Vorzugsenergie von Fr. 250'000, die in den Fonds für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der früheren Gemeinden Linthal, Braunwald, Rüti, Betschwanden und Diesbach (ehemaliges Versorgungsgebiet des Elektrizitätswerks Linthal) eingelegt werden. Die Verwendung dieser Einnahmen ist in einem durch den Gemeinderat genehmigten Reglement festgehalten (siehe unter (45) Entnahmen aus Fonds).

l. Entgelte (42)

Als Entgelte sind Einnahmen für Wasser-, Abwasser- und Kehrichtgebühren, aber auch Holzverkäufe, Benützungsgebühren und Dienstleistungen budgetiert.

42	**Entgelte**	Re 2014	**Bu 2016**	Abweichung
4220.00	Taxen und Kostgelder	230'994	233'000	2'006
4240.00	Benützungsgeb. Schwimmbad	50'497	62'600	12'103
4240.00	Benützungsgeb. Gemeindehaus Elm	192'185	200'000	7'815
4240.00	Benützungsgeb. Gemeindezentrum	41'905	42'000	95
4240.00	Dienstleistungen Werkhof + Strassen	172'412	213'000	40'588
4240.00	Gebühren Wasserversorgung	1'621'346	1'760'000	138'654
4240.00	Gebühren Abwasserbeseitigung	1'713'296	1'570'000	-143'296
4240.00	Gebühren Kehrichtentsorgung	536'079	535'000	-1'079
4240.00	Deponiegebühren	24'264	130'000	105'736
4240.00	Dienstleistungen Forstbetrieb	1'542'889	460'000	-1'082'889
4240.00	Div. Benützungsgeb. u. Dienstleistungen	666'454	659'100	-7'354
4240.40	Bestattungsgebühren	170'691	160'000	-10'691
4250.00	Verkäufe	1'390'894	939'200	-451'694
4260.00	Rückerstattungen Dritter	289'050	141'700	-147'350
4270.00	Bussen	4'400	5'300	900
	Total Entgelte	**8'647'356**	**7'110'900**	**-1'536'456**

Bereits beim Jahresabschluss 2013 wurde festgestellt, dass die Einnahmen bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung nicht ausreichen, um langfristig eine ausgeglichene Rechnung vorlegen zu können. Bei der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung hingegen kann trotz erhöhtem Abschreibungsbedarf (Investition ARA Sernftal) mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung erreicht werden.
Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, die Mengengebühren pro m3 der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung so anzupassen, dass die Gesamtbelastung für die Bezüger nicht erhöht wird. Die Mengengebühr bei der Wasserversorgung wird um Fr. 0.20/m3 erhöht. Dies ergibt bei einem Verbrauch von ca. 601'000 m3 Mehreinnahmen von Fr. 120'000. Im Gegenzug reduziert sich die Mengengebühr bei der Abwasserentsorgung um Fr. 0.20/m3. Diese Änderungen erfolgen bereits im Rechnungsjahr 2015.

Die Einnahmen bei der Forstwirtschaft sind stark vermindert, da die Holzerntearbeiten für das Projekt Linthal 2015 abgeschlossen sind.

m. Finanzertrag (44)
Budgetiert wurden die Erträge aus langfristigen Finanzanlagen, alle Miet- und Pachtzinsen der Liegenschaften im Finanzvermögen sowie der Finanzertrag aus selbstständigen und unselbstständigen Gemeindebetrieben.

n. Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen (45)
Die Entnahmen aus Fonds im Eigenkapital sind über die Erfolgsrechnung zu verbuchen und verbessern damit das Ergebnis der Erfolgsrechnung. Sie sind zu budgetieren.

a. Entnahme aus Fonds

35 Entnahme aus Fonds im Fremdkapital	**31.12.2015**	**Entnahme**	**31.12.2016**
Legat Beglinger Braunwald / Friedhof	3'700	-1'500	2'200
Legat Willy Hefti / Dielsdorferhütte	67'900	-67'900	-
		-69'400	
35 Entnahme aus Fonds im Eigenkapital	**31.12.2015**	**Entnahme**	**31.12.2016**
Fonds für wirtschl. Unterstützungen	220'000	-65'000	155'000
Fonds für wirtschl. Unterstützungen	510'000	-45'000	465'000
Forstreservefonds	8'430'000	-503'100	7'926'900
Friedhoffonds	60'900	-40'000	20'900
Kulturelle Projekte Glarus Süd	87'800	-33'700	54'100
Kinderkrippen & Jugendfonds	589'000	-56'700	532'300
Allg. Schulfonds	250'000	-24'000	226'000
		-767'500	

b. Entnahme aus Spezialfinanzierungen

35 Entnahme aus Spezialfinanzierungen SF	31.12.2015	Abnahme (-) Zunahme (+)	31.12.2016
Wasserversorgung	574'500	-414'500	160'000
Abwasserentsorgung	3'943'000	-463'000	3'480'000
Kehrichtentsorgung	1'030'000	-48'500	981'500
Verpflichtung gegenüber SF	**5'547'500**	**-926'000**	**4'621'500**

Bei den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Kehrichtbeseitigung wird der budgetierte Aufwandüberschuss von insgesamt Fr. 926'000 über die Kostenart 4510 dem entsprechenden Bilanzkonto belastet.

Spezialfinanzierung Wasserversorgung		Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2016
14031	Tiefbauten Wasserversorgung	-8'174'320	-8'396'214	-8'156'670	-13'370'000
14031	WB Tiefbauten Wasserversorgung	1'232'598	1'805'687	2'313'766	4'300'000
14071	Anlagen im Bau Wasserversorgung	-486'513	-797'679	-2'464'113	-300'000
29001	Spezialfinanzierung Wasserversorgung	1'277'436	1'057'436	884'057	160'000
Guthaben / -Verpflichtung ggü. Gemeinde		-6'150'799	-6'330'770	-7'422'960	-9'210'000
30	Personalaufwand	1'142	940	4'115	2'500
31	Sachaufwand	850'426	838'101	772'478	700'600
33	Planmässige Abschreibungen	752'849	726'162	626'091	1'127'700
36	Trinkwasseruntersuchungen	3'781	3'147	5'206	5'000
39	Int. Verr. v. Dienstl. u. Personalkosten	452'702	275'899	440'037	440'000
39	Int. Verr. von Pacht,Mieten,Benützungsk.	15'152	9'893	10'345	10'000
39	Int. Verr. von kalkulatorischen Zinsen	114'672	111'547	104'176	167'700
	Gesamtaufwand	**2'190'724**	**1'965'689**	**1'962'448**	**2'453'500**
42	Benützungsgebühren u.Dienstleistungen	1'927'585	1'557'932	1'628'147	1'760'000
42	Verkäufe	153'850	136'052	144'848	250'000
46	Beiträge von öffl. Unternehmungen	-69'400	32'031	0	20'000
49	Int. Verr. von kalkulatorischen Zinsen	22'225	19'673	16'073	9'000
	Gesamtertrag	**2'034'260**	**1'745'688**	**1'789'068**	**2'039'000**
45	**- Entnahmen / Einlage in Spez.**	**-156'463**	**-220'001**	**-173'379**	**-414'500**
	Nettoinvestitionen	**617'045**	**694'462**	**1'528'421**	**1'170'000**

Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung		Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2016
14032	Anlagen im Bau Abwasserbeseitigung	-2'896'170	-2'878'200	-2'429'154	-4'070'000
14032	WB Tiefbauten Abwasserbeseitigung	418'200	664'645	747'688	1'290'000
14072	Anlagen im Bau Abwasserbeseitigung	0	-81'685	-1'642'305	-50'000
29002	Spezialfinanzierung Abwasserbeseitig.	3'286'400	3'681'111	4'075'667	3'480'000
Guthaben / -Verpflichtung ggü. Gemeinde		808'430	1'385'871	751'896	650'000
30	Personalaufwand	0	0	0	100
31	Sachaufwand	212'301	287'925	141'392	260'600
33	Planmässige Abschreibungen	272'503	243'728	202'135	613'400
36	Beiträge an Gde und Zweckverbände	521'430	680'689	709'157	890'000
39	Int.Verr. v. Dienstl. u. Personalkosten	79'931	82'499	78'191	80'000
39	Int.Verr. von Pacht,Mieten,Benützungsk.	1'852	1'893	1'306	2'000
39	Int.Verr. ARA Sernftal	263'467	212'608	221'342	185'600
39	Int. Verr. von kalkulatorischen Zinsen	37'231	39'792	33'743	63'300
	Gesamtaufwand	**1'388'715**	**1'549'134**	**1'387'266**	**2'095'000**
42	Benützungsgebühren u.Dienstleistungen	2'349'176	1'893'234	1'713'296	1'570'000
42	Rückerstattung Dritter	0	0	12'574	2'000
49	Int. Verr. von kalkulatorischen Zinsen	35'502	50'611	55'953	60'000
	Gesamtertrag	**2'384'678**	**1'943'845**	**1'781'822**	**1'632'000**
45	**- Entnahmen / Einlage in Spez.**	**995'963**	**394'711**	**394'556**	**-463'000**
	Nettoinvestitionen	**65'791**	**720'011**	**487'915**	**570'000**

o. Transferertrag (46)

Der Transferertrag enthält Ertragsanteile von Bund und Kanton. Ebenfalls darin enthalten sind die Defizitbeiträge an die Feuerwehr, die Beiträge an die Anschaffungen der Feuerwehr sowie die Stützpunktbeiträge.

46	Transferertrag	Re 2014	Bu 2016	Abweichung
4601	Anteil an Motorfahrzeugsteuer	656'719	656'000	-719
4601	Anteil an Grundstückgewinnsteuer	162'570	250'000	87'430
4610	Entschädigung vom Bund	8'310	-	-8'310
4611	Entschädigung vom Kanton	39'326	39'400	74
4612	Entschädigung von Gemeinden	517'072	560'000	42'928
4621	Finanzausgleich Kanton (2014 + 2015)	1'166'667	-	-1'166'667
4621	Lastenausgleich	667'658	667'000	-658
4630	Beiträge vom Bund	74'470	102'500	28'030
4631	Beiträge vom Kanton	2'486'717	2'531'500	44'783
4634	Beiträge öffentl. Unternehmungen	1'000	21'400	20'400
4634	Beiträge für Anschaffungen Feuerwehr	190'876	313'400	122'524
4634	Defizitbeitrag Feuewehrinspektorat	552'410	666'100	113'690
4634	Feuerwehr Stützpunktbeitrag	16'500	16'600	100
4636	Beiträge private Oraganisationen	70'780	-	-70'780
4699	Rückverteilung CO2-Abgabe	10'629	10'000	-629
	Total Transferertrag	**6'621'704**	**5'833'900**	**-787'804**

p. Ausserordentlicher Ertrag (48)
Die Entnahmen aus Vorfinanzierungen müssen nach HRM2 über den ausserordentlichen Ertrag verbucht werden. Damit ist sichergestellt, dass weder die Kennzahlen noch das operative Ergebnis beeinflusst werden und die Vergleichbarkeit zwischen den Gemeinden beeinträchtigt ist. Die Entnahme aus der Vorfinanzierung Turnhalle Linthal beträgt Fr. 20'000. Die Vorfinanzierung für die Turnhalle Linthal ist damit aufgelöst.

q. Interne Verrechnungen (49)
Die internen Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Dienststellen. Müssen für eine bestimmte öffentliche Aufgabe die Gesamtkosten ermittelt werden, sind die entsprechenden internen Verrechnungen vorzunehmen. Üblicherweise handelt es sich dabei um Übertragungen von Personal- und Sachaufwendungen. Da der entsprechende Aufwand auf der Kostenart 39 gebucht wird, sind die internen Verrechnungen erfolgsneutral.

2.4 Investitionsrechnung Budget 2016 / Investitionsvorhaben 2017 – 2019

Gesamthaft sieht die Investitionsrechnung 2016 Nettoinvestitionen von Fr. 6'215'000 vor. Darin enthalten sind für die Investitionen der Spezialfinanzierung Wasserversorgung von Fr. 1'170'000 und der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung von Fr. 570'000. Damit belaufen sich die Nettoinvestitionen ohne die Spezialfinanzierung auf Fr. 4'475'000. Die Investitionskosten werden nach Zwangs-, Strukturerhaltungs-, Entwicklungs- und Wunschbedarf unterschieden und sind nach dem für die Investition verantwortlichen Departement gegliedert.

Verpflichtungskredite von mehr als Fr. 500'000 erfordern eine separate Kreditvorlage, müssen im Budget eingestellt sein und von der Gemeindeversammlung genehmigt werden.

Nettoinvestitionen 2011 – 2014 / Budget 2015 und 2016

	JR 2011	JR 2012	JR 2013	JR 2014	Budget 2015	Budget 2016	Total
Nettoinvestitionen ohne SF	2'911	2'961	5'151	4'276	4'345	4'475	**24'119**
Wasserversorgung SF	1'004	617	694	1'528	1'600	1'170	**6'613**
Abwasserentsorgung SF	572	66	720	487	-30	570	**2'385**
Total Nettoinvestitionen	**4'487**	**3'644**	**6'565**	**6'291**	**5'915**	**6'215**	**33'117**

2.5 Kenntnisnahme Finanzplanung für die Jahre 2017 – 2019

Der Aufgaben- und Finanzplan ist vom Gemeinderat jährlich zu erstellen und der Gemeindeversammlung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Der Finanzplan dient der mittelfristigen Planung und Steuerung von Finanzen und Leistungen. Er gibt Aufschluss über die voraussichtlichen Aufgaben und Einnahmen. Der Finanzplan ist eine rollende Planung und zeigt die Finanzentwicklung auf. Er wird jährlich überprüft und kann bei veränderten politischen und finanziellen „Gegebenheiten" angepasst werden. Der Finanzplan zeigt auf, welche Aufgaben und Investitionen in den nächsten Jahren geplant sind und welche Auswirkungen diese Aufgaben und Investitionen auf den Finanzhaushalt haben.

Der Finanzplan:

- verschafft einen Überblick über die mögliche, mittelfristige Entwicklung des Finanzhaushalts.
- liefert Anhaltspunkte für den Entscheid betreffend Übernahme neuer Aufgaben und Investitionen und zeigt in der Investitionsplanung den Investitionsbedarf für die kommenden Jahre auf.
- ermittelt die voraussichtliche Selbstfinanzierung und ermittelt den Finanzbedarf.
- bildet eine Beurteilungsgrundlage für die Festlegung des Steuerfusses.
- bildet für die Exekutive und Verwaltung ein Führungs- und Koordinationsinstrument und für den Gemeinderat ein finanzpolitisches Orientierungsinstrument.

Das öffentliche Gemeinwesen kann nicht ohne griffige Führungsinstrumente effizient geführt werden. Unter Führungsinstrumenten verstehen wir verschiedene Grundlagen, die den Verantwortlichen als Basis für ihre Entscheidungsfindung dienen. Dabei zeichnen sich verschiedene Führungsinstrumente durch ihre vorerst nichtfinanziellen Aspekte aus. Sie bilden jedoch wesentliche Grundlagen der Finanzplanung. Solche Grundlagen sind zum Beispiel:

- Gemeindeleitbild
- Legislaturziele
- Nutzungs-, Raum- und Verkehrsplanungen
- Gebundene Ausgaben
- Zukünftige Investitionen und ausserordentliche Ausgaben.

Die meisten dieser Parameter haben Einfluss auf den Finanzhaushalt der öffentlichen Gemeinwesen. Der Finanzplan ist ein unerlässliches Mittel zur Führung der Gemeinde.

2.5.1. Gesamtüberblick Budget 2016 und Finanzplanung 2017 – 2019

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben den Gemeinderat auf Antrag der Geschäftsprüfungskommission beauftragt, im Rahmen der Finanzplanung Massnahmen auf der Aufwand- und Ertragsseite aufzuzeigen, damit mittelfristig (bis 2018) eine ausgeglichene Rechnung erreicht werden kann. Die Finanzlage ist angespannt und die Aussichten sind nicht zufriedenstellend. Die Analyse der Aufgabenüberprüfung wird in den Massnahmenplan einfliessen, die Departemente sind aufgefordert Massnahmen zur Ausgabenreduktion aufzuzeichnen. Dabei gilt es, die Massnahmen auf ihre sachliche und zeitliche Dringlichkeit zu überprüfen.

2.5.2. Finanzplanung 2017 – 2019

Der Gemeinderat Glarus Süd geht für den Finanzplan 2016 – 2019 von folgenden Annahmen aus:

- Personalaufwand: Die Lohnentwicklung beträgt 1.0% p.a.
- Steuerfuss: Steuerfuss von 63%
- Die Investitionsvorhaben beschränken sich auf das Notwendige und die bereits bewilligten Kredite.

Als Grundlage für die Finanzplanung 2017 – 2019 dienen der Massnahmenplan des Gemeinderates, die Erkenntnisse aus dem Budgetprozess 2016 und die Resultate aus der Effektivitäts- und Effizienzanalyse.

Finanzpolitische Strategie

- Die Erfolgsrechnung wird weiter entlastet. Wir konzentrieren uns dabei auf unsere Kernaufgaben, bieten gute Dienstleistungen mit einer schlanken Verwaltung.
- Die Erfolgsrechnung wird so gestaltet, dass sie einen Ertragsüberschuss und möglichst eine hohen Selbstfinanzierung ausweist.
- Der Massnahmenplan und damit die Aufgabenüberprüfung in den Departementen werden weitergeführt.

Herausforderung für die Zukunft von Glarus Süd

Die Aufgaben- und Finanzplanung ist eine grosse Herausforderung. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind ohne einschneidende Korrekturmassnahmen nicht zufriedenstellend. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die finanzielle Lage der Gemeinde weiterhin sehr angespannt ist.

Die Finanzplanung zeigt, dass die laufenden Anstrengungen noch nicht ausreichen um mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen.

Die Feststellung, dass mit einem Anteil von 25% am Steuerertrag die Gemeinde Glarus Süd 2/3 der Gesamtfläche des Kantons Glarus finanziert, machen den mittelfristig ausgeglichenen Haushalt zu einem äussert anspruchsvollen Ziel, wenn nicht gar zu einem unrealistischen Ziel.

Es liegt auf der Hand, dass der kantonale Finanzausgleich für die Gemeinde Glarus Süd nicht ausreichend ist. Eine Überprüfung auf vertikaler und auch horizontaler Ebene ist unabdingbar, da auf der Ertragsseite infolge fehlender Grossprojekte kein Spielraum nach oben offen bleibt.

Die Abteilung Finanzverwaltung Glarus Süd gibt bei Fragen zum Budget 2016 gerne persönlich Auskunft. Die detaillierten Budgetunterlagen sind auf der Homepage www.glarus-sued.ch unter Aktuelles abrufbar oder können bei der Abteilung Finanzen unter Telefon 058 611 92 52 oder unter finanzen@glarus-sued.ch angefordert werden.

Gemeinde Glarus Süd
2.2. Budget 2016: Gesamtüberblick

	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
ERFOLGSRECHNUNG			
+ Total Aufwand	50'296'700	50'484'200	50'891'942
- Total Ertrag	48'926'700	48'492'200	51'735'157
Ertrags- (-) / Aufwandüberschuss (+)	**1'370'000**	**1'992'000**	**-843'215**
ERFOLGSRECHNUNG vor Abschreibung und Wertberichtigung			
Ertrags- (-) / Aufwandüberschuss (+) Erfolgsrechnung	1'370'000	1'992'000	-843'215
- Zusätzliche Abschreibungen (383 / 387)	-	-	-1'165'753
Ertrags- (-) / Aufwandüberschuss (+) vor zusätzl. Abschreib.	**1'370'000**	**1'992'000**	**-2'008'968**
- Wertberichtigungen Finanzvermögen (344)	-	-	-3'792
- Abschreib. / Wertberichtigung Verwaltungsverm. (33, 364, 365, 366)	-5'268'600	-5'109'300	-3'960'839
+ Wertberichtigungen Finanzvermögen (444)	-	-	380'501
+ Aufwertungen Verwaltungsvermögen (4490)	-	-	-
Ertrags- (-) / Aufwandüberschuss (+) vor Abschreibungen und Wertberichtigungen	**-3'898'600**	**-3'117'300**	**-5'593'098**
INVESTITIONSRECHNUNG			
+ Investitionsausgaben	9'565'000	8'935'000	11'388'413
- Investitionseinnahmen	-3'650'000	-2'720'000	-5'096'658
= **Nettoinvestitionen**	**5'915'000**	**6'215'000**	**6'291'755**
SELBSTFINANZIERUNG			
+ Ertrags- (+) / Aufwandüberschuss (-)	-1'370'000	-1'992'000	843'215
+ Abschreibungen Verwaltungsvermögen (33)	4'937'200	4'938'500	3'842'482
+ Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen (35)	360'000	400'000	874'424
- Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen (45)	-1'053'900	-1'762'900	-371'572
+ Wertberichtigungen Darl. Verwaltungsvermögen (364)	-	-	-
+ Wertberichtigungen Beteilig. Verwaltungsvermögen (387)	-	-	-
+ Abschreibungen Investitionsbeiträge (366)	331'400	170'800	118'357
+ Zusätzliche Abschreibungen (383)	-	-	1'095'565
+ Zusätzl. Abschreib. Invest-beiträge, Darl. u. Beteiligungen (387)	-	-	70'188
+ Einlagen in das Eigenkapital (389)	-	-	-
- Entnahmen aus dem Eigenkapital (489)	-627'000	-20'000	-703'696
- Aufwertungen Verwaltungsvermögen (4490)	-	-	-
= **Selbstfinanzierung**	**2'577'700**	**1'734'400**	**5'768'963**
FINANZIERUNG			
+ Nettoinvestitionen	5'915'000	6'215'000	6'291'755
- Selbstfinanzierung	-2'577'700	-1'734'400	-5'768'963
= **Finanzierungsfehlbetrag (+) / -überschuss (-)**	**3'337'300**	**4'480'600**	**522'791**
SELBSTFINANZIERUNGSGRAD	**44%**	**28%**	**92%**

Gemeinde Glarus Süd
2.3.1. Budget 2016: Gestufter Erfolgsausweis nach HRM2

		Budget 2015	Budget 2016		Rechnung 2014
30	Personalaufwand	21'343'800	20'892'200		21'082'620
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	12'980'700	13'384'000		12'765'534
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	4'937'200	4'938'500		3'842'482
35	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	360'000	400'000		874'424
36	Transferaufwand	4'155'200	4'740'100		4'032'519
36	davon Abschreibungen im Transferaufwand	331'400	170'800		118'357
39	Interne Verrechnungen	5'411'100	5'180'800		6'173'340
	Betrieblicher Aufwand	**49'519'400**	**49'706'400**	1)	**48'889'275**
40	Fiskalertrag	22'908'000	23'988'000		24'188'347
41	Regalien und Konzession	2'458'000	2'457'500		2'214'637
42	Entgelte	7'389'600	7'110'900		8'647'356
43	Verschiedene Erträge	146'000	81'200		147'560
45	Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	1'292'900	1'762'900		371'572
46	Transferertrag	6'698'900	5'833'900		6'621'704
49	Interne Verrechnungen	5'411'100	5'180'800		6'173'340
	Betrieblicher Ertrag	**46'304'500**	**46'415'200**	2)	**48'364'516**
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (Saldo 11)	**-3'214'900**	**-3'291'200**		**-524'759**
34	Finanzaufwand	777'300	777'800	1)	831'503
44	Finanzertrag	1'995'200	2'057'000	2)	2'523'349
	Ergebnis aus Finanzierung (Saldo 12)	**1'217'900**	**1'279'200**		**1'691'847**
	Operatives Ergebnis (SALDO 1 = Saldo 11 und Saldo 12)	***-1'997'000***	***-2'012'000***		***1'167'088***
38	Ausserordentlicher Aufwand	0	0	1)	1'171'164
48	Ausserordentlicher Ertrag	627'000	20'000	2)	847'292
	Ausserordentliches Ergebnis (SALDO 2)	***627'000***	***20'000***		***-323'873***
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung (=SALDO 1 + SALDO	***-1'370'000***	***-1'992'000***		***843'215***

Gesamtaufwand / Gesamtertrag			
1) Betrieblicher Aufwand + Finanzaufwand + a.o. Aufwand	50'296'700	50'484'200	50'891'942
2) Betrieblicher Ertrag + Finanzertrag + a.o. Ertrag	48'926'700	48'492'200	51'735'157
Aufwandüberschuss (-) / Ertragsüberschuss	-1'370'000	-1'992'000	843'215

Gemeinde Glarus Süd
2.3.2. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenarten

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
	Erfolgsrechnung	**1'370'000.00**	**1'992'000.00**	**-843'214.71**
3	**Aufwand**	**50'296'700.00**	**50'484'200.00**	**50'891'942.20**
30	**Personalaufwand**	**21'343'800.00**	**20'892'200.00**	**21'082'619.90**
300	Behörden und Kommissionen	596'700.00	606'300.00	632'184.75
301	Löhne des Verwaltungs und Betriebspersonals	9'044'100.00	8'719'900.00	8'479'534.25
302	Löhne der Lehrkräfte	8'164'600.00	8'123'300.00	8'658'395.50
305	Arbeitgeberbeiträge	3'076'000.00	3'037'100.00	2'989'592.95
306	Arbeitgeberleistungen	122'000.00	94'000.00	91'158.65
309	Übriger Personalaufwand	340'400.00	311'600.00	231'753.80
31	**Sach und übriger Betriebsaufwand**	**12'980'700.00**	**13'384'000.00**	**12'765'533.54**
310	Material und Warenaufwand	1'510'800.00	1'402'500.00	1'299'205.93
311	Nicht aktivierbare Anlagen	802'200.00	1'118'400.00	678'373.83
312	Ver- und Entsorgung	1'020'600.00	965'900.00	899'374.78
313	Dienstleistungen und Honorare	4'061'400.00	3'959'400.00	3'801'570.42
314	Baulicher Unterhalt	4'282'800.00	4'743'300.00	4'957'678.66
315	Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	578'800.00	460'400.00	409'586.73
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	242'400.00	218'900.00	265'874.05
317	Spesenentschädigung	368'500.00	370'700.00	292'619.80
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	98'200.00	133'000.00	139'236.14
319	Verschiedener Betriebsaufwand	15'000.00	11'500.00	22'013.20
33	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	**4'937'200.00**	**4'938'500.00**	**3'842'482.10**
330	Sachanlagen Verwaltungsvermögen	4'512'700.00	4'424'200.00	3'496'004.10
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	424'500.00	514'300.00	346'478.00
34	**Finanzaufwand**	**777'300.00**	**777'800.00**	**831'502.70**
340	Zinsaufwand	460'800.00	505'100.00	592'351.30
342	Kapitalbeschaffung und -verwaltung	0.00	0.00	4'800.00
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	316'500.00	272'700.00	230'559.80
344	Wertberichtigung Anlagen Finanzvermögen	0.00	0.00	3'791.60
35	**Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen**	**360'000.00**	**400'000.00**	**874'424.23**
350	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im FK	0.00	0.00	34'346.90
351	Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im EK	360'000.00	400'000.00	840'077.33
36	**Transferaufwand**	**4'486'600.00**	**4'910'900.00**	**4'150'875.21**
360	Ertragsanteile an Dritte	92'500.00	99'500.00	107'986.50
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	306'800.00	1'268'700.00	279'163.80
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'755'900.00	3'371'900.00	3'645'368.36
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	331'400.00	170'800.00	118'356.55
38	**Ausserordentlicher Aufwand**	**0.00**	**0.00**	**1'171'164.41**
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	0.00	0.00	5'411.05
383	Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen VV	0.00	0.00	1'095'565.21
386	Zusätzliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	0.00	0.00	70'188.15
39	**Interne Verrechnung**	**5'411'100.00**	**5'180'800.00**	**6'173'340.11**
390	Material und Warenbezüge	23'200.00	21'900.00	69'521.25
391	Dienstleistungen und Personalkosten	4'095'300.00	4'074'800.00	5'009'680.15
392	Pacht, Mieten, Benützungskosten	701'100.00	454'700.00	624'212.15
393	Betriebs- und Verwaltungskosten	228'700.00	185'600.00	221'342.46
394	Kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	362'800.00	443'800.00	248'584.10

Gemeinde Glarus Süd
2.3.2. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenarten

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
4	**Ertrag**	**48'926'700.00**	**48'492'200.00**	**51'735'156.91**
40	**Fiskalertrag**	**22'908'000.00**	**23'988'000.00**	**24'188'346.82**
400	Direkte Steuern natürliche Personen	20'205'000.00	19'948'000.00	20'198'068.97
401	Direkte Steuern juristische Personen	1'945'000.00	3'280'000.00	3'311'942.85
403	Besitz- und Aufwandsteuern	758'000.00	760'000.00	678'335.00
41	**Regalien und Konzession**	**2'458'000.00**	**2'457'500.00**	**2'214'637.20**
412	Konzessionen	2'458'000.00	2'457'500.00	2'214'637.20
42	**Entgelte**	**7'389'600.00**	**7'110'900.00**	**8'647'356.24**
420	Ersatzabgaben	300'000.00	290'000.00	285'500.15
421	Gebühren für Amtshandlungen	272'000.00	297'500.00	311'687.05
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	240'000.00	233'000.00	230'993.95
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	5'356'900.00	5'204'200.00	6'134'831.40
425	Erlös aus Verkäufen	1'056'900.00	939'200.00	1'390'894.08
426	Rückerstattungen	158'700.00	141'700.00	289'049.61
427	Bussen	5'100.00	5'300.00	4'400.00
43	**Verschiedene Erträge**	**146'000.00**	**81'200.00**	**147'559.90**
431	Aktivierung Eigenleistungen	140'000.00	77'000.00	134'974.90
439	Übriger Ertrag	6'000.00	4'200.00	12'585.00
44	**Finanzertrag**	**1'995'200.00**	**2'057'000.00**	**2'523'349.44**
440	Zinsertrag	75'500.00	98'600.00	93'976.39
441	Realisierte Gewinne Finanzvermögen	0.00	0.00	18'901.20
442	Beteiligungsertrag Finanzvermögen	215'000.00	220'000.00	222'875.00
443	Liegenschaftenertrag Finanzvermögen	733'700.00	773'800.00	786'738.35
444	Wertberichtigungen Anlagen Finanzvermögen	0.00	0.00	380'500.55
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	501'100.00	500'000.00	460'089.00
447	Liegenschaftenertrag Verwaltungsvermögen	469'900.00	464'600.00	560'268.95
45	**Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen**	**1'292'900.00**	**1'762'900.00**	**371'571.77**
450	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen FK	126'500.00	69'400.00	1'500.00
451	Entnahmen aus Fonds u. Spezialfinanzierungen EK	1'166'400.00	1'693'500.00	370'071.77
46	**Transferertrag**	**6'698'900.00**	**5'833'900.00**	**6'621'703.76**
460	Ertragsanteile	900'000.00	906'000.00	819'288.90
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	694'100.00	599'400.00	564'707.90
462	Finanz- und Lastenausgleich	1'826'000.00	667'000.00	1'834'324.90
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	3'274'800.00	3'651'500.00	3'392'753.11
469	Verschiedener Transferertrag	4'000.00	10'000.00	10'628.95
48	**Ausserordentlicher Ertrag**	**627'000.00**	**20'000.00**	**847'291.67**
482	Ausserordentliche Entgelte	0.00	0.00	91'197.02
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	0.00	0.00	52'399.00
486	Ausserordentliche Transfererträge	0.00	0.00	0.00
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	627'000.00	20'000.00	703'695.65
49	**Interne Verrechnungen**	**5'411'100.00**	**5'180'800.00**	**6'173'340.11**
490	Material- und Warenbezüge	23'200.00	21'900.00	69'521.25
491	Dienstleistungen und Personalkosten	4'095'300.00	4'074'800.00	5'009'680.15
492	Pacht, Mieten, Benützungskosten	701'100.00	454'700.00	624'212.15
493	Betriebs- und Verwaltungskosten	228'700.00	185'600.00	221'342.46
494	Kalkulatorische Zinsen und Finanzaufwand	362'800.00	443'800.00	248'584.10

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
1	**PRÄSIDIALES**	**2'713'300.00**	**2'378'800.00**	**2'282'090.20**
10000	Gemeindeversammlung	47'500.00	52'500.00	57'773.95
10100	Wahlen und Abstimmungen	59'800.00	63'300.00	119'352.20
10	Total Legislative	107'300.00	115'800.00	177'126.15
11000	Gemeinderat	830'900.00	770'000.00	764'130.60
11010	Lohnerhöhungen / Personal	296'300.00	96'500.00	0.00
11	Total Gemeinderat inkl. Lohnerhöhung Personal	1'127'200.00	866'500.00	764'130.60
12000	Gemeindekanzlei	491'600.00	504'800.00	511'291.65
12100	Gemeindearchiv	41'000.00	44'500.00	42'244.10
12200	Weibeldienst	0.00		0.00
12400	Informatik / EDV	217'000.00	237'300.00	199'715.75
12	Total Gemeindekanzlei / Archiv	749'600.00	786'600.00	753'251.50
14000	Personaldienst	558'600.00	469'900.00	454'511.50
14010	Arbeitgeberleistungen	122'000.00	94'000.00	91'158.65
14020	Gleitzeit- und Feriensaldo Personal	0.00	0.00	-6'720.10
14	Total Personaldienst	680'600.00	563'900.00	538'950.05
16000	Vermittleramt	11'500.00	9'500.00	8'988.20
16	Total Vermittleramt	11'500.00	9'500.00	8'988.20
18000	GPK / Revisionsstelle	37'100.00	36'500.00	39'643.70
18	Total Controlling	37'100.00	36'500.00	39'643.70
2	**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**	**-26'375'800.00**	**-26'175'000.00**	**-27'417'820.96**
20000	Finanzverwaltung	421'900.00	496'600.00	411'722.96
20201	Einkommenssteuer	-17'500'000.00	-17'153'000.00	-17'468'984.44
20202	Vermögenssteuer	-2'619'000.00	-2'693'000.00	-2'583'777.84
20203	Gewinnsteuer	-1'744'000.00	-2'583'000.00	-2'631'658.20
20204	Kapitalsteuer	-193'000.00	-678'000.00	-621'953.30
20206	Steuerertrag Sondereffekt	-10'000.00	0.00	-95'056.60
20210	Sondersteuern	-358'000.00	-347'000.00	-258'799.75
20220	Finanz- und Lastenausgleich	-1'826'000.00	-667'000.00	-1'834'324.90
20240	Rückverteilung CO2--Abgaben	-4'000.00	-10'000.00	-10'628.95
20300	Ertragsanteile übrige	-2'200'000.00	-2'200'000.00	-2'056'887.20
20310	Wasserkraftnutzung	16'200.00	16'200.00	16'199.20
20400	Passivzinsen und Vermögenserträge	-23'200.00	-89'300.00	202'821.21
20800	Wertberichtigung auf Forderungen	4'000.00	0.00	3'344.30
20	Total Finanzwesen	-26'035'100.00	-25'907'500.00	-26'927'983.51
21000	Wirtschaftsförderung	39'000.00	120'000.00	75'615.00
21	Total Wirtschaft	39'000.00	120'000.00	75'615.00
22000	Regionalverkehr	60'000.00	46'000.00	19'816.20
22010	Bahnhöfe / Bushaltestellen	21'300.00	27'200.00	29'523.45
22	Total Regionalverkehr	81'300.00	73'200.00	49'339.65

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
27000	Finanzertrag Technische Betriebe tbgs	-500'000.00	-500'000.00	-458'289.00
27050	Konzessionen Technische Betriebe tbgs	0.00	0.00	-150'000.00
27	Total Technische Betriebe Glarus Süd	-500'000.00	-500'000.00	-608'289.00
28000	Versicherungen	39'000.00	39'300.00	41'810.65
28	Total Versicherungen	39'000.00	39'300.00	41'810.65
29000	Neutrale Aufwendungen und Erträge	0.00	0.00	-48'313.75
29	Total Neutrale Aufwendungen und Erträge	0.00	0.00	-48'313.75
3	**SCHULE UND FAMILIE**	**12'127'500.00**	**12'330'900.00**	**12'181'710.94**
30000	Schulleitung / Schulsekretariat	969'600.00	940'300.00	857'819.20
30	Total Schulleitung / Schulsekretariat	969'600.00	940'300.00	857'819.20
31010	Kindergarten Linthal	223'200.00	163'000.00	193'489.72
31020	Kindergarten Braunwald	53'600.00	27'100.00	56'596.90
31021	Kindergarten Luchsingen	133'100.00	147'900.00	127'028.60
31030	Kindergarten Haslen	144'400.00	134'000.00	130'607.60
31032	Kindergarten Schwanden	269'000.00	270'600.00	260'966.70
31037	Kreiskindergarten Mitlödi	329'400.00	332'300.00	325'367.60
31040	Kindergarten Engi	136'700.00	139'400.00	128'572.75
31099	Stellvertretungen Kindergarten	39'000.00	39'000.00	0.00
31	Total Kindergarten	1'328'400.00	1'253'300.00	1'222'629.87
33011	Primarschule Linthal	826'200.00	948'100.00	862'661.30
33020	Primarschule Braunwald	205'200.00	238'800.00	235'180.67
33022	Primarschule Hätzingen	532'300.00	506'800.00	494'010.76
33030	Primarschule Haslen	512'100.00	554'100.00	575'310.42
33031	Primarschule Schwanden	1'156'600.00	1'164'300.00	1'250'209.62
33035	Primarschule Schwändi	243'000.00	342'300.00	285'476.35
33038	Primarschule Mitlödi	738'900.00	797'000.00	874'720.77
33040	Primarschule Engi	466'300.00	543'900.00	450'298.68
33045	Primarschule Elm	216'400.00	291'000.00	236'422.25
33090	Deutsch-Intensivklasse Rüti	190'100.00	214'500.00	177'502.25
33099	Stellvertretungen Primarschule	61'300.00	61'300.00	0.00
33	Total Primarschule	5'148'400.00	5'662'100.00	5'441'793.07
34010	Oberstufenschulkreis Linthal	1'030'000.00	1'064'700.00	1'169'150.90
34030	Oberstufenschulkreis Schwanden	1'918'700.00	1'751'000.00	2'057'123.11
34040	Oberstufe Matt	598'400.00	481'600.00	633'805.20
34050	Sportschule Transport	0.00	52'000.00	0.00
34099	Stellvertretungen Oberstufe	120'200.00	120'200.00	0.00
34	Total Oberstufe	3'667'300.00	3'469'500.00	3'860'079.21
35000	Volksschule sonstiges	140'900.00	80'500.00	143'157.50
35010	Bibliotheken	31'900.00	32'600.00	21'056.60
35050	Kantonsschule	22'000.00	15'000.00	18'182.00
35090	EDV an den Schulen	70'000.00	143'000.00	48'157.05
35	Total Volksschule sonstiges	264'800.00	271'100.00	230'553.15
36000	Sonderpädagogik	251'900.00	256'800.00	247'123.65
36	Total Sonderpädagogik	251'900.00	256'800.00	247'123.65

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
37000	Schulgesundheit	0.00	0.00	0.00
37	Total Schulgesundheit	0.00	0.00	0.00
38090	Tagesbetreuung	11'100.00	21'600.00	19'003.40
38110	Tagesbetreuung Linthal	85'700.00	83'100.00	77'913.80
38120	Hort Mitlödi	59'800.00	54'900.00	67'801.40
38130	Chinderburg Schwanden	112'800.00	64'300.00	43'622.04
38199	Stellvertretungen Tagesstruktur	40'200.00	40'200.00	0.00
38	Total Tagesbetreuung / Krippen	309'600.00	264'100.00	208'340.64
39000	Fachstelle Schulsozialarbeit	1'100.00	1'000.00	0.00
39100	Jugendarbeit	186'400.00	212'700.00	113'372.15
39	Total Familie und Jugend	187'500.00	213'700.00	113'372.15
4	**GESELLSCHAFT UND TOURISMUS**	**2'439'800.00**	**2'594'800.00**	**2'412'048.70**
40000	Departemenssekretariat	89'800.00	86'100.00	82'452.55
40	Total Gesellschaft	89'800.00	86'100.00	82'452.55
41000	Ambulante Krankenpflege	402'000.00	355'000.00	442'970.55
41100	Alters- und Pflegeheime	1'354'600.00	1'613'200.00	1'466'764.95
41200	Gesundheitswesen	8'000.00	8'100.00	7'865.00
41	Total Gesundheit	1'764'600.00	1'976'300.00	1'917'600.50
42000	Soziales	71'000.00	97'600.00	69'208.45
42	Total Soziales	71'000.00	97'600.00	69'208.45
43000	Kultur	139'000.00	137'900.00	140'458.55
43010	Kulturelle Projekte und Anlässe	25'000.00	8'400.00	25'000.00
43	Total Kultur	164'000.00	146'300.00	165'458.55
44000	Tourismus	238'900.00	197'100.00	88'081.65
44	Total Tourismus	238'900.00	197'100.00	88'081.65
45100	Denkmalpflege / Heimatschutz	111'500.00	91'400.00	89'247.00
45	Total Denkmalpflege	111'500.00	91'400.00	89'247.00
5	**SICHERHEIT UND FREIZEIT**	**1'561'200.00**	**1'327'700.00**	**1'368'395.95**
50000	Einwohneramt	454'900.00	419'600.00	394'185.45
50010	AHV-Zweigstelle	35'100.00	30'800.00	34'173.00
50020	Telefonzentrale	1'400.00	3'300.00	3'240.30
50	Total Sicherheit und Freizeit	491'400.00	453'700.00	431'598.75
52000	Feuerwehr	-955'500.00	-874'500.00	-769'633.05
52010	Feuerwehr Braunwald	105'200.00	99'000.00	93'490.45
52020	Feuerwehr Grosstal	245'300.00	211'000.00	176'826.30
52030	Feuerwehr Kärpf	474'800.00	414'600.00	471'418.35
52031	Hubretter Feuerwehr Kärpf	0.00	0.00	0.00
52040	Feuerwehr Engi - Matt	147'800.00	175'300.00	133'605.35
52050	Feuerwehr Elm	177'100.00	152'600.00	69'689.10
52	Total Feuerwehr	194'700.00	178'000.00	175'396.50

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
53000	Militärische Verteidigung	1'300.00	600.00	437.90
53	Total Militärische Verteidigung	1'300.00	600.00	437.90
54000	Schiesswesen	146'500.00	112'400.00	145'584.05
54	Total Schiesswesen	146'500.00	112'400.00	145'584.05
55000	Zivilschutz	177'800.00	151'400.00	148'911.13
55100	Ziviler Führungsstab	14'000.00	6'300.00	3'671.15
55	Total Zivilschutz	191'800.00	157'700.00	152'582.28
56000	Sport- und Freizeitanlagen	107'800.00	138'100.00	84'845.45
56100	Schwimmbäder	200'500.00	120'100.00	168'582.50
56200	Sport und Freizeit	30'000.00	22'000.00	21'400.00
56	Total Sport und Freizeit	338'300.00	280'200.00	274'827.95
57000	Friedhof und Bestattungen	197'200.00	145'100.00	187'968.52
57	Total Friedhof und Bestattung	197'200.00	145'100.00	187'968.52
6	**WERKE UND UMWELT**	**8'904'000.00**	**9'534'800.00**	**8'330'360.46**
60000	Bauamt / Bauverwaltung	331'600.00	524'600.00	156'735.95
60040	Nachführung amtliche Messungen	13'000.00	13'000.00	13'604.15
60050	Orts- und Raumplanung	112'000.00	118'000.00	141'761.00
60090	Verkauf von Bauland	2'000.00	1'000.00	-1'915.05
600	Total Bauamt / Raumplanung	458'600.00	656'600.00	310'186.05
60100	Immobilien Verwaltungsvermögen	69'900.00	59'000.00	52'222.45
60102	Gemeindehaus Schwanden	40'200.00	39'500.00	43'686.55
60103	Gemeindehaus Mitlödi	45'600.00	37'300.00	46'423.80
60104	Gemeindehaus Haslen	29'200.00	24'900.00	24'727.05
60105	Gemeindehaus Linthal	26'800.00	28'100.00	22'992.90
60106	Schulhaus Nidfurn / Verwaltung	21'700.00	21'400.00	23'598.40
60107	Gemeindehaus Elm	152'000.00	177'400.00	218'915.50
60110	Liegenschaften VV Linthal	1'500.00	3'700.00	2'882.15
60120	Liegenschaften VV mittl. Grosstal	3'400.00	5'400.00	7'806.05
60121	Mehrzweckhalle Rüti	79'600.00	53'200.00	53'527.20
60130	Liegenschaften VV Schwanden	21'800.00	17'400.00	24'506.80
60131	Gemeindezentrum Schwanden	121'100.00	86'500.00	188'655.45
60140	Liegenschaften VV Sernftal	2'700.00	3'200.00	1'577.05
601	Total Immobilien Verwaltungsvermögen	615'500.00	557'000.00	711'521.35
60400	Schulliegenschaften	33'500.00	40'500.00	64'391.95
60410	Kindergarten Linthal	26'300.00	41'000.00	31'706.55
60411	Primarschule Linthal	207'900.00	158'500.00	238'216.25
60412	Sekundarschulhaus Grosstal	96'400.00	63'700.00	73'202.00
60415	Turnhalle Linthal	68'500.00	417'400.00	72'118.45
60420	Schulliegenschaften Braunwald	129'700.00	106'600.00	146'059.30
60421	Kindergarten Luchsingen	35'500.00	22'600.00	56'821.55
60422	Schulliegenschaften Hätzingen	195'400.00	112'600.00	262'046.40
60425	Schulhaus Rüti	-15'800.00	-8'300.00	-9'539.80
60430	Schulliegenschaften Haslen	114'500.00	68'600.00	93'357.45
60431	Buchenschulhaus/Turnhallen	674'500.00	614'700.00	669'773.95
60432	Kindergarten Schwanden	75'300.00	48'800.00	132'904.45

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
60435	Schuliegenschaften Schwändi	141'800.00	53'600.00	100'223.12
60437	Kindergarten Mitlödi	53'700.00	39'000.00	43'630.55
60438	Schulhaus Mitlödi	218'800.00	110'200.00	176'160.20
60440	Schulliegenschaften Engi	190'000.00	225'600.00	192'393.45
60441	Schulliegenschaft Matt	166'900.00	113'400.00	143'258.45
60445	Schulliegenschaften Elm	48'500.00	46'000.00	18'075.45
604	Schulliegenschaften	2'461'400.00	2'274'500.00	2'504'799.72
60500	Immobilien Finanzvermögen	11'000.00	23'600.00	-357'419.60
60510	Liegenschaften FV Linthal	-13'600.00	-16'900.00	-24'281.40
60511	Mehrfamilienhaus Seggen, Linthal	-300.00	-13'700.00	-30'686.85
60520	Liegenschaften FV mittl. Grosstal	-8'800.00	-21'800.00	-47'479.05
60521	Schulhaus Diesbach, Spitex	13'000.00	8'100.00	-8'869.50
60522	Grosshaus Rüti, Dorfstrasse 66	500.00	-9'000.00	-28'613.05
60530	Liegenschaften FV Schwanden	-14'200.00	-36'100.00	-67'471.10
60531	Liegenschaft alte Schule, Sool	-7'600.00	-8'700.00	12'469.55
60532	Liegenschaft Haus Bären, Sool	-11'200.00	-5'500.00	-17'681.65
60533	Liegenschaft Schulhaus, Sool	9'500.00	14'600.00	2'044.55
60540	Liegenschaften FV Sernftal	-24'900.00	-37'200.00	-28'348.75
60541	Touristenlager und Wohnungen, Matt	0.00	0.00	0.00
605	Total Immobilien Finanzvermögen	-46'600.00	-102'600.00	-596'336.85
60900	Verkauf Liegenschaften FV	500.00	500.00	409.20
60	Total Hochbau / Planung	3'489'400.00	3'386'000.00	2'930'579.47
61000	Werkhöfe	841'600.00	503'800.00	184'603.67
61100	Dorfstrassen	1'035'000.00	1'000'000.00	0.00
61100	Schneereäumung Dorfstrassen	903'200.00	903'200.00	0.00
61100	Dorfstrassen inkl Schneeräumung			2'095'206.37
61110	Plätze und Anlagen	151'800.00	140'200.00	276'257.55
61111	Auenstrasse Linthal	41'000.00	46'800.00	38'560.83
61120	Öffentliche Beleuchtung	236'000.00	240'000.00	160'590.95
61150	Kantonsstrassen	78'900.00	77'000.00	86'762.35
64000	Robi Dog	132'500.00	95'600.00	117'842.85
61300	Fahrzeuge Werkbetrieb	0.00	400'800.00	0.00
61	Total Tiefbau	3'420'000.00	3'407'400.00	2'959'824.57
63000	Wasserversorgung / öffentl. Brunnen	27'700.00	24'000.00	26'212.35
63100	Wasserversorgung SF	0.00	0.00	0.00
63200	Löschwasserversorgung	37'000.00	83'600.00	41'993.80
63	Total Wasserversorgung	64'700.00	107'600.00	68'206.15
64100	Abwasserbeseitigung SF	0.00	0.00	0.00
64900	Entwässerung Braunwald	3'800.00	4'000.00	4'432.40
64	Total Abwasserbeseitigung	3'800.00	4'000.00	4'432.40
65000	Abfallwirtschaft allgemein	7'000.00	7'000.00	7'409.80
65010	Kadaversammelstelle Linthal	0.00	0.00	0.00
65020	Kadaversammelstelle Grosstal	15'500.00	5'700.00	7'182.35
65040	Kadaversammelstelle Sernftal	2'200.00	2'300.00	1'496.90
65100	Abfallwirtschaft SF	0.00	0.00	0.00
65	Total Abfallwirtschaft	24'700.00	15'000.00	16'089.05

Gemeinde Glarus Süd
2.3.3. Budget 2016: Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

Nr.	Bezeichnung	Budget 2015	Budget 2016	Rechnung 2014
66000	Deponien	45'100.00	27'400.00	12'082.77
66100	Umweltschutz	13'000.00	2'600.00	17'702.50
66320	Notschlachthaus Betschwanden	4'000.00	3'500.00	2'606.55
66	Total Umweltschutz / Deponien	62'100.00	33'500.00	32'391.82
67000	Forstwirtschaft	4'700.00	313'700.00	-405'768.94
67200	Schnitzelholz	0.00	-5'500.00	-10'771.65
67400	Waldstrassen	257'800.00	279'300.00	418'090.43
67500	Lawinenverbauungen	102'500.00	82'600.00	285'695.45
67550	Naturgefahren	0.00	60'000.00	0.00
67600	Wanderwege	428'500.00	464'100.00	531'358.05
67700	Bäche und Runsen	324'400.00	248'000.00	477'097.76
67800	Gewässerverbauung	80'000.00	153'000.00	211'934.25
67900	Arten- und Landschaftsschutz	0.00	8'500.00	0.00
67	Total Forstwirtschaft	1'197'900.00	1'603'700.00	1'507'635.35
68000	Alpwirtschaft	146'700.00	154'200.00	209'861.85
68000	Alpen (diverse Kostenstellen)	492'100.00	809'800.00	650'457.05
680	Total Alpwirtschaft	638'800.00	964'000.00	860'318.90
68500	Landwirtschaft	58'800.00	56'300.00	44'463.60
68510	Landw. Liegenschaften	-56'200.00	-42'700.00	-93'580.85
685	Total landw. Liegenschaften	2'600.00	13'600.00	-49'117.25
68	Total Alp- und Landwirtschaft	641'400.00	977'600.00	811'201.65

2.3.3. Budget 2016: Zusammenzug Erfolgsrechnung nach Kostenstellen

		Aufwand Budget 2015	Ertrag Budget 2015	Aufwand Budget 2016	Ertrag Budget 2016	Aufwand Rechnung 2014	Ertrag Rechnung 2014
	ZUSAMMENZUG ERFOLGSRECHNUNG	**50'296'700**	**48'926'700**	**50'484'200**	**48'492'200**	**50'891'942**	**51'735'156**
	Nettoaufwand / Nettoertrag		**1'370'000**		**1'992'000**	**843'215**	
1	**PRÄSIDIALES**	**2'740'800**	**27'500**	**2'414'800**	**36'000**	**2'332'504**	**50'414**
	Nettoaufwand		**2'713'300**		**2'378'800**		**2'282'090**
2	**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**	**1'782'900**	**28'158'700**	**2'072'900**	**28'247'900**	**1'863'959**	**29'281'780**
	Nettoertrag	**-26'375'800**		**-26'175'000**		**-27'417'821**	
3	**SCHULE UND FAMILIE**	**13'365'500**	**1'238'000**	**13'536'400**	**1'205'500**	**13'356'260**	**1'174'550**
	Nettoaufwand		**12'127'500**		**12'330'900**		**12'181'711**
4 + 5	**GESELLSCHAFT UND SICHERHEIT**	**6'735'100**	**2'734'100**	**6'510'000**	**2'587'500**	**6'069'951**	**2'289'506**
	Nettoaufwand		**4'001'000**		**3'922'500**		**3'780'445**
6.1	**WERKE UND UMWELT**	**17'921'700**	**10'857'000**	**17'361'500**	**10'408'000**	**17'549'085**	**11'537'563**
	Nettoaufwand		**7'064'700**		**6'953'500**		**6'011'522**
6.2	**WALD UND LANDWIRTSCHAFT**	**7'750'700**	**5'911'400**	**8'588'600**	**6'007'300**	**9'720'182**	**7'401'344**
	Nettoaufwand		**1'839'300**		**2'581'300**		**2'318'839**

2.4. Budget 2016: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2017 - 2019

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2015		Investitionen 2016		Nettoinvestitionen 2017	2018	2019	Bemerkungen / Legende
	Präsidiales								
	Informatik / EDV-Kosten								
1	Glarus Süd / Informatik / EDV-Kosten	90		145		52	52	52	Vertrag mit gl3 / Amortisation Anfangsinvestitionen aus dem C4 Projekt
2	Zentraler Verwaltungsstandort	50							Planungskosten
	Departement Wirtschaft und Finanzen								
	Regionalverkehr / Investitionsbeiträge								
1	Luftseilbahn Matt - Weissenberge	300							
1	Mitlödi / Perronerhöhung Bahnhof Mitlödi					185			Beschluss Gemeinderat vom 27.03.2014
	Departement Schule und Familie								
	Kinderkrippen / Kinderhorte								
1	Tagesstruktur / Ausbau 5 Standorte					50			
	Schulliegenschaften / Turnhalle								
3	Schulliegenschaften / Unterhalt und Mobiliar								Bedarfsabklärungen
1	Matt / Renovation altes Schulhaus							100	Planungskredit / Ausführung abhängig von Schulkonzept (2020+2021 je Fr. 750'000)
1	EDV in den Schulen	80							Aufwand gemäss ICT Konzept / ab 2016 in der Erfolgsrechnung ausgewiesen
	Departement Gesellschaft und Tourismus								
	Bahnen / Investitionsbeiträge								
1	Schwanden / Erneuerung Luftseilbahn Kies - Mettmen	200							Beschluss Gemeindeversammlung vom 23.11.2012 / Bruttokredit Fr. 600'000
	Departement Sicherheit und Freizeit								
	Feuerwehr								
1	Elm / Feuerwehrlokal zs. mit Neubau Werkhof	75							Beschluss Gemeindeversammlung vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 1'136'000
2	Hätzingen / Renovation Feuerwehrlokal							20	Kosten z.L. Gemeinde nach Abzug 80% Subventionierung durch GlarnerSach
1	FW Engi-Matt / Tanklöschfahrzeug			320	255				Kosten z.L. Gemeinde nach Abzug 80% Subventionierung durch GlarnerSach
3	FW Kärpf / Tanklöschfahrzeug					125			Kosten z.L. Gemeinde nach Abzug 80% Subventionierung durch GlarnerSach
1	FW Kärpf / Rüst- / Pionierfahrzeug							100	Kosten z.L. Gemeinde nach Abzug 80% Subventionierung durch GlarnerSach
1	FW Kärpf / Logistikfahrzeug							30	Kosten z.L. Gemeinde nach Abzug 80% Subventionierung durch GlarnerSach
	Friedhöfe								
1	Sanierung diverse Standorte								Gemeinschaftsgräber: Neuanlegung und Gestaltung / Schriftsteine
	Schiessanlagen								
1	Kugelfänge sanieren verschiedene Standorte	930	585	140	110	285	225		GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 4.4 Mio. / Restkosten Gemeinde Fr. 1.6 Mio.
2	Schwanden / Sanierung Schiessstand Matt								GV vom 22.11.2013 / Bruttokredit Fr. 600'000
	Schwimmbad / Sportanlagen								
4	Schwanden / Schwimmbad Wassererwärmung								Ziel: Fremdfinanzierung wird angestrebt.
4	Schwanden / Schwimmbad Renovation Kinderbereich					100			
2	Braunwald / Investitionsbeitrag Erlebnisbad	125							GR-Beschluss vom 26.06.2014 / Entnahme aus Fonds für wirtschaftliche Entwicklung
	Spiel- und Freizeitanlagen								
1	Sanierung von Spielplätzen	150	60	150	80				

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2016: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2017 - 2019

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2015		Investitionen 2016		Nettoinvestitionen 2017	2018	2019	Bemerkungen / Legende
	Departement Werke und Umwelt								
	Werkhöfe								
1	Schwanden / Neubau Werkhof			1'425		1'425			Kreditantrag Gemeindeversammlung vom 20.11.2015 / Bruttokredit Fr. 2'995'000
1	Elm / Umbau Werkhof zs. mit Feuerwehrgebäude	70							Beschluss Gemeindeversammlung vom 22.11.2013
2	Mittleres Grosstal / Werkhof Rüti								Beschluss Gemeindeversammlung vom 19.06.2015 / Bruttokredit Fr. 1'200'000
	Liegenschaften								
1	Liegenschaften / div. Gebäude abbrechen	100							Abbruch diverse Gebäude an der Armeeübung Technico
2	Braunwald / Schulhaus Sanierung Pausenplatz								Kredit von Fr. 100'000 Termin nach def. Entscheid Schulstandortfrage
2	Diesbach / Wohnhaus Dachsanierung						70		
3	Elm / altes Schulhaus Dachsanierung							100	
2	Elm / Gemeindehaus Renovation Wohnung Betriebsleiter			195					
2	Elm / Gemeindehaus Renovationen					150			Einbau Nasszellen / Renovation der Waschräume
3	Elm / Gemeindehaus Dachsanierung (Eternitplatten ersetzen)							270	
3	Engi / Schulhaus Wärmeerzeugung sanieren							160	
2	Engi / Schulhaus / Fenster ersetzen								Budgetkredit von Fr. 220'000 in der Erfolgsrechnung 2017 - 2019
3	Engi / Wohnhaus Dachsanierung							70	
3	Haslen / Kindergarten Fensterersatz inkl. Rollläden								Budgetkredit Fr. 70'000 in der Erfolgsrechnung 2017
2	Hätzingen / Schulhaus Sanierung roter Platz	130							Sportplatz bei der Schulanlage Hätzingen
3	Linthal / Sekundar z.T Fenster und Lamellenstoren ersetzen	100							Sekundarschulhaus / Sanierung Fenster und Lamellenstoren ersetzen
3	Linthal / Sekundar Eingangspartie sanieren	80							
3	Linthal / Primar 2.OG Bodenbeläge erneuern								
3	Linthal / Primar WC-Anlagen sanieren						100		
2	Matt / Schulhaus Fenster und Lamellenstoren ersetzen			130					
2	Schwanden / Oberstufenschulhaus Fassadensanierung						220		
3	Schwanden / Oberstufenschulhaus san. Anlagen sanieren							120	
3	Schwanden / Turnhalle Dusch- und WC-Räume sanieren						220		
1	Schwanden / Gemeindehaus Sanierung Heizung					160			
2	Schwanden / Gemeindehaus Dachsanierung						150		
2	Sool / Wohnhaus alte Schule Dachsanierung						70		
3	Rüti / Schulhaus san. Anlagen ersetzen							90	
	Dorfstrassen								
3	Diesbach / 2 Brücken / Rufirunse unten und oben							200	
2	Diesbach / Oberdorf Belag								
3	Engi / Sanierung Mühlebachbrücke (Bäckerei Hefti)						300		Vorprojekt 2017
4	Hätzingen / Strassenbelag und Parkplatz Oberdorf sanieren								Verpflichtungskredit Fr. 200'000
4	Hätzingen / Rosengasse								Neuen Belag / Unterbau
4	Hätzingen / Kreuzgasse								Neuen Belag / Unterbau
2	Linthal / Strassensicherheit bei Neubau Turnhalle Linthal					150			Strassenkorrektur bei Turnhalle
2	Luchsingen / Sanierung Adlenbach - Maschinenstrasse			20		200	350		Planung und Gesamtprojekt
2	Luchsingen / Bächlibachbrücke sanieren							200	
4	Luchsingen / Brunnenberg - Bödeli								Neuer Belag / Unterbau
2	Matt / Sanierung Stalderstrasse						300		
3	Matt / Sanierung alte Strasse			200					
2	Mitlödi / Sanierung alte Landstrasse			100					

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2016: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2017 - 2019

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2015		Investitionen 2016		Nettoinvestitionen 2017	2018	2019	Bemerkungen / Legende
2	Schwanden / Au-Zusingen, Anteil Strasse					150			
2	Schwanden / Herren I + II, Anteil Strasse						150		
3	Schwanden / Sanierung Güetli- / Claridenstrasse							150	Gesamtprojekt mit Werkleitungen
2	Schwanden / Weinberg			250					Gesamtprojekt mit Werkleitungen
1	Schwanden / Föhnenstrasse	320							Zusammen mit Sanierung Abwasserverband im Zusammenhang mit Ableitung Engi
2	Schwanden / Föhnenstrasse - Semftalstrasse			100					
4	Schwanden / Sanierung Schwarzenbach								
2	Schwanden / Schulhausstrasse					150			
4	Schwändi / Sanierung Schüpfenstrasse (oberh. Rest.Krone)								Verpflichtungskredit Fr. 150'000
1	Erhaltungsmanagement Dorfstrassen	130							
	Raumplanung								
1	Glarus Süd / Raumentwicklung / Raumplanung			60					
	Fahrzeuge Werkbetrieb								
3	Anschaffung Fahrzeuge Werkhof / Ersatz	250		250		250	250	250	Ersatz bestehender Kommunalfahrzeuge
1	Ersatzanschaffung Fahrzeuge	130		130		80	80	80	Ersatzanschaffung Jeep und PW
	Kehrichtentsorgung								
1	Elm / Sammelstelle zs. mit Umbau Werkhof u. Feuerwehrgebäude	60							Beschluss der Gemeindeversammlung vom 22.11.2013 / Anteil Entsorgung
	Deponien								
1	Deponien / Verschiedene Standorte								
2	Matt / Brücke Semf	200							Erneuerung Brücke an der Armeeübung Technico
	Forst								
3	Ersatz Forstfahrzeuge					100	450	150	Abschreibung der Investition zu Lasten des Forstreservefonds
3	Ersatz Fahrzeuge	130		130		100	100	100	Ersatzanschaffung Jeep und PW
1	Förderprogramm Weisstanne	150	150	150	120				Finanzierung durch den Kanton
2	Elm / Sanierung Strasse Obererbs	330	250						Reparatur der Teerstrasse gemeinsam mit den VBS (Anteil 50%)
1	Matt / Ausbau Strasse Bruch	100	60						Ausbau der Strasse bis Forsthütte im Bruch
2	Engi, Verbindung Ausserhöfli - Gufelstockstrasse							280	
1	Engi / Verlängerung Strasse Mettlen								
1	Schwanden / IB an AXPO / Waldstrasse Namenstein	250							Abschreibung der Investition zu Lasten des Forstreservefonds
2	Sool / Ausbau oder Ersatz Melkstein						300	300	
2	Rüti - Luchsingen / Verlängerung Erlenbergstrasse								
	Lawinenverbauungen / Steinschlagverbauungen								
1	Engi / Lawinenverbauung Fittern	1'000	850	1'000	800	200	200	200	Beschluss Gemeindeversammlung vom 18.11.2011 / Bruttokredit Fr. 6'950'000
1	Engi / Sanierung Lawinenverbauungen	150	120	150	120	30	30	30	Subventionen Bund und Kanton 80 % / Rep. div. Verbauungen/ Hangeten / Bolligen
	Wanderwege								
2	Braunwald - Bösbächi / Ausbau Wanderweg			100					
	Bäche und Runsen / Gewässerverbauung								
1	Linthal / Projekt Runsen am Kilchenstock	150	120	150	120	30	30	30	
2	Linthal / Hochwasserschutz hinter Bebieareal	120	70						Hochwasserschutz Linthal Süd bei Wasserfassung Bebieareal
2	Linthal / Hochwasserschutz Schürbrücke						250		
1	Luchsingen / Sanierung Weiherwand								Hochwasserschutz Bächibach bei Talstation Brunnenbergbahn / Kredit Fr. 750'000
1	Mitlödi / Hochwasserschutz								Beschluss der Gemeindeversammlung vom 22.06.2012 / Bruttokredit Fr. 2'450'000
1	Schwanden / Linth im Bereich Mühle						120	120	Wuhrsanierung gemeinsam mit tbgs
1	Schwanden / Linth diverse Schäden							200	
1	Schwanden / Schwändi / Mitlödi Sanierung Guppenrunse	100	60						

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2016: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2017 - 2019

	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2015		Investitionen 2016		Nettoinvestitionen 2017	2018	2019	Bemerkungen / Legende
	Arten- und Landschaftsschutz								
2	Elm / Aeschensee			150	100				
	Alpen								
2	Elm / Wasserversorgung Obererbs	150	30						Wasserversorgung muss unabhängig von Projekt Zigersennerei erneuert werden
2	Elm / Projekt Zigersennerei	350	200						Projekt wird nicht ausgeführt / Beschluss Gemeinderat
1	Matt / Projekt Krauchtal / restl. Wiederinstandstellung	200	160	200	160				Patenschaft für Berggemeinden unterstützt das Projekt Krauchtal
2	Matt / Projekt Krauchtal / Ausbau 1. Etappe						200		Entwässerung / Feinplanie
2	Matt / Dach Vordereggg			100					
2	Schwanden / Mettmenalp Wasserversorgung						100		
2	Schwanden / Mettmenalp Alphütte	150	30						
2	Schwanden / Nüenhütten Wasserversorgung			150	90				
2	Schwanden / MW Kreuzboden - Schwamm - Mitlist						100	100	
2	Schwanden / Guppen Wasserversorgung	50	10						
1	Hasien / Sanierung Rutschung MW Auern - Ratzmatt								
1	Linthal / Alp Guet-Bächi / Tier- / Gewässerschutz					120	120		Neubau Stall / neue Güllenstande Fr. 600'000 mit 60% Subventionen
2	Linthal / Kammeralp / Sennerei und Seilbahn sanieren					100	100		Kammeralp braucht Gesamtkonzept / Projekt
2	Linthal / Kammeralp / Maschinenweg Oberstafel					150			
1	Luchsingen / Bösbächi Güllenstande	200	40						
2	Luchsingen / Bösbächi Dielsdorferhütte								
1	Linthal / Oberfrittern Oberstafel Tier- / Gewässerschutz / WC			300	60				
1	Linthal / Unterfrittern Vorderstafel Güllengrube						200		
2	Braunwald / Oberstafel Tier- / Gewässerschutz			120	25				
2	Matt / Krauchtal Stutzsennten Tierschutz					150			Stallerweiterung auf 55 Kuhplätze
2	Matt / Hinteregg Oberstafel Gewässerschutz WC					250			
2	Matt / Riseten Mittelstafel Wasserversorgung							150	
2	Engi / Mühlebach Hanen-Plättli Sanierung Oberstafel			200		300			Gesamtprojekt Genehmigung durch die Gemeindeversammlung
1	Engi / Mühlebach Erschliessung Mittel- und Oberstafel							300	
2	Elm / Gamperdun Mittelstafel Wasserversorgung							150	
	INVESTITIONEN ohne Spezialfinanzierungen	7'140	2'795	6'515	2'040	5'042	4'837	4'102	

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2016: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2017 - 2019

	Spezialfinanzierung Wasserversorgung								
	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2015		Investitionen 2016		Nettoinvestitionen 2017	2018	2019	Bemerkungen / Legende
	Departement Werke und Umwelt								
	Wasserversorgung								
3	Betschwanden / Reservoirableitung ab Res. Marglen								GWP Grosstal abwarten
2	Braunwald / Leitungsemeuerg. Sonderegger-Pumpstation							100	
2	Braunwald / Reservoir Schwändiberg							350	Ergebnis aus GWP Grosstal
4	Braunwald / Hüttenberg								Neue Hydrantenleitung Verpflichtungskredit von Fr. 200'000
4	Braunwald / Niederschlacht								Neue Hydrantenleitung Verpflichtungskredit von Fr. 200'000
2	Diesbach / Trinkwasserkraftwerk Bretenstein							200	
2	Diesbach / Oberdorf								Zusammen mit Belagssanierung
2	Elm / Reservoir Oberempächli			30		250			2016 Planung / 2017 Ausführung
2	Elm / Erweterung Reservoir Empächli								Löschreserve in Resservoir Oberempächli/Erweterung entfällt wenn dieses gebaut ist
1	Elm / Erneuerung Steuerung			250					Ersatz
2	Elm / Reservoir Wald						200		
2	Elm / Trinkwasser-KW Oberhaus								Etappierung gemäss GWP / Verpflichtungskredit von Fr. 150'000
1	Engi / Leitungsemeuerung Gufelstockstr - Salenstutz								250m / in Strasse / Reduktion um Fr. 100'000
1	Wasserversorgung / Katasterneuerung	70		70		70			
4	Haslen / Hydrantenleitung Sagenbach - Zünli, 100m								Ausführung zusammen mit Kanton
4	Haslen / Hydrantenleitung südlich D. Jenny, 150m								Verpflichtungskredit von Fr. 150'000
4	Haslen / Ringschluss beim Schulhaus								Verpflichtungskredit von Fr. 150'000
4	Hätzingen / Oberdorf / Ersatz Leitungen + 2 Hydranten								Verpflichtungskredit von Fr. 150'000
4	Hätzingen / Rosengasse								Neue Hydrantenleitung / GWP Grosstal abwarten
4	Hätzingen / Kreuzgasse								Neue Hydrantenleitung / GWP Grosstal abwarten
2	Linthal / Quellfassung Fruttmatt			150		150			
2	Luchsingen / Adlenbach / Leitungsemeuerung					100	55		
2	Luchsingen / Maschinenstrasse Luchsingen						150		
2	Luchsingen / Tschachen - Bächibach							500	Verpflichtungskredit von Fr. 700'000 im Jahr 2020
2	Matt / Stalden / Geissberg						200		
3	Matt / alte Strasse			100	20				Vorprojekt 2015
3	Matt / Turbine Reservoir Chnü								Verpflichtungskredit von Fr. 250'000
2	Mitlödi / Verbindungsleitung Hüsligut - Pumpwerk	150	20						Ersatz der bestehenden Leitung zusammen mit tbgs
1	Schwanden / Warthstalden Projekt	1'625	200						Beschluss Gemeindeversammlung vom 21.06.2013 / Bruttokredit Fr. 3'850'000
2	Schwanden / Au-Zusingen					100			
3	Schwanden / Fertigstellung Projekt Reservoir Büelegg								Verpflichtungskredit von Fr. 350'000
2	Schwanden / Herren I + II						100		
3	Schwanden / Leitungsnetz Güetli- / Claridenstrasse							200	
2	Schwanden / Weinberg			150	30				
1	Schwanden / Föhnenstrasse	150	15						Zusammen mit Sanierung Abwasserverband im Zusammenhang mit Ableitung Engi
2	Schwanden / Föhnenstrasse - Semftalstrasse			200	30				
3	Schwanden / Schönengrund - Schulhausstrasse					100		220	In Kantons- und Gemeindestrasse
1	Schwanden / Verbindungsleitung mit Mitlödi			650	100	850			Kreditantrag Gemeindeversammlung vom 20.11.2015 / Bruttokredit Fr. 1'500'000
1	Schwändi / Verbindungsleitung Schwanden - Schwändi								Beschluss Gemeindeversammlung vom 21.06.2013 / Bruttokredit Fr. 1'000'000
2	Schwändi / Verbindungsleitung Blumerberg - Res. Stli					25	500	175	Planung 2017
1	Region Schwanden / Anpassung Steuerung für Leitsystem	160	20						
1	Einmalige Wasseranschlussgebühren bei Neubauten		300		250	-250	-250	-250	Einmalige Anschlussbeiträge bei Neubauten und Volumenvergrösserungen
	INVESTITIONEN WASSERVERSORGUNG	2'155	555	1'600	430	1'395	955	1'495	

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

2.4. Budget 2016: Investitionsrechnung und 2.5. Finanzplanung für die Jahre 2017 - 2019

	Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung								
	alle Angaben in Fr. 1'000	Investitionen 2015		Investitionen 2016		Nettoinvestitionen			Bemerkungen / Legende
						2017	2018	2019	
	Departement Werke und Umwelt								
	Abwasserbeseitigung								
3	Betschwanden / Schulhausstr.-Hauptstr. (bis Rest. Post)					350			
2	Diesbach / Oberdorf								Zusammen mit Strassensanierung
1	Engi / Sanierung ARA Sernftal								Beschluss Gemeindeversammlung vom 23.11.2012 / Bruttokredit von Fr. 3'529'000
1	Glarus Süd / Katastererneuerung	70		70					
1	Glarus Süd / Überarbeitung GEP	200		200		200	200	200	Beschluss Gemeindeversammlung vom 19.06.2015 / Bruttokredit von Fr. 1'000'000
4	Hätzingen / Strassenbelag + Parkplatz Oberdorf sanieren								Verpflichtungskredit von Fr. 150'000
4	Hätzingen / Rosengasse								Neue Kanalisation
4	Hätzingen / Kreuzgasse								Neue Kanalisation
2	Luchsingen / Adlenbach / Leitungserneuerung					100	50		
2	Luchsingen / Maschinenstrasse Luchsingen						150		
2	Matt / Sanierung Staldenstrasse						75		Zusammen mit Strassensanierung
2	Matt / Sanierung Abwasser Krauch								Detailprojekt erstellen
3	Matt / Sanierung alte Strasse			200					
2	Schwanden / Au-Zusingen					150			
2	Schwanden / Herren I + II						100		
3	Schwanden / Leitungsnetz Güetli- / Claridenstrasse							225	Gesamtprojekt mit Strasse
2	Schwanden / Weinberg			250					Gesamtprojekt mit Strasse
1	Schwanden / Föhnenstrasse								
2	Schwanden / Föhnenstrasse - Sernftalstrasse 2. Teil			100					Privatanschlüsse im Strassenbereich
4	Schwändi / Schüpfen - Rest. Krone							100	
3	Sool / Abwasserleitung Gand - Bärenweg							120	
1	Einmalige Abwasseranschlussgebühren bei Neubauten		300		250	-250	-250	-250	Einmalige Anschlussbeiträge bei Neubauten und Volumenvergrösserungen
	INVESTITIONEN ABWASSERBESEITIGUNG	270	300	820	250	550	325	395	

Zusammenfassung

	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Nettoinvestitionen ab 2017		
Investitionen ohne Spezialfianzierungen	7'140	2'795	6'515	2'040	5'042	4'837	4'102
Nettoinvestitionen ohne Spezialfinanzierungen	4'345		**4'475**				
Investitionen Wasserversorgung	2'155	555	1'600	430	1'395	955	1'495
Nettoinvestitionen Wasserversorgung	1'600		**1'170**				
Investitionen Abwasserentsorgung	270	300	820	250	550	325	395
Nettoinvestitionen Abwasserbeseitigung	-30		**570**				
			6'935	2'720			
Total Nettoinvestitionen	5'915		**6'215**		6'987	6'117	5'992

Legende: 1 = Zwangsbedarf 2 = Strukturerhaltung 3 = Ersatzbeschaffung 4 = Wunschbedarf

Glarus Süd *Kraft.*

Gemeinde Glarus Süd
2.5.1. Budget 2016 und Finanzplanung 2017 - 2019: Gesamtüberblick

CHF Tausend	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Fiplan 2017	Fiplan 2018	Fiplan 2019
ERFOLGSRECHNUNG								
Total Aufwand*	46'435	43'750	50'892	44'886	45'303	45'430	45'790	46'060
Total Ertrag*	44'783	41'196	51'735	43'516	43'311	43'430	43'620	43'720
Ertragsüberschuss	-	-	843	-	-	-	-	-
Aufwandüberschuss	**1'652**	**2'554**	-	**1'370**	**1'992**	**2'000**	**2'170**	**2'340**
NETTOINVESTITIONEN								
Investitionsausgaben	6'774	9'564	11'390	9'565	8'935	9'900	9'100	8'500
Investitionseinnahmen (-)	-3'131	-3'000	-5'098	-3'650	-2'720	-3'000	-3'000	-2'600
Nettoinvestitionen	**3'643**	**6'564**	**6'292**	**5'915**	**6'215**	**6'900**	**6'100**	**5'900**
FINANZIERUNG								
Zunahme Nettoinvestitionen	3'643	6'564	6'292	5'915	6'215	6'900	6'100	5'900
Abschreibungen (-)	-3'760	-3'675	-5'127	-5'269	-5'109	-5'000	-5'150	-5'200
Aufwandüberschuss ER	1'652	2'554	-	1'370	1'992	2'000	2'170	2'340
Ertragsüberschuss ER	-	-	-843	-		-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)(-)	-1'868	-640	-874	-360	-400	-400	-400	-400
Entnahmen aus Fonds und SPF im EK (451,489)	213	506	1'075	1'681	1'783	1'500	1'500	1'500
Finanzierungsfehlbetrag	-	**5'309**	**523**	**3'337**	**4'481**	**5'000**	**4'220**	**4'140**
Finanzierungsüberschuss	**120**	-	-	-	-	-	-	-
KAPITALVERÄNDERUNG								
Finanzierungsfehlbetrag	-	5'309	523	3'337	4'481	5'000	4'220	4'140
Finanzierungsüberschuss	-120	-	-	-	-	-	-	-
Aktivierungen Verwaltungsvermögen	-6'774	-9'564	-11'390	-9'565	-8'935	-9'900	-9'100	-8'500
Passivierungen Verwaltungsvermögen	3'131	3'000	5'098	3'650	2'720	3'000	3'000	2'600
Passivierungen Abschreibungen	3'760	3'675	5'127	5'269	5'109	5'000	5'150	5'200
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	1'868	640	874	360	400	400	400	400
Entnahmen aus Fonds / SPF im EK (451,489)	-213	-506	-1'075	-1'681	-1'783	-1'500	-1'500	-1'500
Abnahme Eigenkapital	**1'652**	**2'554**	-	**1'370**	**1'992**	**2'000**	**2'170**	**2'340**
Zunahme Eigenkapital	-	-	**-843**	-	-	-	-	-
SELBSTFINANZIERUNG / Cashflow / Cashdrain								
Abschreibungen	3'760	3'675	5'127	5'269	5'109	5'000	5'150	5'200
Aufwandüberschuss	-1'652	-2'554	-	-1'370	-1'992	-2'000	-2'170	-2'340
Ertragsüberschuss	-	-	843	-	-	-	-	-
Einlagen in Fonds und SPF im EK (351,389)	1'868	640	874	360	400	400	400	400
Entnahmen aus Fonds / SPF im EK (451,489)	-213	-506	-1'075	-1'681	-1'783	-1'500	-1'500	-1'500
Cashdrain	-	-	-	-	-	-	-	-
Cashflow	**3'763**	**1'255**	**5'769**	**2'578**	**1'734**	**1'900**	**1'880**	**1'760**
Selbstfinanzierungsgrad	**103%**	**19%**	**92%**	**44%**	**28%**	**28%**	**31%**	**30%**

* (ohne internen Verrechnungen)

Gemeinde Glarus Süd

2.5.2. Budget 2016 und Finanzplan 2017 - 2019 Erfolgsrechnung

CHF Tausend

Art	Bezeichnung	Re 2012	Re 2013	Re 2014	Bu 2016	Fi-Plan 2017	Fi-Plan 2018	Fi-Plan 2019	
30	Personalaufwand	22'138	21'398	20'559	20'310	20'500	20'690	20'890	Fi-plan: 1% Lohnanpassungen
30	davon Personalaufwand DI Deutsch-Intensiv-Klassen	524	535	524	582	580	580	580	
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	13'142	12'980	12'766	13'384	13'300	13'300	13'300	
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3'629	3'549	3'842	4'939	5'000	5'150	5'200	
35	Einlagen in Fonds	634	197	874	400	400	400	400	
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	1'235	443	0	0	0	0	0	
36	Transferaufwand	4'154	3'999	4'033	4'740	4'700	4'700	4'700	
36	davon Abschreibungen im Transferaufwand	131	126	118	171	150	150	150	
	Betrieblicher Aufwand (ohne interne Verrechnungen)	**45'587**	**43'227**	**42'716**	**44'525**	**44'630**	**44'970**	**45'220**	
40	Fiskalertrag / Anteil Gemeinde 63% (1% + 2%)	21'630	20'885	23'510	23'228	23'300	23'400	23'500	Steuerfuss 63%
40	Besitz- und Aufwandsteuer / Kurtaxen / Hundesteuer	657	645	679	760	750	760	760	
41	Regalien und Konzession	2'056	2'427	2'215	2'458	2'360	2'360	2'360	
42	Entgelte	10'121	9'375	8'647	7'111	7'550	7'700	7'800	
43	Verschiedene Erträge	104	217	148	81	120	130	130	
45	Entnahmen aus Fonds	67	287	198	837	600	600	600	
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	157	220	173	926	800	700	600	
46	Transferertrag	4'330	4'307	5'956	5'167	5'100	5'100	5'100	
46	davon Lastenausgleich im Transferertrag	665	666	666	667	670	670	670	
	Betrieblicher Ertrag (ohne interne Verrechnungen)	**39'787**	**39'029**	**42'191**	**41'234**	**41'250**	**41'420**	**41'520**	
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit *(Aufwandüberschuss)*	***-5'800***	***-4'198***	***525***	***3'291***	***3'380***	***3'550***	***3'700***	
34	Finanzaufwand	825	459	832	778	800	820	840	
44	Finanzertrag	3'089	2'155	2'523	2'057	2'180	2'200	2'200	
	Ergebnis aus Finanzierung *(Ertragsüberschuss)*	***2'264***	***1'696***	***1'692***	***1'279***	***1'380***	***1'380***	***1'360***	
	Operatives Ergebnis *(Aufwandüberschuss)*	***-3'536***	***-2'502***	***1'167***	***-2'012***	***-2'000***	***-2'170***	***-2'340***	
38	Ausserordentlicher Aufwand	23	64	1'171	0	0	0	0	
48	Ausserordentlicher Ertrag	1'907	12	847	20	0	0	0	
	Ausserordentliches Ergebnis	***1'884***	***-52***	***-324***	***20***	***0***	***0***	***0***	
	Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	***-1'652***	***-2'554***	***843***	***-1'992***	***-2'000***	***-2'170***	***-2'340***	

2.1 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

2.1.1 Genehmigung Budget 2016

2.1.2 Genehmigung Investitionsrechnung 2016

2.1.3 Kenntnisnahme der Finanzplanung 2017 – 2019

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident — Der Gemeindeschreiber

Mathias Vögeli — André Pichon

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

2. Budget 2016
- Genehmigung Budget 2016
- Genehmigung Investitionsrechnung 2016
- Kenntnisnahme Finanzplan 2017 - 2019

Archiv-Nummer
10.07

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsident Mathias Vögeli

In diesem Traktandum geht es um die Genehmigung des Budgets in der Darstellung nach Kostenstellen, auch institutionelle Gliederung genannt, gemäss Memorial Seiten 63 bis 68. Die weiteren Angaben, namentlich die Darstellung nach Kostenarten, befinden sich auf den Seiten 61 und 62 und die Kennzahlen sowie der gestufte Erfolgsausweis nach HRM2 auf der Seite 60 dienen der weiteren Präzisierung; sie sind nicht Gegenstand der Abstimmung.
Gegenstand der Genehmigung und damit der Abstimmung sind das Budget nach Kostenstellen, dargestellt auf den Seiten 63 bis 68, und die Investitionsrechnung auf den Seiten 69 bis 74 im Memorial. Vom Finanzplan für die Jahre 2017 – 2019 hat die Gemeindeversammlung nur Kenntnis zu nehmen. Das Budget 2016 der Erfolgsrechnung rechnet bei einem Aufwand von rund Fr. 50.5 Mio. und einem Ertrag von rund Fr. 48.5 Mio. mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1.99 Mio. Dabei beträgt der Abschreibungsbedarf Fr. 5.11 Mio. und Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen von Fr. 1.78 Mio.
Bei einem Investitionsvolumen von netto Fr. 6.22 Mio. beträgt der Finanzierungsfehlbetrag Fr. 4.48 Mio. Das Eigenkapital reduziert sich damit um Fr. 1.99 Mio. und der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 28%. Im Budget 2016 sind individuelle Lohnanpassungen von 0.5% und ein Steuerfuss von 63% eingerechnet.
Wichtige Zahlen: Der Fiskalertrag (Steuern) mit Fr. 23.98 Mio. ist im Vergleich mit dem Budget 2015 um Fr.1 Mio. höher budgetiert; hier liegt keine Reserve mehr drin, weil infolge des Abschlusses des Projekt Linthal 2015 die Quellensteuern rückläufig sind. Beim Transfertrag fehlen die Fr. 1.167 Mio. Finanzausgleich, welcher durch die Landsgemeinde für die Jahre 2014 und 2015 beschlossen wurde. Der Posten Regalien und Konzessionen fällt mit rund Fr. 2.5 Mio. etwa gleich hoch aus wie im Budget 2015. In diesem Betrag ist auch die Abgeltung der Vorzugsenergie von Fr. 250'000.- enthalten. Die Verwendung dieser Einnahmen ist in einem durch den Gemeinderat genehmigten Reglement festgehalten. Diese werden dann in den Fonds für die wirtschaftliche Entwicklung der früheren Gemeinden Linthal bis Diesbach eingelegt. Der übrige Ertrag von knapp Fr. 20 Mio. setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Entgelten, Transferertrag und internen Verrechnungen. Bei den Entgelten fällt der Rückgang der Entschädigungen der AXPO für die Linienholzerei der Stromleitungen für das Projekt Linthal 2015 negativ ins Gewicht. Schlagen doch solche Einnahmen in der Rechnung 2014 noch mit knapp Fr. 1.5 Mio. zu Buche, im Budget 2016 sind noch Fr. 350'000.- eingerechnet.
Auf der Aufwandseite ist der Personalaufwand mit Fr. 20.89 Mio. veranschlagt, dieser liegt damit fast Fr. 0.5 Mio. tiefer als im Budget 2015 und rund Fr. 200'000.- tiefer als in der Rechnung 2014. Im Budget 2016 sind Fr. 97'000.- inkl. Sozialleistungen für individuelle und strukturelle Lohnanpassungen von 0.5% enthalten. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit der prozentualen Lohnanpassungen für die Mitarbeiter befasst und sich

schlussendlich auch aufgrund der wirtschaftlichen Lage auf eine Anpassung von 0.5% festgelegt. Die Betriebsschliessung der Electrolux, verschiedene Betriebe mit Kurzarbeit oder längeren wöchentlichen Arbeitszeiten zum gleichen Lohn, Entlassungen und Arbeitnehmer die keine Arbeit mehr finden, haben den Ausschlag für diese relativ tiefe 0.5% Lohnanpassung gegeben. Zudem hat der LGL (Lehrerverband Glarus) gemäss Lohnumfrage festgestellt, dass sich die Löhne der Lehrer zwischen den drei Gemeinden nicht mehr gross unterscheiden, sie seien näher zusammen gerückt. Die einzigen Abweichungen bei den Löhnen in den Gemeinden habe man in den Einstiegslöhnen (Löhne bei jungen Lehrpersonen) in Glarus festgestellt. Glarus bezahle die jungen Lehrpersonen unterdurchschnittlich – dies Aussagen des Lehrerverbandes. In Glarus Süd wirken sich die Beiträge der Pensionskasse negativ für das Personal aus, weil 50% vom Arbeitgeber und 50% vom Arbeitnehmer getragen werden. Im Norden und in der Mitte übernimmt der Arbeitgeber einen prozentual höheren Anteil als der Arbeitnehmer.
In den Personalkosten schlagen die Fr. 582'300.- für die Führung der Deutsch Intensivklassen für alle drei Gemeinden zu Buche, zwei Drittel davon werden durch die beiden anderen Gemeinden rückerstattet.
Der Transferaufwand beläuft sich auf rund Fr. 4.9 Mio., davon entfallen alleine an die Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheime Fr 1.60 Mio. Nach neuesten Meldungen wird der Betrag noch höher ausfallen. Beiträge an private Organisationen und Zweckverbände machen rund Fr. 1.2 Mio. aus, bei dieser Kostenart fallen der Tourismus und die ambulante Krankenpflege am meisten ins Gewicht.
Der Abschreibungsbedarf beträgt Fr. 5.11 Mio. und fällt gegenüber dem Budget 2015 infolge des angepassten Abschreibungssatzes von 15% auf 12% bei Hochbauten leicht tiefer aus. Er erhöht sich jedoch gegenüber der Rechnung 2014 um rund Fr. 1.2 Mio. Gemäss Rechnungslegung nach HRM2 werden Anlagen im Bau erst dann abgeschrieben, wenn sie in Betrieb genommen werden und das ist aufgrund der getätigten Investitionen laufend der Fall.

Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser

Die beiden Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser weisen beide Entnahmen aus, beim Wasser Fr. 414'500.- und beim Abwasser Fr.463'000.-. Dabei ist festzustellen, dass die Wasserversorgung trotz der im letzten Jahr beschlossenen Verlagerung der Mengengebühr vom Fr.0.20.- pro m3 vom Abwasser zum Wasser, nur noch ein knappes Guthaben von Fr. 160'000.- aufweist. Die Abwasserbeseitigung hingegen noch Fr. 3.5 Mio. Trotz diesen Anpassungen im vergangenen Jahr muss in nächster Zeit infolge der anstehenden Investitionen eine Gebührenerhöhung im Wasser ins Auge gefasst werden.

Investitionsrechnung und Finanzplan

Die Nettoinvestitionen fallen mit Fr. 6.215 Mio. um rund Fr. 300'000.- höher aus als im 2015. Von diesen Fr. 6.215 Mio. fallen 1.74 Mio. auf die Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser an. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass in der Finanzplanung noch weiterer Handlungsbedarf besteht. Im Bericht zum Budget durch den Gemeinderat wird aufgezeigt, dass im Zuge des Budgetprozesses trotz weiteren Anstrengungen im Vergleich zum Budget 2015 keine weiteren Verbesserungen erzielt werden konnten.

Finanzplanung 2017 – 2019

Basis: Lohnentwicklung von jährlich 1.0% und Steuerfuss von 63%.
Die Investitionsvorhaben beschränken sich auf das Notwendige und die bereits bewilligten Kredite. Als Grundlage für die Finanzplanung 2017 – 2019 dienen der Massnahmenplan des Gemeinderates, die Erkenntnisse aus dem Budgetprozess 2015 und die Resultate aus der Effektivitäts- und Effizienzanalyse.

Finanzpolitische Strategie:
Die Erfolgsrechnung soll weiter entlastet werden. Die Konzentration soll dabei auf den Kernaufgaben liegen, dabei sollen jedoch weiterhin gute Dienstleistungen mit einer schlanken Verwaltung geboten werden. Die Erfolgsrechnung soll so gestaltet werden, dass sie einen Ertragsüberschuss und einen möglichst hohen Selbstfinanzierungsgrad aufweist, der mittelfristig bei 100% zu liegen kommen soll, damit die Verschuldung nicht weiter zunimmt. Der Massnahmenplan und damit die Aufgabenüberprüfung in den Departementen muss konsequent weiterverfolgt werden. Wünschbares soll von Notwendigem getrennt werden. Unterstützungsanfragen und Wünsche in finanzieller Hinsicht kommen jedoch von allen Seiten (Wirtschaft, Tourismus, Infrastrukturen etc.) auf die Gemeinde zu.

Herausforderung für die Zukunft von Glarus Süd
Die Aufgaben- und Finanzplanung ist eine grosse Herausforderung. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind ohne einschneidende Korrekturmassnahmen absolut nicht zufriedenstellend. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die finanzielle Lage der Gemeinde weiterhin sehr angespannt ist. Dabei muss einmal mehr festgestellt werden, dass mit einem Anteil von 25% am Steuerertrag, die Gemeinde Glarus Süd 2/3 der Gesamtfläche des Kantons Glarus finanziert und das macht den mittelfristig ausgeglichenen Haushalt zu einem äussert anspruchsvollen, wenn nicht gar zu einem unrealistischen Ziel. Die PuMa Consult GmbH hat bei ihrer Analyse festgestellt, dass die Glarner Gemeinden bei 2/3 ihrer Aufgaben Bundes- und Kantonsaufgaben umsetzen müssen. Dies entspricht rund 50 Aufgaben, bei welchen die Gemeinden bestenfalls die Leistungsstandards und den finanziellen Mitteleinsatz im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung konkretisieren können. Der finanzielle Anteil dieser von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben beträgt fast 90% des Haushalts der Gemeinden. Umgekehrt bedeutet dies, dass die Gemeinden lediglich 10% des Finanzvolumens, bzw. 1/3 ihrer Aufgaben, autonom steuern und priorisieren können. Der Handlungsspielraum der Gemeinde bei den von Bund und Kanton übertragenen Aufgaben ist sehr gering. Bei Aufgaben, wie Raumplanung, Hochwasserschutz, Lawinen- und Steinschlagverbauungen etc., ist die Gemeinde abhängig und eingeschränkt durch die Entscheide des Kantons. Kein Handlungsspielraum besteht bei denjenigen Aufgaben, bei welchen die Gemeinde zur Mit- bzw. Restfinanzierung verpflichtet ist, wie z.B. ungedeckte Heimkosten, Beihilfen, Sportschule oder öffentlicher Verkehr. Keinen inhaltlichen Handlungsspielraum sieht die PuMa Consult GmbH bei der Volksschule. Die Gemeinden können sich nur im Bereich der Reduktion der Schulstandorte bewegen. Einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum sieht die PuMa Consult GmbH bei der Umsetzung der Qualitätsstandards beim Strassenunterhalt, beim Winterdienst und bei einer Verkleinerung des Wanderwegnetzes und dem Aufwand des Unterhaltes. Selbstverständlich setzt dies voraus, dass die Sicherheit für die Verkehrsteilnehmenden im Bereich der Strassen weiterhin gewährleistet ist. Die Gemeinde Glarus Süd hat auch in diesem Bereich durch ihre periphere Lage nur sehr wenig oder gar keinen Spielraum. Wenn auch weiterhin auf den Tourismus gesetzt werden will, wäre eine Reduktion des Wanderwegnetzes und die Reduktion des Unterhaltes nicht besonders förderlich. Hierfür bräuchte die Gemeinde Tipps aus der Bevölkerung (Reduktion welcher Wanderwege und welcher Unterhalt).
Der kantonale Finanzausgleich, der innerkantonal nur eine unwesentliche Rolle spielt, muss für die Gemeinden und insbesondere für die Gemeinde Glarus Süd zu einem wesentlichen Bestandteil werden, damit die immensen Lasten getragen werden können. Eine Überprüfung auf vertikaler und aber auch horizontaler Ebene ist unabdingbar, da vor allem auch finanziell wirksame Grossprojekte wie Linthal 2015 fehlen und dabei kein

Spielraum auf der Ertragsseite nach oben offen bleibt. Wie schon mehrmals erwähnt, haben die Glarus Süd Landräte im 2012 eine Motion überwiesen, welche eine Anhebung des Lastenausgleichs von heute Fr. 1 Mio. über alle Gemeinden auf 5 Mio. Fr. zu erhöhen sei. In den Ausführungen zur Überweisung hat der Regierungsrat eine Landsgemeindevorlage für 2014 mit folgenden zwei Stossrichtungen in Aussicht gestellt. Einerseits sind durch Effekte, die sich beim Übergang im Jahr 2011 vom früheren Steuersystem zum heutigen System ergaben, bei den Gemeinden Steuermindereinnahmen zu verzeichnen, die für alle Gemeinden in der Zeit von 2011 bis 2013 auf Fr. 7 Mio. errechnet wurden. Diese Fr. 7 Mio. wurden den drei Gemeinden zu gleichen Teilen im Jahre 2014 und 2015 zugesprochen. Andererseits will die Regierung einen befristeten Härteausgleich einführen, der Glarus Süd zu Gute käme und mit insgesamt 2 Mio. Fr. dotiert und während vier Jahren in abnehmenden Tranchen ausbezahlt würde. Den Lastenausgleich will die Regierung erst mittelfristig im Rahmen des Wirksamkeitsberichts 2 überprüfen lassen. Grundsätzlich wäre aber gerade die Erhöhung des Lastenausgleichs die nachhaltigere Lösung.

Zum Abschluss wird der Finanzverwaltung und ganz besonders der Hauptabteilungsleiterin Lilli Marti für die immense und ausgezeichnete Arbeit, die hinter ihrer gesamten Arbeit und Aufgabe sowie dieser Vorlage steckt, ganz herzlich gedankt. Sieht man nur die Seiten im Memorial, kann man nur erahnen, wie gross diese Arbeit war.
Der Gemeindepräsident wiederholt den Gegenstand der Genehmigung:

- Budget 2016 nach Kostenstellen analog den Seiten 63 - 68 im Memorial
- Investitionsrechnung 2016 analog den 69 - 74 im Memorial
- Kenntnisnahme des Finanzplans 2017 – 2019 analog der Seite 76

Im Memorial wird an zwei Stellen ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man sich bei Fragen gerne direkt an die Finanzverwaltung wenden kann. Zudem sind auf der Homepage die detaillierten Budgetunterlagen abrufbar, die auch bei der Finanzverwaltung angefordert werden können. Diese Möglichkeiten sollen genutzt werden, da währen der Gemeindeversammlung unmöglich auf alle Fragen zu einzelnen Posten eingegangen werden kann – dies würde für die nachfolgenden Anträge und übrigen Traktanden den zeitlichen Rahmen sprengen.

Ausführungen von Hanspeter Toggenburger, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Der Stellungnahme der GPK im Memorial konnte nachgelesen werden, dass die GPK beantragt das Budget der laufenden Rechnung 2016 und die Investitionsrechnung 2016 zu genehmigen und den Finanzplan 2017-2019 zu Kenntnis zu nehmen.
Auch der gemeinderätliche Antrag zum Steuerfuss von 63% von der einfachen Staatssteuer wird von der GPK unterstützt. Im Memorial auf der Seite 58 äussert sich der Gemeinderat zur Finanzplanung, zur finanzpolitischen Strategie und zu den Herausforderungen für die Zukunft Glarus Süd. Am Ziel einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung ab 2018 hält der Gemeinderat bekanntlich noch fest.
So ist die Rede von:

- Einschneidenden Korrekturmassnahmen im Massnahmenplan des Gemeinderates.
- Von Erkenntnissen aus der Effektivitäts- und Effizienzanalyse.
- Der Massnahmenplan und die Aufgabenprüfung in den Departementen werden weitergeführt.

- Vom Gemeinderat wird auch festgehalten, dass eine jährliche Lohnentwicklung von 1% als Grundlage für die Finanzplanung angenommen wird.
- Der Finanzplan zeigt auf, welche Aufgaben und Investitionen in den nächsten Jahren geplant sind und welche diese auf den Finanzhaushalt haben werden.

Die GPK ist bei all diesen erwähnten und im Memorial festgehaltenen Aussagen der Meinung, dass dazu die konkreten Inhalte fehlen, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger klar feststellen können in welche finanzielle Zukunft uns der zu Kenntnis nehmende Finanzplan führt.

Im Weiteren empfiehlt die GPK den Anträgen des Gemeinderates unter Traktandum 4-8 zuzustimmen, da sich ja einzelne gezielte Investitionen auch im positiven Sinn auf Arbeitsprozesse, Ressourceneinsatz und somit auch nachhaltig auf den Finanzhaushalt der Gemeinde auswirken sollten.

Wortmeldung (1) Angelo Umberg, Nidfurn

Angelo Umberg äussert sich zu den 0.5% Lohnentwicklung, die im Budget 2016 aufgenommen sind. Er informiert, dass er seit 15 Jahren seinen Lohn im Kanton Zürich bei Gemeinden verdiene. Der Kanton Zürich legt seit Jahren Millionen in den Ressourcenausgleich ein. Dennoch gibt die Regierung bzw. der Kantonsrat 0% Lohnrunden bekannt. Die meisten Zürcher Gemeinden übernehmen was die Regierung vorgibt und begründet wird das immer mit der Nullteuerung momentan sogar mit der Negativteuerung. Die Gemeinde Glarus Süd erhöht Jahr für Jahr die Lohnsumme zwischen 0.5 und 1.5%. Für das Jahre 2016 sind es 0.5% bzw. Fr. 96'000 Franken. Beantragt wurden ursprünglich 1.5%, der Gemeinderat kürzte jedoch auf 0.5%. Er fragt sich, wo hierbei der Sparwille der Gemeinde ist, da ein Aufwandüberschuss von ca. 2 Mio. und eine Selbstfinanzierung von 28% voranschlagt ist, was erschreckende Fakten sind. Würde man auf die Anhebung der Lohnsumme von 0.5% verzichten, ergäbe das eine Verminderung des Aufwandüberschusses der Fr. 2 Mio. und das wäre immerhin 5%. Obwohl jeder Arbeitnehmende gerne mehr Lohn hätte, könnte man hier ein Zeichen setzen. Weil es unpopulär ist, stellt er keinen Antrag bezüglich dieses Budgetpostens, regt jedoch beim Gemeinderat an sich in Bezug auf künftige Lohnanpassungen Gedanken zu machen. Vielleicht gelingt es der Gemeinde Glarus Süd, im Gemeinderanking, das vor noch nicht allzu langer Zeit publiziert worden ist, sich in der Bilanz der deutschschweizerischen Gemeinden aus den hinteren Regionen etwas nach vorne zu bewegen. Auch dort sind die Finanzen ein grosses Thema.

Wortmeldung Hans Rudolf Forrer, Präsident Personalvertretung

Im Gegensatz zum Vorredner beantragt die Personalvertretung Glarus Süd im Budget 2016 eine Lohnanpassung von 1.5% einzustellen

Begründungen:

Die erste Begründung bezieht sich auf die Vergangenheit. Wie an dieser Stelle auch schon erwähnt, haben die Angestellten der Gemeinde Glarus Süd in der Legislatur 2010-2014 jährlich nicht einmal eine Lohnanpassung von 1% erhalten, obwohl gemäss alt Gemeindepräsident und Ständerat Dr. Thomas Hefti jährlich 1.5 – 2% eingestellt werden müssten, damit das aktuell leistungsbasierende Lohnsystem „Dafle (Danke für Leistung)" ernsthaft gelebt werden kann. Hierbei glaubt H.R. Forrer der Aussage von Dr. Hefti mehr als dem zürcherischen Lohnsystem und er zeigt sich gegenüber Angelo Umberg

interessiert, warum er keine Arbeitsstelle hier in Glarus Süd angenommen hat sondern in Zürich, wo die Löhne im Vergleich höher liegen. Man muss wissen, dass die hier angesprochenen Lohnprozente keine allgemeine Lohnerhöhung für alle bedeuten. Er befürchtet, dass nicht einmal die Mehrheit vom Gemeinderat und von der GPK das realisieren bzw. dieses Lohnsystem begreifen. Diese Lohnentwicklung soll vor allem für junge Angestellte, welche im jeweiligen Lohnband tief eingereiht sind oder jene, welche in ihrem Lohnband schon lange nicht mehr gestiegen sind, eingesetzt werden. Schlussendlich sollte der Arbeitgeber auch Angestellte, welche über sehr gute oder ausgezeichnete Qualifikationen verfügen, mit ein bisschen mehr Lohn für die ausserordentlichen Leistungen belohnen können. Wenn kein Geld vorhanden ist und es sieht wirklich danach aus, müsste die Gemeinde Glarus Süd ehrlich sein und das lohnwirksame Qualifikationssystem abschaffen. Damit könnte auch bei den Kader-angestellten hunderte von Stunden für das Führen von Qualifikationsgesprächen eingespart werden. Aus Sicht von H.R. Forrer will der Gemeinderat „den Fünfer und das Weggli" nämlich dieses Lohnsystem und möglichst wenig dafür ausgeben, was die Personalvertretung kritisiert.

Zweitens: Wie sieht die Gegenwart aus? In Glarus Süd wurde im Jahre 2014 zum ersten Mal schwarze Zahlen geschrieben. Im Wissen, dass dieses Resultat heuer nicht mehr erreicht wird und es der Wirtschaft nicht rosig geht. Dem ist sich die Personalvertretung sehr bewusst. Beim Personal ist aber bis und vor allem im 2014 viel gespart worden, was im Zusammenhang mit der Rechnung 2014 in mindestens einer Presse sogar im Titel hervorgehoben wurde. Obwohl die Gemeinde Geld hat oder meint es zu haben, will beim Personal weiter eingespart werden. Die Gemeinde kauft teilweise neue Fahrzeuge obwohl Occasions-Fahrzeuge vielleicht auch taugen würden. Oder Investitionen, die unbestritten auch nötig sind und jetzt streng getaktet der Gemeindeversammlung vorgelegt werden: Neubau Turnhalle Linthal, Werkhof-Kauf Rüti, Werkhof-Neubau Schwanden etc. Unter dieser Betrachtung fällt es schon hin und wieder schwer zu begreifen, dass für die Arbeitnehmer kaum etwas drin liegt.

Für Beton hat die Gemeinde scheinbar Geld, für den Inhalt, die Menschen, scheinbar nicht. Für die Menschen ist auch zu wenig Geld vorhanden, wenn es darum geht, aus zahlreichen Bewerbungen auszuwählen, und anschliessend den oder die Beste zu nehmen Herr Umberg arbeitet scheinbar in Zürich, er wird hiermit aufgefordert, sich wieder einmal hier zu bewerben. So hat man heuer in Haslen zum Beispiel keine Heilpädagogin gefunden, obwohl man bis nach den Sommerferien diese Stelle weit herum ausgeschrieben hat, hierbei wäre die Höhe der Inseratkosten von Interesse. Auch Stellvertretungen für ausfallende Lehrpersonen bei Schwangerschaft, Militär oder Krankheit zu finden, ist alles andere als einfach in Glarus Süd. Zudem ist festzustellen, dass in anderen Bereichen unserer Gemeinden feststellbar ist, dass Stellen nicht immer adäquat besetzt werden können.

Was machen die anderen Gemeinden bezüglich Lohnanpassungen? Das Parlament in Glarus Nord schlägt der Gemeindeversammlung 1% vor, nachdem der Gemeinderat sogar 1.2% einstellen wollte. Die Gemeinde Glarus tritt mit R. 240'000.- vor die Gemeinde-versammlung, was gemäss Gemeindepräsident Christian Marti ca. 0.9% der Lohnsumme entspricht. In Glarus Süd wie gesagt 0.5%, obwohl im ersten Jahr, und das wird gerne vergessen, als einzige Gemeinde mit einer Nullrunde gestartet wurde. Dies obwohl die „Südler" Arbeitnehmer bezüglich der Pensionskassenbeiträge selber mehr einzahlen müssen als die Kollegen von Glarus, Glarus Nord und vom Kanton, was im Vergleich zu den anderen monatlich wieder weniger Geld im Portemonnaie bedeutet.

Drittens: Die Personalvertretung ist überzeugt, dass es mit einer solchen kurzsichtigen Lohnpolitik nicht einfacher wird, gutes Personal für Werke, Forst, Verwaltung und Schule zu finden. Die Leute reden miteinander, man weiss, wie hoch die Anerkennung vom Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber beim Kanton und den drei Glarner Gemeinden ist. Im Schulbereich ist es permanent schwer, Stellen zu besetzen. Diesen Zustand hat der Gemeindepräsident von Glarus Nord erkannt. Er sagte in der Südostschweiz vom 2. Oktober: „Bei den Lehrern spielt der Marktlohn eine grosse Rolle". Hierzu Ergänzung von H.R. Forrer „was die Rekrutierung schwieriger bzw. Fluktuation grösser macht". Offenbar wird mit den Nachbarskantonen verglichen. Es wird befürchtet, wenn die gemeinderätliche Lohnpolitik so weiter geht, nicht nur der Lohn stagniert, sondern Netto sogar weniger verdient wird. H.R. Forrer appelliert 1.5% für die Lohnentwicklung ins Budget 2016 einzustellen.

Antwort Gemeindepräsident Mathias Vögeli

Der Gemeindepräsident nimmt Bezug auf die Äusserungen bezüglich Einsparungen die anfallen würden, wenn ein anderes Lohnsystem ohne Mitarbeiterbeurteilungen vorherrschen würde. Er ist der Meinung, dass auch ohne Mitarbeiterbeurteilungen Mitarbeitergespräche geführt werden müssten. Der Mitarbeiter will, ob es lohnabhängig ist oder nicht, wissen wo er steht und auch für die Vorgesetzten sind Feedbacks der Mitarbeiter wichtig. Der Gemeindepräsident hebt nochmals hervor, dass es sich bei diesem Budgetposten um Lohnanpassungen und nicht um Lohnerhöhungen handelt. Mit dem sogenannten „Dafle" System werden dort Lohnanpassungen vorgenommen, wo es nötig und verdient ist und damit dieses System gelebt werden kann, müssen gewisse Geldmengen zur Verfügung gestellt werden. Die Beweggründe des Gemeinderates, warum 0.5% für die Lohnentwicklung eingestellt wurde, sind vom Gemeindepräsidenten in den Erläuterungen zum Budget ausführlich erklärt worden.

Wortmeldung Peter Stengele, Nidfurn, Präsident des Staats- und Gemeindepersonalverbandes

Peter Stengele beantragt im Namen des Staats- und Gemeindepersonalverbandes dem Antrag von H.R. Forrer für eine Lohnentwicklung von 1.5% zuzustimmen.

Begründung:

Der Staat braucht nicht irgendeine Lohnpolitik, sondern eine funktionierende und glaubwürdige Lohnpolitik. Auch hier hat der Staat eine Vorbildfunktion inne. Wenn der Staat das nicht vorlebt, wird die Privatwirtschaft im heutigen Umfeld in keinem Falle nachziehen. Eine glaubwürdige Lohnpolitik zieht automatisch Mitarbeiter an, welche sich mit ihrem Job identifizieren und ihn gerne und gut machen. Wird den Mitarbeitern keine Lohnperspektive gegeben, haben sie früher oder später Mitarbeiter der zweiten Klasse und das kann sehr schnell gehen. Ein paar Jahre eine unglaubwürdige Lohnpolitik zu betreiben fordert einen Jahrzehnte langen Prozess, um diesen Wurm wieder aus dem System zu vertreiben. Das leistungsbasierte Lohnsystem Dafle, auch „danke für Leistung" genannt, ist ein Schlagwort und ein gutes Instrument. Wenn jemand gut ist, bekommt er eine zusätzliche individuelle Lohnerhöhung. Wenn aber jemand ungenügend ist, bekommt er weniger oder gar nichts, dies ist grundsätzlich zu begrüssen. Um die Lohnerhöhung zu bewerkstelligen benötigt es Geld. Mit diesem Geld wird ein Topf gespiesen, welcher anschliessend unter den Mitarbeitern verteilt wird. Wie voll dieser Topf wird, wird heute bestimmt. Wenn zuwenig im Topf ist, passiert folgendes:

Bei guten oder sehr guten Qualifikationen gibt es nichts, bei ungenügenden Qualifikationen passiert nichts. Somit ist verständlich, dass jeder Mitarbeiter enttäuscht sein könnte. Deshalb ist es ausgesprochen wichtig, dass dieser Topf gefüllt wird. Peter Stengele appelliert den 1.5% für die Lohnentwicklung zuzustimmen, um den Mitarbeitern eine glaubwürdige und nachhaltige Politik gewährleisten zu können.

Wortmeldung (2) Angelo Umberg, Nidfurn

Motiviert von den beiden Vorrednern möchte Angelo Umberg gewisses richtig stellen. Hans Rudolf Forrer beispielsweise vergleicht Äpfel mit Birnen. Er denkt nicht daran, dass die Lebensunterhaltskosten in Zürich (Mieten etc.) ein bisschen anders sind als jene in Glarus Süd. Mit demselben Lohn wie in Glarus Süd hätte man Probleme im Kanton Zürich zu Leben. Angelo Umberg gehört nicht zu jenen, die im Kanton Zürich den Lohn verdienen und ihn auch dort auch versteuern, dafür nimmt er einiges in Kauf, er pendelt hin und her und opfert dafür Freizeit. Auch der Kanton Zürich hat ein Lohnsystem mit Mitarbeiterbeurteilungen, aber die finanzielle Situation von Gemeinden und Kanton muss man berücksichtigen, wie will ein Topf gefüllt werden, wenn kein Geld da ist? Oder den Topf füllen, indem mehr Steuern bezahlt werden. Das Beispiel des fehlenden Heilpädagogen ist kein Problem von Glarus Süd, sondern ein Marktproblem. Seine Gemeinde kennt dieses Problem auch, es gibt zu wenige Heilpädagogen weil der Markt ausgetrocknet ist. Es gibt weitere Sektoren mit zu wenigen Fachleute und auch die können nicht hergezaubert werden, das Argument von H.R. Forrer ist seines Erachtens ein schlechtes Argument.
Angelo Umberg appelliert, dem Antrag auf 1.5% Lohnentwicklung nicht zuzustimmen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Nach intensiven Diskussionen, sowohl in der GPK wie auch mit dem Gemeinderat, beantragt die GPK der Gemeindeversammlung:

- **das Budget 2016 mit einem Aufwandüberschuss von 1.992 Mio. Franken, mit Nettoinvestitionen von 6.215 Mio. Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad von 28% zu genehmigen.**
- **die Finanzplanung 2017 – 2019 zur Kenntnis zu nehmen.**

Die Beurteilung der GPK erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Haushaltführung gemäss Finanzhaushaltgesetz, insbesondere nach der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit.
Am Ziel einer ausgeglichenen Rechnung 2018 hält die GPK nach wie vor fest. Der Gemeinderat ist angehalten, die von ihm formulierten einschneidenden Massnahmen verbindlich festzulegen, zu beziffern und zukünftig in die Finanzplanung einzubauen. Dies wird zu einer grossen Herausforderung für die Gemeinde Glarus Süd.
Die im Budget 2016 enthaltene individuelle Lohnerhöhung von 0.5% nimmt die GPK zustimmend zur Kenntnis. Unter Berücksichtigung der Leistung aller Mitarbeiter in der Gemeinde Glarus Süd und im Standortwettbewerb erachtet die GPK eine Erhöhung der gesamten Lohnsumme um Fr. 96'500 (inkl. Sozialleistungen) als gerechtfertigt. Die GPK geht davon aus, dass einer individuellen Lohnerhöhung eine Leistungsbeurteilung vorausgeht.

Abstimmung:

Antrag 1.5% Lohnentwicklung beantragt von Hans Rudolf Forrer unterstützt von Peter Stengele wird dem Antrag des Gemeinderates unterstützt von der GPK gegenübergestellt.
Das Abstimmungsergebnis kann eindeutig ermittelt werden.
Der Antrag von Hans Rudolf Forrer unterstützt von Peter Stengele für 1.5% Lohnentwicklung unterliegt dem Antrag des Gemeinderates deutlich.

Somit bleibt die Budgetposition der Lohnentwicklung mit 0.5% (ca. 96'500.-) unverändert.

Abstimmung:

Dem Budget 2016 wird mit deutlichem Mehr (1 Gegenstimme) zugestimmt.
Die Investitionsrechnung 2016 wird mit deutlichem Mehr (1 Gegenstimme) zugestimmt.

3. Festsetzung Steuerfuss pro 2016

Archiv-Nummer
32.04

3.1. Ausgangslage

Das Budget 2016 der Erfolgsrechnung weist einen Aufwandüberschuss von Fr. 1'992'000.- aus. Der Abschreibungsbedarf beträgt Fr. 5'109'300.-. Bei einem Investitionsvolumen von netto Fr. 6'215'000.- beträgt der Finanzierungsfehlbetrag Fr. 4'480'600.-. Die Selbstfinanzierung beläuft sich auf Fr. 1'734'400.-. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 28%.

Der Kanton und die Gemeinden setzten den für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Steuerfuss in Prozenten der einfachen Steuer fest. An der Landsgemeinde wurde auf Antrag des Landrats der kantonale Steuerfuss für das Jahr 2016 auf 53% festgelegt.

3.2 Erwägungen des Gemeinderates

Für das vorliegende Budget 2016 beantragt der Gemeinderat einen Steuerfuss von 63%. In der Beurteilung des Budgets durch den Gemeinderat wird aufgezeigt, dass im Zuge des Budgetprozesses bereits erhebliche Anstrengungen geleistet wurden, um den Aufwandüberschuss zu reduzieren. Der Gemeinderat ist sich jedoch bewusst, dass diese Anstrengungen noch nicht ausreichen werden, um mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Der Gemeinderat hat sich aber klar gegen eine Erhöhung des Steuerfusses ausgesprochen.

3.4 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

3.4.1 Festsetzung Steuerfuss pro 2016 auf 63% der einfachen Staatssteuer

3.4.2 Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident — Der Gemeindeschreiber

Mathias Vögeli — André Pichon

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

3. Festsetzung Steuerfuss pro 2016

Archiv-Nummer
32.04

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli

Ab 2014 sind die Gemeinden frei, ihren Steuerfuss zu beschliessen. Ab 2014 hat sich der kantonale Steuerfuss um 1% auf 53% reduziert, das den Gemeinden die Möglichkeit gab, für ihre Gemeinde den Steuerfuss auf 61% festzulegen, ohne damit die Gesamtsteuerbelastung im Kanton zu erhöhen. Die Gemeindeversammlung 2013 hat den Steuerfuss für das Budget 2014 auf 63% erhöht und im 2015 wurde der Steuerfuss auf 63% belassen. Ein Steuerprozent in Glarus Süd beträgt gemäss Steuerabrechnung ca. Fr. 350'000.- Die steuerliche Gesamtbelastung beträgt somit 116% (53% Kanton und 63% Gemeinde). Die effektive steuerliche Mehrbelastung bei 63%, beträgt damit 1.75%.
Für das vorliegende Budget 2016 beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung den Steuerfuss auf 63% der einfachen Staatssteuer zu belassen. In der Beurteilung des Budgets durch den Gemeinderat wird aufgezeigt, dass im Zuge des Budgetprozesses bereits erhebliche Anstrengungen geleistet wurden, um den Aufwandüberschuss zu reduzieren. Der Gemeinderat ist sich jedoch bewusst, dass diese Anstrengungen noch nicht ausreichen werden, um mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Der Gemeinderat hat sich aber klar gegen eine Erhöhung des Steuerfusses ausgesprochen, da vor allem die Resultate des Berichts der PuMa Consult GmbH betreffend der Effizienz bei den Prozessen Kanton und Gemeinden A und der Effektivität der vom Kanton übertragenen Aufgaben B1 noch nicht den politischen Prozess durchlaufen haben.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Antrag, den Steuerfuss für das Jahr 2016 auf 63% der einfachen Staatssteuer zu belassen. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass bei sinkenden Erträgen und gleichbleibenden Dienstleistungen künftige Steuererhöhungen unumgänglich werden.

Abstimmung

Dem Steuerfuss pro 2016 auf 63% der einfachen Staatssteuer wird ohne Wortmeldung zugestimmt.

4. Statuten Abwasserverband Glarnerland (avg)
- Statutenanpassung des Art. 3
- Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
23.01

4.1 Ausgangslage

Gemäss Gemeindeordnung (GO) Art. 16 Abs. 2 lit. c sind für die Genehmigung oder Änderungen des Gründungsvertrages und des Organisationsstatuts von Zweckverbänden sowie von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten die Stimmberechtigten zuständig.

Vorbehältlich der Zustimmung der Verbandsgemeinden hat die Delegiertenversammlung des Abwasserverbandes Glarnerland am 9. Juni 2015 die Statutenänderung von Art. 3, der den Zweck des Verbandes umschreibt, beschlossen und den Verbandsgemeinden zur Genehmigung weitergeleitet. Ausgehend von Diskussionen betreffend der notwendigen Erweiterung des Zweckartikels des Abwasserverbandes zeigte sich, dass die bisherige Fassung des Art. 3 die heutigen Tätigkeiten nicht umfassend umschreibt und deshalb einer juristischen Legalisierung bedarf.

4.2 Ausführungen des Abwasserverbandes Glarnerland

Art. 3 gliedert sich in drei thematisch strikt getrennte Abschnitte:

Abs. 1 behandelt den grundlegenden Zweck des Verbandes:

Die übergeordnete Gesetzgebung verlangt, dass Abwasser gereinigt und die dabei resultierenden Abfallstoffe korrekt behandelt werden. Dadurch ist dieser Absatz den anderen Absätzen übergeordnet. Der Artikel bezeichnet die unverzichtbaren Anlageteile und stipuliert die Pflicht zu deren Unterhalt und Erneuerung. Der Begriff Sonderbauwerke umschreibt die Stapelbecken und Schächte, die für den Sammelkanal notwendig sind.

Abs. 2 ergänzt die Pflichten des Verbandes mit dem fakultativen Recht:

a) Aus wirtschaftlichen Überlegungen, die eigenen Anlagen effizienter auszunutzen
b) Energie aus erneuerbaren Quellen herzustellen oder zurückzugewinnen
c) Mittels technischer und organisatorischer Massnahmen die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Formulierung *„Verarbeitung weiterer Stoffe und Materialien"* erlaubt dem Verband auch Stoffe, wie zum Beispiel Fettabscheider-Rückstände, für die Verarbeitung in der Klärschlammbehandlung anzunehmen, welche für die Gasproduktion sehr interessant sind.

Abs. 3 (unverändert) beschreibt, was explizit nicht die Aufgabe des Verbandes ist.

Art. 3 Zweck des Verbandes

Bisher:

1 Der Abwasserverband bezweckt die Sammlung und Reinigung des im Einzugsgebiet des Verbandes anfallenden Abwassers. Dies wird durch den Bau, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der Verbandsanlagen, namentlich der Kläranlage in Bilten, der Sammelkanäle, welche für den Anschluss der Mitgliedgemeinden und wichtigen Ortsteile an die Kläranlage erforderlich sind, und der Sonderbauwerke erreicht.

2 Der Verband kann weitere organisatorische und technische Massnahmen treffen oder unterstützen, die geeignet sind, die Abwasserbehandlung in den Verbandsanlagen zu fördern, zu verbessern oder zu ergänzen. Dies schliesst alle erforderlichen Massnahmen, namentlich auch Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder privat-rechtlichen Gesellschaften mit ein, die einem wirtschaftlicheren Betrieb der Verbandsanlagen dienen.

3 Nicht unter den Verbandszweck fallen Vorbehandlungsanlagen für Industrieabwasser.

Neu:

1 Der Verband bezweckt die Sammlung und Reinigung des im Einzugsgebiet des Verbandes anfallenden Abwassers sowie die Verarbeitung und Entsorgung der dabei entstehenden Abfälle. Dies wird durch den Bau, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der Verbandsanlagen, namentlich der Kläranlage in Bilten, der Sammelkanäle, welche für den Anschluss der Mitgliedgemeinden und wichtigen Ortsteile an die Kläranlage erforderlich sind, der Sonderbauwerke und der Verarbeitungsanlagen für Klärschlamm erreicht.

2 Der Verband kann ausserdem organisatorische und technische Massnahmen treffen oder unterstützen, welche geeignet sind, die Auslastung der Verbandsanlagen und die Wirtschaftlichkeit des Betriebs derselben zu fördern, zu verbessern oder zu ergänzen. Dies umfasst insbesondere die Behandlung und Verarbeitung weiterer Stoffe und Materialien in den eigenen Anlagen und die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen, die Energierückgewinnung oder die Beteiligung an öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder privatrechtlichen Gesellschaften.

3 Nicht unter den Verbandszweck fallen Vorbehandlungsanlagen für Industrieabwasser.

4.3 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

4.3.1 Genehmigung der Statutenanpassung des Art. 3 des Abwasserverbandes Glarnerland

4.3.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Mathias Vögeli

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

4. Statuten Abwasserverband Glarnerland (avg)
- Statutenanpassung des Art. 3
- Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
23.01

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli

Die Ausführungen des Gemeindepräsidenten widerspiegeln die Ausführungen im Memorial zu diesem Traktandum

Die Gegenüberstellung „Bisher" und „Neu" zeigen die Änderungen des Art. 3 in den Statuten im Detail auf.

Abstimmung

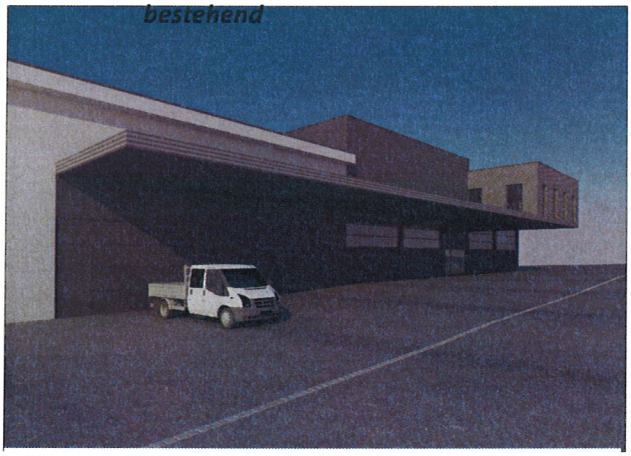
Der Statutenanpassung des Art. 3 des Abwasserverbandes Glarnerland (avg) wird ohne Wortmeldung zugestimmt.

5. Neubau Werkhof Schwanden
- Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'995'000.- (inkl. MWST)

Archiv-Nummer
28.03



bestehend

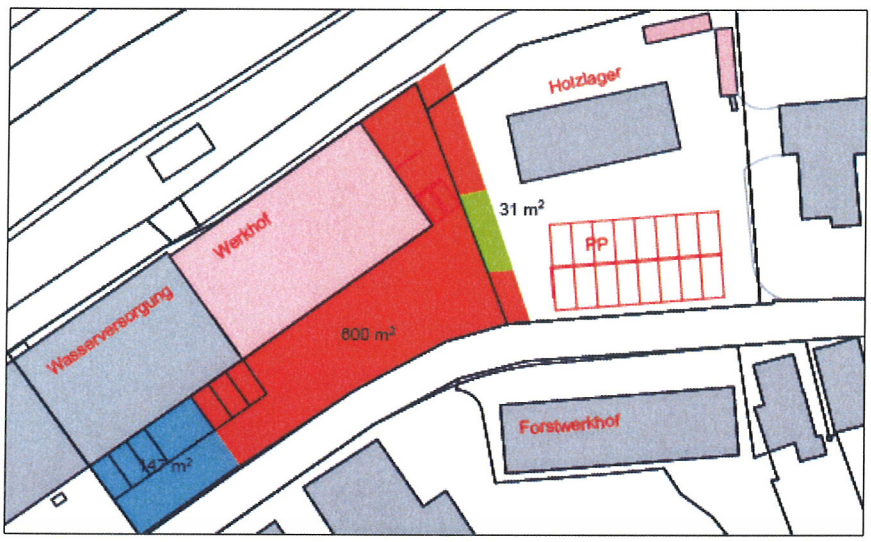


geplant

bestehend *geplant*

5.1 Ausgangslage

Die ehemalige Gemeinde Schwanden hatte schon die Absicht, in Schwanden einen zentralen und neuzeitlichen Werkhof für den Raum Schwanden und Umgebung zu erstellen. Der Gemeinderat Glarus Süd hat dieses Bedürfnis aufgenommen und bereits am 9. Dezember 2010 beschlossen, dafür einen Teil des Gebäudes der Lorze AG und das Nebengebäude mit insgesamt 1400 m², an der Herrenstrasse zu erwerben. Um Platz für den vorgesehenen Erweiterungsbau zu schaffen, wurde das Nebengebäude im April 2015 im Rahmen der Übung „Technico" gesprengt und abgebrochen. Das an die Wasserversorgung und den Werkhof angrenzende Holzlager wird weiter genutzt und bildet mit dem gegenüberliegenden Forstwerkhof ein synergetisches Ensemble. Die Prüfung, ob ein Abbruch der bestehenden Halle der Wasserversorgung und anschliessender Neubau günstiger ausfällt als ein Umbau zeigte, dass keine Kosten eingespart werden können und dass die Bausubstanz sowie das Raumangebot der alten Halle gut ist.



Neu Werk- und Forstwerkhof Ensemble

5.2 Bedarf

Der heutige Werkhof in Schwanden entspricht in keiner Weise den Ansprüchen, die ein Werkhof erfüllen sollte. Eine werkstattähnliche Grundausstattung fehlt gänzlich, ebenso fehlt eine zentrale Unterbringung der vielen Gerätschaften. Die Werkmitarbeitenden arbeiten grossmehrheitlich im Freien. Dies verpflichtet, dass ihnen Trocknungsmöglichkeiten für Schuhe und Arbeitskleider sowie Garderoben zur Verfügung stehen. Solche Einrichtungen fehlen heute völlig. Diese Mankos wurden auch vom Amt für Berufsbildung bemängelt, das im Rahmen ihrer Begutachtung von Lehrbetrieben für Lernende im Betriebsunterhalt, eine Besichtigung im heutigen Werkhof durchgeführt hatte. Das Resultat dieser Besichtigung zeigte auf, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen.
Im Werkhof Schwanden herrscht im Zusammenhang mit Fahrzeugen, Material und Gerätschaften akuter Platzmangel und es muss auf dezentrale eigene oder zugemietete Unterbringungsmöglichkeiten ausgewichen werden. Mit dem geplanten, den heutigen Standards entsprechenden Neubau, entsteht ein zentraler Werkhof für Schwanden und Umgebung, der die dargelegten Mängel beseitigt und den Mitarbeitenden im Werkbetrieb zeitgemässe Arbeitsbedingungen bietet und das Platzproblem löst. Wird dem Neubau zugestimmt, resultiert daraus, dass fünf eigene Objekte und ein zugemietetes Objekt nicht mehr benötigt werden. Hieraus ergeben sich Mietzinseinsparungen und Mieteinnahmen.

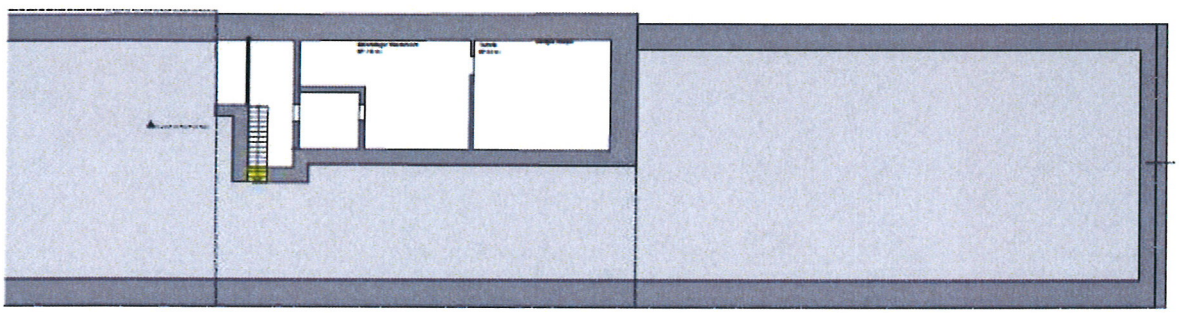
Schätzungen ergeben folgende Beträge:

Jährliche Mietzinseinsparungen	Fr. 18'000.-	1 Objekt
Jährliche Mieteinnahmen	Fr. 10'800.-	5 Objekte

5.3 Projektbeschrieb

Untergeschoss

Das derzeit nicht mehr genutzte Untergeschoss der Wasserversorgung wird reaktiviert. Hier entstehen ein Materiallager sowie die Heizungs- und Technikräume. Der Erweiterungsbau wird nicht unterkellert.

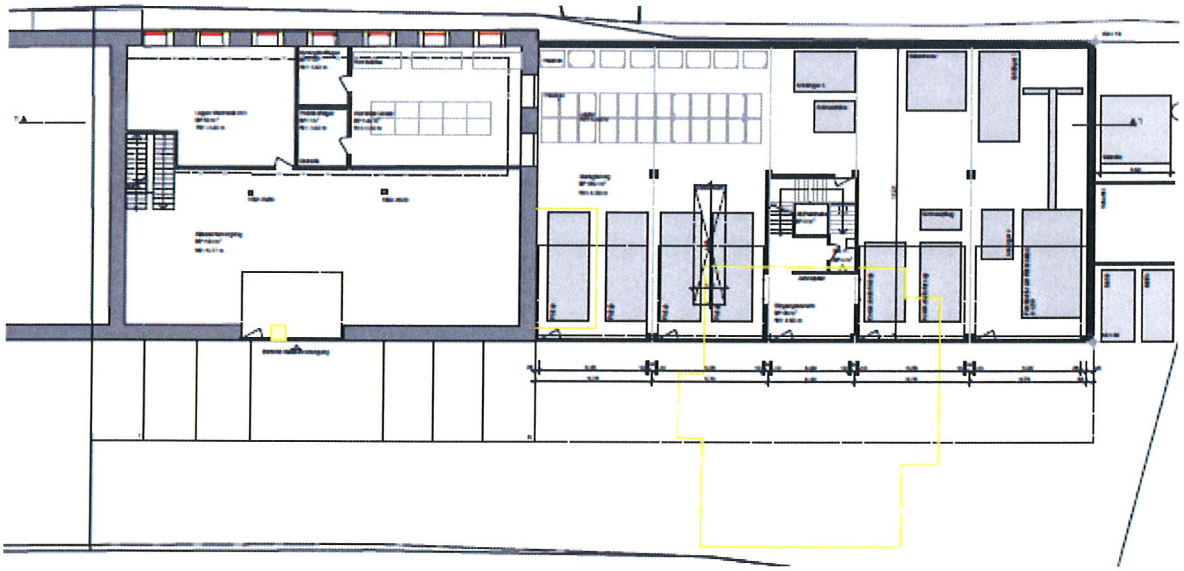


Untergeschoss

Erdgeschoss

Bestehende Trennwände des alten Gebäudes werden abgebrochen und angepasst an die künftige Nutzung neu erstellt. Die Abteilung Wasserversorgung erhält im bestehenden Gebäude eine geräumige und hohe Arbeitshalle, Metallwerkstatt und Lager für Treib- und Sprengstoff. Gegen Nordosten wird der bestehende Gebäudekomplex weitergeführt.

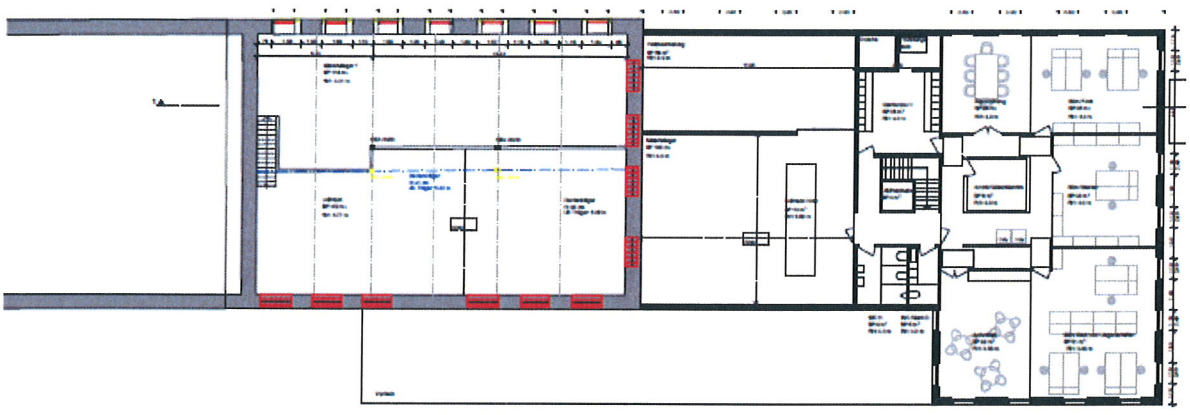
Der autonome Neubau erhält einen zentralen Erschliessungsbereich, der die verschiedenen Nutzungszonen trennt. Beidseitig werden Einstellmöglichkeiten für die ausschliesslich saisonal genutzten Fahrzeuge von Forst und Werk geschaffen. Zur Strasse hin werden beide Trakte über ein weitauskragendes Vordach verbunden. Im hinteren Bereich entsteht ein Lager und Platz für Anhänger, Schneefräsen und dergleichen.



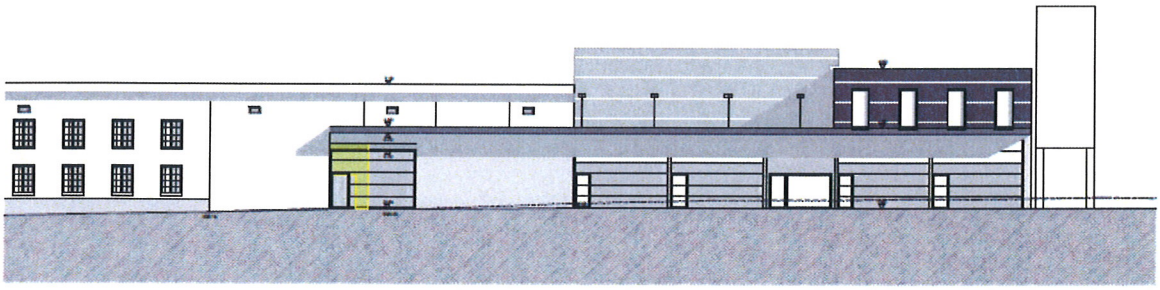
Erdgeschoss

Obergeschoss

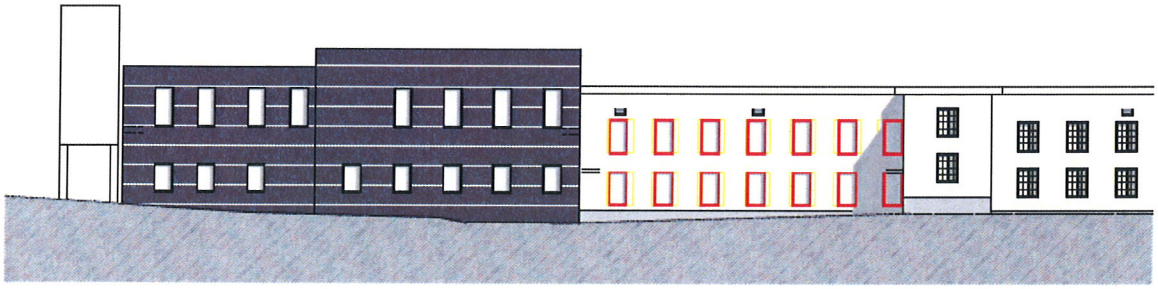
Im bestehenden Abschnitt entsteht auf der neuen Galerie das Materiallager. Beliefert wird es direkt über das Erdgeschoss mittels eingebautem Lastkran. Im Anbau sind im Erschliessungstrakt die notwendigen Garderoben und Sanitärräume vorgesehen. Ein noch leerer Lifttrakt sorgt für die nötige Flexibilität bei allfälliger Änderung oder Erweiterung der Büronutzung. Im südwestlichen Teil, zum bestehenden Abschnitt hin, entsteht ein Materiallager und Räume zur Holzbearbeitung. Beide Bereiche sind wie im bestehenden Gebäude über einen Lastkran bespielbar. Im nordöstlichen Teil entstehen Büros für Werk- und Forstbetrieb mit Archiv und kleinem Aufenthalts- und Besprechungsraum.



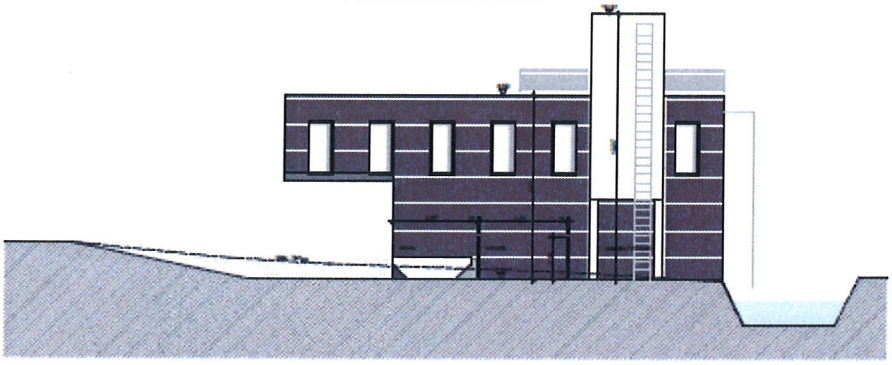
Obergeschoss



Ansicht Südost



Ansicht Nordwest



Ansicht Nordost

5.4 Kosten / Finanzierung

BKP	Arbeit	KV in SFr.
0	**Grundstück**	**3'000.-**
	Vermessung, Vermarchung	
1	**Vorbereitungsarbeiten**	**74'000.-**
	Bestandesaufnahmen, Baugrunduntersuchungen, Abbrüche, Ausbrüche Wasserwerk, Prov. Installationen, Kosten Energie-Wasser etc., Mobil WC	
2	**Gebäude**	**2'642'500.-**
20	**Baugrube**	*36'000.-*
	Baustelleneinrichtung, Bauwasser/Strom, Aushubarbeiten	
21	**Rohbau 1**	*886'000.-*
	Baumeisterarbeiten, Gerüstung, Bohren von Beton, Stahlkonstruktion, äussere Verkleidung	
22	**Rohbau 2**	*359'000.-*
	Fenster Kunststoff/Metall, Aussentüren Metall, Tore Metall inkl. Brandschutztor, Blitzschutz, Flachdach inkl. Spengler, Fugendichtungen, Brandschutzmassnahmen, Verputzte Aussendämmung, Malerarbeiten aussen, Lamellenstoren	

23	**Elektroanlagen** *Elektroinstallationen*	*205'000.-*
24	**Heizung – Lüftung, Klimaanlage** *Heizungsanlage, Lüftungsanlage*	*349'000.-*
25	**Sanitäranlagen** *Sanitäre Installationen, Kücheneinrichtung*	*90'000.-*
26	**Transportanlagen** *Lift, Hallenkran Wasserwerk, Hallenkran Materiallager*	*106'000.-*
27	**Ausbau 1** *Innere Verputzarbeiten, Innentüren aus Metall, Geländer, Innentüren aus Holz, allg. Schreinerarbeiten, Beschichtung Bodenbelag, Schliessanlage, innere Abschlüsse/Bürowände aus Glas*	*168'000.-*
28	**Ausbau 2** *Unterlagsböden, Boden- und Wandplattenarbeiten, Bodenbelag aus Hartbeton, Wandbeläge in Platten, Deckenbekleidungen, innere Malerarbeiten, Bauaustrocknung/Bauheizung, Baureinigung, Mulden*	*155'000.-*
29	**Honorare** *Architekt, Bauingenieur, Elektroingenieur, HLKS-Ingenieur, Geometer, Bauphysiker*	*288'500.-*
4	**Umgebung** *Belagsarbeiten inkl. Sickersteine, Kanalisationsarbeiten + Werkleitungen, Gärtnerarbeiten, Bepflanzungen, Einfriedungen, Markierung Parkplätze*	**117'000.-**
5	**Baunebenkosten** *Bewilligungen, Baugespann, Bewilligungen Gemeinde/Kanton, Anschlussgebühren, Kanalisation, Elektrizität, Übermittlung Swisscom, Wasser, Wärmedämmnachweis, Plankopien Architekt, Versicherungen*	**74'000.-**
9	**Ausstattung** *Möbel, Lagergestelle Halle, Garderobeneinrichtungen, Gestelle, Geräte, Apparate Holzverarbeitung*	**84'500.-**
	Gesamtkosten inkl. MWST (Kostenschätzung inkl. Honorare (+-10%)	**2'995'000.-**

Der Bruttokredit für den Neubau Werkhof Schwanden beträgt inkl. der bisherigen Planungskosten Fr. 2'995'000.- (inkl. MWST) und wird über die Investitionsrechnung abgerechnet.

Die Kosten des geplanten Werkhofes werden folgendermassen auf die Bereiche aufgeteilt:

- Anteil Werkbetrieb ca. Fr. 1'476'535.- 49.3%
- Anteil Wasser ca. Fr. 958'400.- 32.0%
- Anteil Forstbetrieb ca. Fr. 323'460.- 10.8%
- Anteil Liegenschaften ca. Fr. 236'605.- 7.9%

Etappierung Bauausführung und Kosten:

- 2014 Planung Fr. 145'000.-
- 2016 Bauausführung Fr. 1'425'000.-
- 2017 Bauausführung Fr. 1'425'000.-

Details der Pläne und Kostenschätzung können beim Bauamt Glarus Süd, Bahnhofstrasse 7, 8762 Schwanden, auf Voranmeldung hin eingesehen werden.

5.5 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

5.5.1 Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'995'000.- (inkl. MWST) für den Neubau des Werkhofes in Schwanden

5.5.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Mathias Vögeli

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

5. Neubau Werkhof Schwanden - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 2'995'000.- (inkl. MWST)

Archiv-Nummer 28.03

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli

Die ehemalige Gemeinde Schwanden hatte schon damals die Absicht, in Schwanden einen zentralen und neuzeitlichen Werkhof für den Raum Schwanden und Umgebung zu erstellen. Der Gemeinderat Glarus Süd hat dieses Bedürfnis aufgenommen und bereits am 9. Dezember 2010 beschlossen, dafür einen Teil des Gebäudes der Lorze AG und das Nebengebäude mit insgesamt 1400 m2 an der Herrenstrasse zu erwerben. Um Platz für den vorgesehenen Erweiterungsbau zu schaffen, wurde das Nebengebäude im April 2015 im Rahmen der Übung „Technico" gesprengt und abgebrochen. Das an das Gebäude der Wasserversorgung und den Werkhof angrenzende Holzlager wird weiter genutzt und bildet mit dem gegenüberliegenden Forstwerkhof ein synergetisches Ganzes. Der Bedarf ist klar ausgewiesen, weil der heutige Werkhof in Schwanden in keiner Weise den Ansprüchen gerecht wird, die ein Werkhof erfüllen sollte. Eine werkstattähnliche Grundausstattung fehlt gänzlich, ebenso fehlt eine zentrale Unterbringung der vielen Gerätschaften. Der Werkhof Schwanden ist der letzte von drei zukünftigen Werkhöfen (Forst und Werk), der noch realisiert werden müsste. Der Umbau und die Erweiterung des Werkhofs Kleintal in Elm konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Hierüber konnte man sich am Tag der offenen Tür vom 07.11.15 überzeugen. Dem Kauf der ehemaligen Chaletgarage Rüti für die Weiterverwendung und Umbau zum Werkhof Grosstal hat die Gemeindeversammlung vom 19.06.15 zugestimmt. Mit dem geplanten Neubau Werkhof Schwanden kann die letzte Lücke, in diesem Bereich geschlossen werden. Das heisst es werden für drei Forst- und Werkreviere in unserer Gemeinde auch drei den heutigen Anforderungen entsprechende Werkhöfe zur Verfügung stehen.

Ausführungen des Departementsvorstehers Fridolin Luchsinger

Der Gemeinderat beantragt den Neubau vom Werkhof Forst und Werkrevier in Schwanden. Die mittlerweile bekannten Strukturen mit den drei Revieren, Sernftal, Raum Schwanden und Grosstal bewähren sich und mit dem heutigen Antrag werden die nötigen Voraussetzungen für zeitgemässe Arbeitsplätze und sinnvolle Abläufe im ganzen Gemeindegebiet geschaffen. Die Ausgangslage ist bekannt, nach dem Start der neuen Gemeinde war die Unterbringung in über 30 Gebäuden verteilt, deshalb hat der Gemeinderat die Strategie mit den erwähnten Revieren die heute auf Kurs ist, von Anfang an unterstützt. Die Gemeindeversammlung vom 22. November 2013 hat für die Erweiterung und Aufstockung des Forst und Feuerwehrgebäudes in Elm einen Kredit von 2.4 Mio gesprochen. Dieses Gebäude ist bezogen und am 7. November 2015 konnte anlässlich des Tages der offenen Türe ein gelungenes Bauwerk besichtigt werden. Ein Mitarbeiter antwortet auf die Frage, ob der Bau auch praktisch sei: „Kein Vergleich zu früher mit nassen Kleidern und Schuhen, diese sind jeztz Dank der neuen Trocknungsschränken am nächsten Tag trocken und wieder parat für den Einsatz." Für die Planenden ein kleines Detail aber für die Betroffenen eine sehr geschätzte

Erleichterung. Ganz abgeschlossen ist der Bau noch nicht, die Baukommission wird sich an der Schlusssitzung noch der Schlussabrechnung annehmen, die sich innerhalb des bewilligten Kredites bewegt.
Dank dem Neubau werden bisher genutzte Gebäude frei und demzufolge sind in Elm bereits zwei Gebäude verkauft worden. Aus dem Schopf im Obmoos entsteht ein Wohnhaus mit Gewerbe und in der Sandgasse plant die Stiftung pro Elm ein Museum als Ergänzung zur Schiefertafel Fabrik. Dank dem Gemeindeversammlungsbeschluss vom 19. Juni 2015 konnte die Gemeinde die ehemalige Chalet Garage in Rüti erwerben. Auf der Prioritätenliste wäre das vorliegende Vorhaben vor dem Revier im Grosstal vorgebracht worden, das zeigt auch die Investitionsrechnung auf. Die gebotene Möglichkeit das Gebäude in Rüti zu erwerben hat erfordert, dass die Prioritäten angepasst wurden, Dieser Kauf ist vollzogen und die Mitarbeitenden sind am Streichen, Putzen und Einrichten. Die Räume im Gebäude sind eingeteilt und wie geplant hat alles Platz. Im Frühling 2016 wird die Tankstelle vom ehemaligen Betreiber wieder in Betrieb genommen. Die Gemeinde Glarus Süd ist bestrebt und es ist erklärtes Ziel, an der Strasse Richtung Klausenpass eine gute Visitenkarte von Glarus Süd abzugeben. Mit dem Antrag zum Kauf der ehemaligen Chaletgarage hat der Gemeinderat im Memorial erwähnt, dass bisher genutzte Gebäude dannzumal zum Verkauf angeboten werden, dies gilt immer noch, eingemietete Liegenschaften sind gekündigt und im März 2016 wird nach Rüti gezügelt. Die Strategie des GR ist überall dieselbe. Werden Liegenschaften frei, werden sie öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben und je nach Kompetenz entscheidet der Gemeinderat oder die Gemeindeversammlung. Dieser Vollzug erfolgt Schritt für Schritt. Auch in Rüti wird dannzumal zum Tag der offenen Tür eingeladen. Mit dem heutigen Antrag ist die Gemeindeversammlung aufgerufen, auch im letzten Revier gute Bedingungen zu schaffen. Die Revierübersicht wird auf der Leinwand aufgezeigt; heute geht es um das Revier Schwanden, das die Dörfer Mitlödi, Sool, Schwändi, Schwanden, Nidfurn, Haslen und Leuggelbach umfasst und einwohnermässig das grösste Revier bildet. Im Memorial ist zu lesen, dass bereits die ehemalige Gemeinde Schwanden diesen Standort als Ideal angeschaut betrachtet hat und der Gemeinderat Glarus Süd bereits im 2010 einen Teil des Gebäudes von der Lorze AG an der Herrenstrasse erworben hat. Im ehemaligen Rossgade ist heute der Forstwerkhof ohne Büroräumlichkeiten untergebracht und in einem Fabrikteil befindet sich die Wasserversorgung, die heute auch nicht vollumfänglich Platz hat und deshalb verschiedene Gebäude benötigt. Handlungsbedarf besteht nicht nur für Gerätschaften und Maschinen. Es sind vor allem die Menschen, die Mitarbeitenden vom Lernenden bis zum Vorarbeiter, die bessere Arbeitsbedingungen verdienen. Es fehlen Räume zum Umziehen und Möglichkeiten für das Trocknen der Kleider. Die Bedingungen für die Lernenden müssen verbessert werden, dazu wurde vom Amt für Berufsbildung angehalten. Der Bau ist im Memorial auf den Seite 8- 13 beschrieben, das Gebäude ist einfach gehalten, mehrheitlich aus Beton. Aus Beton deshalb, weil die Bauart bzw. der Gebäudestil des ehemaligen Gebäudes übernommen wird und somit als Ganzes gut wirkt. Der auskragende Gebäudeteil wird als Überdachung genutzt und bringt eine optische Aufwertung in die lange Gebäudefront. Mit dem Bau werden Büroräume für Forst- und Werkmitarbeiter geschaffen und im Zuge davon werden andernorts Räume frei; dieselbe Handhabung wie bei den anderen zwei Standorten. Dieses Vorgehen unterstützt der Gemeinderat, es ist eine zunkunftsgerichtete Planung.
In Glarus Süd herrscht eine rege Bautätigkeit. Die kantonale Statistik 2014 zeigt folgende Aussage zu den Baugesuchen:
Total Baugesuche
Glarus Nord: 207

Glarus:	153
Glarus Süd:	274

Die Versammlung fragt sich jetzt womöglich, was diese Zahlen mit diesem Antrag zu tun haben; es sind genau diese Mitarbeitenden, die sich mit dem Bauwesen beschäftigen, auch wenn nicht ganz so grosse Überbauungen wie im Norden anstehen, so sind zur Zeit bei uns auch einige Mehrfamilienhäuser im Bau oder bereits bezogen. Dieser positive Hintergrund soll auch die Gemeinde ermutigen, wo nötig zu investieren.

Wortmeldung Toni Gisler, Linthal, SVP Präsident Glarus Süd

Toni Gisler beantragt im Namen der SVP Glarus Süd den Neubau des Werkhof Schwanden und damit den Bruttokredit von Fr. 2.995 Mio. an den Gemeinderat zurückzuweisen.
Begründung: Einmal mehr liegt vom Departement Werke und Umwelt ein hohes Kreditbegehren vor uns. In den vergangenen Jahren wurde einiges geplant, gebaut und gekauft. Für die SVP Glarus Süd ist es unbestritten, dass es in Sachen Werkhof in Schwanden eine Lösung braucht, es stellt sich nur die Frage, was für eine Lösung. Der Gemeindrat beschreibt im Memorial das Neubauprojekt an der Herrenstrasse genauso wie er bereits im Sommer den Kauf der ehemaligen Chalet Garage Rüti beschrieben hat. Was für einen Weg das Departement mit all diesen Käufen, Neubauten und bestehenden Immobilien gehen will, ist jedoch auch aus diesem Memorial nicht ersichtlich. Die Gemeinde Glarus Süd ist im Besitz von einer gewaltigen Anzahl an Bauten, seien dies Verwaltungsgebäude, Garagen, Schöpfe oder Werkhöfe. Die einen in einem etwas besseren Zustand als die anderen, einige wurden bereits verkauft, einige möchte man noch verkaufen und einige können gar nicht verkauft werden. Und nicht zu vergessen, es wurde auch gekauft und dies erst noch für viel Geld. Viele Bürgerinnen und Bürger interessiert, das hört Toni Gisler täglich auf der Strasse, wie die Gemeinde Glarus Süd zukünftig in Sachen Immobilien verfahren möchte. Welche werden in 10 Jahren noch genutzt, wo sind die Standorte für Forst- und Werkhöfe, wo werden Prioritäten gesetzt, gibt es bestehende Gebäude, welche mit gewissen Anpassungen in Zukunft noch genutzt werden könnten? Steckt eine Gemeinde in einer Situation wie Glarus Süd, dann ist es wichtig, dass eine Gesamtstrategie über die künftigen Nutzungen, über Standorte und über den Umgang mit den vielen Immobilen besteht. Aus den Erklärungen des Gemeinderates ist es jedoch nicht ersichtlich, was für Auswirkungen der Neubau vom Werkhof auf die Organisation von den Forst- und Werkbetrieben sowie die bestehenden Standorte hat. Es ist keine Strategie zu erkennen, wie der Gemeinderat diese Organisation auch Zukunft lösen möchte und wie man der Problematik mit der grossen Anzahl an bestehenden Gebäuden begegnen möchte. In der angespannten finanziellen Lage, das dürfte mittlerweile den meisten klar sein weil vorab die Budgetdiskussion geführt wurde, ist ein solches planloses Vorgehen nicht möglich. All diese Objekte und Leerläufe basieren auf planlosem agieren und kosten zu viel Geld. Die SVP möchte dem Gemeinderat mit diesem Rückweisungsantrag Zeit geben eine Auslegeordnung zu machen und eine Gesamtstrategie auszuarbeiten und durchzuatmen und schlussendlich zu kommunizieren. Ein planloses Bauen, Kaufen und Verkaufen nützt niemandem etwas. Toni Gisler appelliert aufzuwachen und Klarheit in diese Sache zu bringen und deshalb dieses Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Wortmeldung Hansjörg Marti, Nidfurn

Hans Jörg Marti ersucht die Versammlung den Antrag von Toni Gisler abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Die SVP führt aus, dass vieles gekauft, umgebaut etc. worden sei. Der Gemeindepräsident und auch Fridolin Luchsinger haben mitgeteilt, es wird auch verkauft. Die Zustände im Bereich Werke, vor allem in der Region Schwanden, sind schlecht zum Arbeiten und schlecht, um das Arbeiten zu organisieren. Wenn die Mitarbeitenden zuerst einen weiten Weg machen müssen, um alle Fahrzeuge zusammen zu suchen und eine Schaufel zu finden, dann kann man nicht von einer schlauen Organisation sprechen. Die SVP sagt selber, dass es unbestritten sei, an der jetzigen Situation etwas zu ändern. Man muss sich aber auch im Klaren darüber sein, dass wenn man diesen Bau noch einmal nach hinten verschiebt, dieses Geschäft nicht günstiger, schlauer oder besser wird. Auch der Umbau von vielen alten Ställen oder Schöpfen ist nicht gratis und Investitionen zu verschieben ist nicht die Lösung. Schulden machen betrachten die meisten als Problem, weil wir unserer nächsten Generation keine Schulden hinterlassen möchten. Investiert man jedoch nicht, überlässt man diese Bauten oder Projekte ebenso der nächsten Generation. Vor zehn Jahren hat man nicht zum gleichen Preis wie heute gebaut, in zehn Jahren wird der Preis wiederum ein anderer sein, nämlich höher.
Hansjörg Marti appelliert, dem Werkhof zuzustimmen, die Mitarbeitenden der Werke werden es danken, wenn sie nicht mehr mit nassen Stiefeln an die Arbeit müssen.

Ausführungen des Gemeinderates Christian Marti

Christian Marti erklärt, er sei noch nicht allzu lange im Gemeinderat aber als Bauingenieur verstehe er etwas vom Bauen. Er durfte feststellen, dass in Glarus Süd sehr gezielt geplant wird und nicht einfach planlos etwas aufgestellt wird. Der Kostenvoranschlag dieses Gebäudes war ursprünglich einmal teurer und es wurde analysiert, was wirklich benötigt wird und was nicht. Mit dieser Analyse konnten die Kosten unter drei Millionen Franken gesenkt werden. Aus seiner Sicht wird in diesem Departement seriös gearbeitet. Dem Departement ist bekannt, wie viele Liegenschaften die Gemeinde besitzt, es sind total 178, die durch den Liegenschaftsverwalter verwaltet werden. Schulhäuser, Turnhallen und sonstige Gebäude dürfen nicht alle in den gleichen Topf geworfen werden und argumentieren, man stosse nicht ab, wenn man einen Werkhof günstig erwerben konnte. Dass man nicht gerade nach dem Neubau aufzeigen kann, was mit den anderen Gebäuden geschieht, ist logisch, das sind nicht die gleichen Kategorien Gebäude, hier muss man differenzieren. Sobald man das (neue) Gebäude hat und bezogen ist, kann man eruieren was nicht mehr benötigt wird und und auf den Markt kommt. Christian Marti appelliert, diesem Antrag zuzustimmen, weil es Zeit ist, dass diese drei Werk- und Forstregionen gut arbeiten können.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Der vorgesehene Neubau Werkhof Schwanden ist ein zukunftsorientiertes Projekt, welches nebst Vereinfachungen in den Arbeitsabläufen auch den Lehrlingen eine zeitgemässe Arbeitsstätte bietet. Gleichzeitig eröffnet dieser Bau weitere Chancen für das Raumnutzungskonzept der Gemeinde. Aus diesen Überlegungen begrüsst die GPK das Vorhaben und die damit verbundenen Investitionen von Fr. 2'995'000.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag beantragt von Toni Gisler im Namen der SVP Glarus Süd wird dem Antrag des Gemeinderates unterstützt von der GPK und Hans Jörg Marti gegenübergestellt.
Das Abstimmungsergebnis kann eindeutig ermittelt werden.
Der Rückweisungsantrag von Toni Gisler im Namen der SVP Glarus Süd unterliegt dem Antrag des Gemeinderates deutlich.

Somit wird dem Bruttokredit von Fr. 2.995 Mio. für den Neubau des Werkhofes Schwanden zugestimmt.

6. Genereller Wasserplan GWP Gemeinde Glarus Süd - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
39.04.00

6.1 Sachverhalt und Zweck

Viele Infrastrukturanlagen der Wasserversorgung sind in die Jahre gekommen und müssen erneuert werden. Die ältesten noch betriebenen Anlageteile stammen aus der Zeit um 1920/30. Eine Gesamtsicht über das ganze Versorgungsnetz von Glarus Süd fehlt. Nur in einzelnen der alten Gemeinden war eine Bestandesübersicht und Planung vorhanden, wie sie heute gemäss Bundesverordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen (VTN, 20. Nov. 1991) und der Richtlinien des Schweizer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) verlangt wird. Der Gemeinderat hat daher die Erarbeitung von Generellen Wasserversorgungsprojekten (GWP) über das gesamte Gemeindegebiet von Glarus Süd, unterteilt in folgende Versorgungsregionen, veranlasst:

- Braunwald
- Region Grosstal (Linthal, Rüti, Betschwanden, Diesbach, Hätzingen, Luchsingen)
- Region Schwanden (Leuggelbach, Haslen, Nidfurn, Schwanden, Sool, Mitlödi, Schwändi)
- Region Sernftal (Elm, Matt, Engi)

Das GWP legt die notwendigen Anlagen fest für die ordnungsgemässe Versorgung des heutigen und zukünftigen Siedlungsgebietes mit Trink-, Brauch- und Löschwasser. Durch die Planung soll ein möglichst einfaches, zweckmässiges und wirtschaftliches Gesamtkonzept für die Beschaffung, Speicherung und Verteilung des Wassers aufgezeigt werden. Trink-, Brauch- und Löschwasser sind in genügender Menge, ausreichendem Druck und einwandfreier Qualität im ganzen Gemeindegebiet für die nächsten 15 bis 30 Jahre sicherzustellen.

6.2 Vorgehen

Ausgangsbasis für die Planung ist der heutige Zustand der einzelnen Wasserversorgungen in Glarus Süd. Neben vorhandenen Wasserversorgungsplänen der alten Gemeinden dienten auch Messungen der Quellschüttungen sowie der Wasserverbräuche, Leistungen der Grundwasserpumpwerke und Trinkwasseruntersuchungen als Grundlage. In einem ersten Schritt waren die aktuellen Schwachstellen aufzuzeigen. In einer zweiten Phase wurde versucht, die heutigen Strukturen und Anlagen nach Möglichkeit versorgungstechnisch und betrieblich zu vereinfachen. Allfällig notwendige Ausbauten sollen auf einem klaren Konzept beruhen, damit die wichtigen Bauwerke (z.B. Reservoire) für die nächsten 30-50 Jahre wirtschaftlich betrieben werden können und keine Fehlinvestitionen entstehen. Innerhalb einer Versorgungsregion wird ein zusammenhängendes Leitungssystem mit guter Versorgungssicherheit von verschiedenen Fassungen bzw. Reservoiren aus angestrebt (Redundanz). Mit regionalen Verbünden werden neue und bessere Voraussetzungen geschaffen, als dies bei den bisherigen, einzelnen Wasserversorgungen in den alten Gemeinden möglich war.
Bei der Planung sind die Richtlinien des SVGW, insbesondere die Empfehlungen "zur strategischen Planung der Wasserversorgung" sowie der "Leitfaden für die Versorgung mit Löschwasser" des Schweizerischen Feuerwehrverbandes berücksichtigt worden. Für

alle Wasserversorgungsnetzte wurden Rohrnetzrechenmodelle erstellt und die kritischen Versorgungsfälle mittels Simulationsberechnungen überprüft. Die Planungen haben gezeigt, dass für einen optimalen und automatischen Betrieb verschiedene Ausbauten und Fernsteuerungsmassnahmen notwendig sind. Nachfolgend sind jedoch nur die wesentlichsten Massnahmen zusammengefasst. Die ausführlichen GWP's von Braunwald, Region Grosstal, Region Schwanden und Region Sernftal können beim Bauamt Glarus Süd, Bahnhofstrasse 7, 8762 Schwanden, auf Voranmeldung hin eingesehen werden.

6.3 Braunwald

- Das heutige Konzept mit 2 Hauptdruckzonen und verschiedenen Druckreduzierventilen (DRV) ist durch ein Konzept mit 3 Druckzonen zu ersetzen. Damit kann auch bei den grossen Höhenunterschieden in Braunwald überall ein genügender Druck gewährleistet werden.
- Für die angestrebte Anpassung sind ein neues Reservoir „Mittelzone" mit einem Speichervolumen von 250 m³ und verschiedene Leitungsergänzungen für einen Ringschluss notwendig.
- Im Gegenzug können einige im Betrieb unterhaltsintensive DRV-Schächte aufgehoben werden.

6.4 Region Grosstal

- Mittels verschiedenen Verbindungleitungen werden die Wasserversorgungen Linthal, Rüti, Betschwanden, Diesbach, Hätzingen und Luchsingen zu einem Verbund zusammengeschlossen.
- In Linthal ist die Quellfassung „Fruttmatt" und die Ableitung „Fruttmatt–Fätschli" dringend zu sanieren bzw. zu ersetzen.
- Das Reservoir „Brantschen" in Linthal ist auf 800 m³ zu vergrössern und mittelfristig sind in Betschwanden (Gebiet Mäderli) und Luchsingen (Bereich Schwefelquelle) je ein Reservoir von rund 500 bis 600 m³ neu zu erstellen.
- Im Gegenzug können alte Reservoire in schlechtem Zustand und wenig geeigneten Lagen in Linthal, Hätzingen und Luchsingen ausser Betrieb genommen werden.
- Das Wasser der Quellen „Alpeli" in Diesbach ist für die Wasserversorgung wenig geeignet. Künftig soll es zur Stromproduktion genutzt werden.

6.5 Region Schwanden

- Die Ableitung der sehr leistungsfähigen Wartstaldenquellen sollen aus dem Gefahrengebiet südlich des Sernf entfernt und auf der Nordseite mit anderen Werkleitungen geführt werden.
- Mittels Verbundleitungen soll das viele überschüssige Quellwasser von Schwanden nach Mitlödi, Sool und Schwändi verteilt werden. Für Sool und Schwändi sind zusätzlich Stufenpumpen erforderlich.
- Mitlödi erhält mit der Verbindung nach Schwanden ein zweite Einspeisung, da die Sienenquellen künftig primär für Schwändi genutzt werden und so Pumpenergie eingespart werden kann.

- Für den Fall, dass das Grundwasserpumpwerk (GWPW) Wyden in Schwanden ausfallen sollte, ist mittelfristig die Fördermenge des GWPW in Mitlödi zu erhöhen.
- Das Quellüberschuss-Wasser der Wasserversorgung Haslen und der Wasserversorgung Nidfurn kann künftig durch den Verbund auch den unterliegenden Ortschaften zur Verfügung gestellt werden.
- Im Verbund können sechs alte Reservoire aufgehoben werden.
- Die Quellzuläufe mit grösseren Höhendifferenzen könnten mittels Kleinkraftwerken energetisch genutzt werden.

6.6 Region Sernftal

- Die Wasserversorgungen Engi und Matt sind bereits heute miteinander verbunden. Für einen sicheren Betrieb sind aber einzelne Quellfassungen (z.B. Brunnengaden Engi, Loch Matt) zu sanieren und Verbindungsleitungen (Üeblital) auszubauen.
- Für einen automatischen Betrieb ist der Ersatz der Fernwirkanlage und die Einbindung in die Leitwarte Glarus Süd notwendig.
- In Elm stehen die Sanierungen von Brunnenstuben (Meinradzell, Brünnen) und Ergänzungen von verschiedenen Reservoiren (Oberhus, Laisbach, Alprüteli) an.
- Mit dem Bau eines neuen Reservoirs Ober-Empächli, zusätzlichen Pumpen und Verbindungsleitungen können die heute vorhandenen drei Versorgungsregionen in Elm zu einem starken Verbund zusammengeschlossen werden.
- Auf eine Verbindungsleitung zwischen Matt und Elm wird aus Kostengründen und wegen der guten Versorgungssicherheit der Teilregionen verzichtet.
- Im gesamten Versorgungsgebiet sind Wasseruhren nachzurüsten.

6.7 Kostenschätzung (+/- 20%)

Mit den obigen Sanierungen bzw. Ausbauten gemäss den neuen GWP's wird eine nachhaltige und sichere Wasserversorgung in der „Gemeinde Glarus Süd" geschaffen. Die geschätzten Kosten betragen:

Massnahmen Braunwald	Fr.	4'320'000.-
Massnahmen Region Grosstal	Fr.	8'500'000.-
Massnahmen Region Schwanden	Fr.	6'180'000.-
Massnahmen Region Sernftal	Fr.	5'200'000.-
Total	**Fr.**	**24'200'000.-**

6.8 Vernehmlassung und weiteres Vorgehen

Die erarbeiteten GWP's wurden dem Amt für Umwelt des Kantons Glarus und der glarnerSach zur Prüfung vorgelegt. Beide Fachstellen begrüssen und unterstützen gemäss den Vorbescheiden die geplanten Massnahmen. Sämtliche GWP-Unterlagen wurden vom 21. August bis zum 20. September 2015 öffentlich aufgelegt. Während dieser Zeit gingen keine Einsprachen oder Anträge bei der Gemeinde Glarus Süd ein.

Die oben aufgezeigten Investitionen sollten innerhalb der nächsten 15 - 25 Jahre umgesetzt werden. Mit der Genehmigung der GWP's werden keine Projekte bewilligt. Jedes einzelne Sanierungs- bzw. Ausbauprojekt wird zu gegebener Zeit je nach Zuständigkeit der Finanzbefugnisse dem Gemeinderat oder der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

Eine detaillierte Investitionsplanung kann nach der Genehmigung der GWP's erstellt werden. Mit der Investitionsplanung wird auch aufgezeigt, wie sich die Kostensituation bei der Spezialfinanzierung Wasser entwickeln wird. Eine Erhöhung der Gebühr wird unumgänglich sein. Im schweizweiten Vergleich werden die Wassergebühren trotz der Ausbaumassnahmen jedoch tief bleiben.

6.9 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

6.9.1 Genehmigung des Generellen Wasserversorgungsprojektes GWP Braunwald

6.9.2 Genehmigung des Generellen Wasserversorgungsprojektes Region Grosstal (Linthal, Rüti, Betschwanden, Diesbach, Hätzingen, Luchsingen)

6.9.3 Genehmigung des Generellen Wasserversorgungsprojektes Region Schwanden (Leuggelbach, Haslen, Nidfurn, Schwanden, Sool, Mitlödi, Schwändi)

6.9.4 Genehmigung des Generellen Wasserversorgungsprojektes Region Sernftal (Engi, Matt, Elm)

6.9.5 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Mathias Vögeli

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

6. Genereller Wasserplan GWP Gemeinde Glarus Süd - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
39.04.00

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsident Mathias Vögeli

Viele Infrastrukturanlagen der Wasserversorgungen in Glarus Süd sind in die Jahre gekommen und müssen erneuert werden. Die ältesten noch betriebenen Anlageteile stammen aus der Zeit um 1920/30. Eine Gesamtsicht über das ganze Versorgungsnetz von Glarus Süd fehlt. Nur in einzelnen der alten Gemeinden war eine Bestandesübersicht und Planung vorhanden, wie sie heute gemäss Bundesverordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen (VTN, 20. Nov. 1991) und der Richtlinien des Schweizer Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) verlangt wird. Der Gemeinderat hat daher die Erarbeitung von Generellen Wasserversorgungsprojekten (GWP) über das gesamte Gemeindegebiet von Glarus Süd, unterteilt in folgende Versorgungsregionen, veranlasst:

- Braunwald
- Region Grosstal: (Linthal, Rüti, Betschwanden, Diesbach, Hätzingen, Luchsingen)
- Region Schwanden: (Leuggelbach, Haslen, Nidfurn, Schwanden, Sool, Mitlödi, Schwändi)
- Region Sernftal: (Elm, Matt, Engi)

Der GWP legt die notwendigen Anlagen fest für die ordnungsgemässe Versorgung des heutigen und zukünftigen Siedlungsgebietes mit Trink-, Brauch- und Löschwasser. Durch die Planung soll ein möglichst einfaches, zweckmässiges und wirtschaftliches Gesamtkonzept für die Beschaffung, Speicherung und Verteilung des Wassers aufgezeigt werden. Trink-, Brauch- und Löschwasser sind in genügender Menge, ausreichendem Druck und einwandfreier Qualität im ganzen Gemeindegebiet für die nächsten 15 bis 30 Jahre sicherzustellen. Mit der Genehmigung der GWP's werden keine Projekte bewilligt. Jedes einzelne Sanierungs- bzw. Ausbauprojekt wird zu gegebener Zeit je nach Zuständigkeit der Finanzbefugnisse dem Gemeinderat oder der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Eine detaillierte Investitionsplanung kann nach der Genehmigung vom GWP's erstellt werden. Mit der Investitionsplanung wird auch aufgezeigt, wie sich die Kostensituation bei der Spezialfinanzierung Wasser entwickeln wird. Eine Erhöhung der Gebühr wird unumgänglich sein. Im schweizweiten Vergleich werden die Wassergebühren trotz der Ausbaumassnahmen jedoch tief bleiben.

Ausführungen des Gemeinderates Christian Marti

Christian Marti bringt den Versammlungsteilnehmern so ein „GWP" näher. Auf der Leinwand ist ein Bild der Brunnenstube Tobel in Schwanden zu sehen. Auf diesem Bild zeigt nur schon die Reinheit des Wassers das gesammelt wird, welch kostbares Gut Wasser ist. Auf dem zweiten Bild ist die Verteilung in einem Reservoir zu sehen. Beim GWP geht es um solche Anlagen. Das Bild zeigt eine moderne Anlage, Glarus Süd hat aber auch andere und diese wurden nun gesamthaft über diese vier Regionen angeschaut. Am Beispiel der Region Grosstal zeigt Christian Marti auf, was für

Notwendigkeiten festgestellt wurden. Die auf dem Bild in blau eingezeichneten Anlagen sind intakt. Die in rot eingezeichneten Anlagen, sind Anlagen an welchen etwas gemacht werden muss, damit das Wasser zwischen Linthal und Luchsingen gut zirkulieren kann. Orange eingezeichnete Anlagen sind Anlagen, welche nicht mehr in Gebrauch sind, diese können durch das GWP stillgelegt werden und damit können auch Einsparungen erreicht werden. Das nächste Bild zeigt einen Hydraulikplan, das ist ein sehr wichtiges Kontrollinstrument. Damit kann überprüft werden, ob der Druck in allen Leitungen stimmt und Wasser in jedes Haus gepumpt werden kann. Auch hier sind die künftigen Verbindunsleitungen, welche notwendig sein werden, rot eingezeichnet. In diese Verbindungsleitungen sollen die erwähnten Fr. 24.2 Mio. verteilt auf 15-30 Jahre investiert werden. Wie schon vom Gemeindepräsident erwähnt, wird heute nicht über die Investition von Fr. 24.2 Mio. abgestimmt, sonder über das Konzept. Dieses Konzept hilft, dass nachher nicht planlos gearbeitet wird, sondern dass verschiedene einzelne Elemente ausgelöst werden können. Jeder dieser Ausbauschritte wird je nach Kompetenz dem Gemeinderat oder der Gemeindeversammlung vorgelegt. Gesamthaft wird dieses Projekt über die Spezialfinanzierung Wasser/Abwasser finanziert und wie vom Gemeinde-präsidenten bereits erwähnt, werden die Wassergebühren leicht steigen, im Vergleich zur restlichen Schweiz aber trotzdem tief bleiben.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK unterstützt den Generellen Wasserplan im vorgesehenen Zeitraum. Sie weist darauf hin, dass die Investitionen bereits eingestellt sind und die einzelnen Projektkredite dem Stimmbürger zur gegebenen Zeit vorgelegt werden.

Abstimmung

Dem Generellen Wasserplan GWP der Gemeinde Glarus Süd ohne Wortmeldung zugestimmt.

7. Wasserverbindungsleitung Schwanden - Mitlödi - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio.

Archiv-Nummer
39.04.01

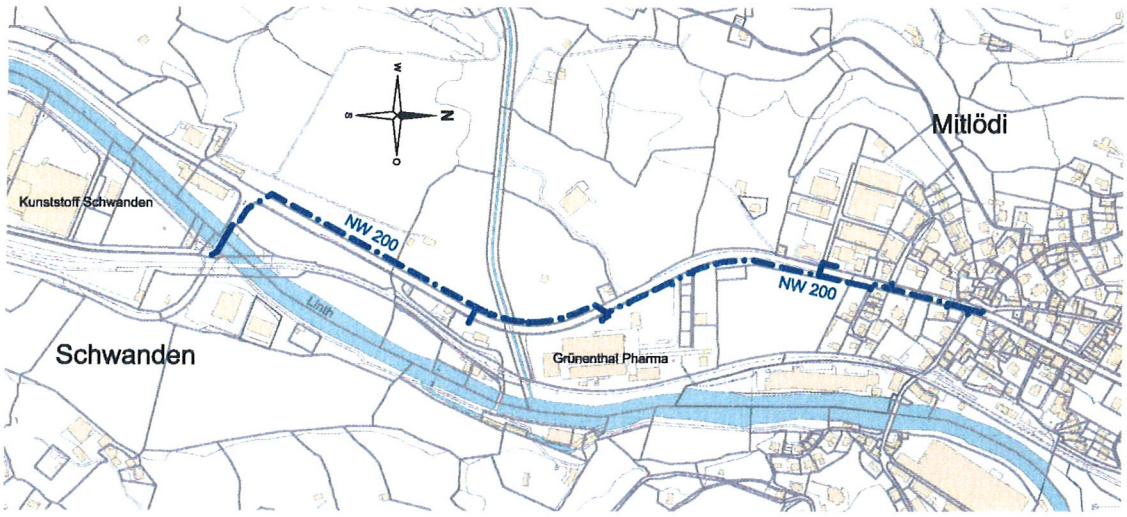
7.1 Ausgangslage

Das Trinkwasser der Gemeinde Mitlödi stammt zum grossen Teil (ca. 67%) von den Sienenquellen im Bereich Leimplanggen gegenüber dem Guppen-Mittelstafel. Das Wasser wird in Brunnenstuben gefasst und über eine Transportleitung von den Sienenquellen über insgesamt fünf Druckbrecherschächte ins Reservoir „Wolfers" unterhalb der Villa Dexter Ball geleitet. Das restliche Trinkwasser (ca. 33%) wird vom Grundwasserpumpwerk „Unterer Boden" in Mitlödi gefördert.

Das generelle Wasserversorgungsprojekt (GWP) sieht für die Region Schwanden vor, dass das Wasser der Sienenquellen künftig primär die Wasserversorgung Schwändi bedient und lediglich das Überwasser soll zur Wasserversorgung Mitlödi weitergeleitet werden. Die Menge des Überwassers reicht jedoch für die Normalversorgung nicht aus, die Fehlmenge soll neu via Verbindungsleitung aus der Wasserversorgung Schwanden oder aus dem Pumpwerk „Unterer Boden" bezogen werden. Mit der neuen Wasserverbindungsleitung Schwanden – Mitlödi wird es möglich, bei Bedarf das Pumpwerk „Unterer Boden" für die ganze Region einzusetzen.

7.2 Ausführung

Die neue Wasserverbindungsleitung von Schwanden nach Mitlödi wird im Tschachen in Schwanden (Nähe SBB-Unterführung) an das bestehende Leitungsnetz angeschlossen und führt über die Linthbrücke entlang der Kantonsstrasse unter der Guppenrunse hindurch bis zur Kreuzgasse in Mitlödi, wo sie mit dem bestehenden Netz verbunden wird. In Mitlödi wird ein kurzer Abschnitt der Leitung in die Kantonsstrasse verlegt. Die Unterquerung der Guppenrunse erfolgt mittels Spülbohrung. Die Ausführung erfolgt in duktilen Gussrohren mit einem Innendurchmesser von 200 mm und einer Länge von 1.3 km.



--- --- Linienführung Verbindungsleitung Schwanden - Mitlödi

7.3 Kosten / Finanzierung

Arbeit	KV in SFr.
Projekt und Bauleitung, Einmasse	80'000.-
Baumeister / Strassenbauarbeiten	770'000.-
Brückenmontagen	50'000.-
Bohrung	45'000.-
Sanitärarbeiten	330'000.-
Abgabeschacht	100'000.-
Rissprotokolle, Zustandsaufnahmen, Versicherung, allf. Entschädigungen	60'000.-
Unvorhergesehenes, interner Personalaufwand	65'000.-
Gesamtkosten inkl. MWST (Kostenschätzung (+-10%)	**1'500'000.-**

Die Beiträge der glarnerSach betragen 50% an die Kosten der Hydranten und 15% an die Kosten der Hydrantenleitungen ohne Grabarbeiten.

Die Etappierung der Bauausführung und Kosten sieht folgendermassen aus:

- 2016 Fr. 650'000.-
- 2017 Fr. 850'000.-

Die gesamten Kosten der neuen Verbindungsleitung Schwanden – Mitlödi werden der Spezialfinanzierung Wasserversorgung belastet.

Details der Linienführung und Kostenschätzung können beim Bauamt Glarus Süd, Bahnhofstrasse 7, 8762 Schwanden, auf Voranmeldung hin eingesehen werden

7.4 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

7.4.1 Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio. (inkl. MWST) für den Bau einer neuen Wasserverbindungsleitung Schwanden - Mitlödi

7.4.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident — Der Gemeindeschreiber

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Mathias Vögeli — André Pichon

7. Wasserverbindungsleitung Schwanden - Mitlödi - Antrag auf Genehmigung eines Bruttokredites von Fr. 1.5 Mio.

Archiv-Nummer
39.04.01

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli

Das Trinkwasser der Gemeinde Mitlödi stammt zum grossen Teil (ca. 67%) von den Sienenquellen im Bereich Leimplanggen gegenüber dem Guppen-Mittelstafel. Das Wasser wird in Brunnenstuben gefasst und über eine Transportleitung von den Sienenquellen über insgesamt fünf Druckbrecherschächte ins Reservoir „Wolfers" unterhalb der Villa Dexter Ball geleitet. Das restliche Trinkwasser (ca. 33%) wird vom Grundwasserpumpwerk „Unterer Boden" in Mitlödi gefördert.
Das generelle Wasserversorgungsprojekt (GWP) sieht für die Region Schwanden vor, dass das Wasser der Sienenquellen künftig primär Schwändi mit Wasser versorgen soll und lediglich das Überwasser soll zur Wasserversorgung Mitlödi weitergeleitet werden. Die Menge des Überwassers reicht jedoch für die Normalversorgung von Mitlödi nicht aus, die Fehlmenge soll neu via Verbindungsleitung aus der Wasserversorgung Schwanden oder aus dem Pumpwerk „Unterer Boden" bezogen werden. Mit der neuen Wasserverbindungsleitung Schwanden – Mitlödi wird es möglich, bei Bedarf das Pumpwerk „Unterer Boden" für die ganze Region einzusetzen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die GPK befürwortet den Antrag des Gemeinderates. Die neue Wasserverbindungsleitung Schwanden – Mitlödi ist die konsequente Weiterführung der Verbundsleitung und trägt zur Versorgungssicherheit bei.

Abstimmung

Dem Neubau der Wasserverbindungsleitung Schwanden – Mitlödi mit einem Bruttokredit von Fr. 1.5 Mio. wird ohne Wortmeldung zugestimmt.

8. Reglement Schutzmassnahmen an Wasserläufen - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer
19.01

8.1 Ausgangslage

Die Bäche- und Runsenkorporationen wurden im Zuge der Gemeindestrukturreform relativ früh thematisiert und auf kantonaler Ebene im Rahmen der Projektgruppe B8 sowie auf kommunaler Ebene durch die Projektgruppe D8, bearbeitet. Die kommunale Projektgruppe erhob insgesamt rund 150 Körperschaften. Diese wurden in drei Kategorien eingeteilt, wovon die Bäche- und Runsenkorporationen eine Kategorie bilden. Die Sachlage erwies sich bei den Bäche- und Runsenkorporationen in verschiedener Hinsicht als ausserordentlich komplex. Während im hinteren Grosstal und im Sernftal zahlreiche Korporationen funktionieren, sind insbesondere im Raum Leuggelbach bis Mitlödi Korporationen zum Teil „eingeschlafen" oder die Anlagetreffnisse wurden durch die damaligen Gemeinden übernommen. Bei Übernahme der Anlagetreffnisse wurden die betroffenen Korporationsmitglieder von ihren finanziellen Verpflichtungen entlastet. Als Beispiel sei hier die Guppenrunsekorporation erwähnt. Die Gemeindeversammlung von Schwanden hatte die Übernahme der Anlagetreffnisse im Jahr 2007 gutgeheissen. Die Versammlungen von Mitlödi und Schwändi hatten denselben Beschluss bereits 1994 respektive 1995 gefällt. Daraus ergibt sich eine Ungleichbehandlung von Eigentümern hochwassergefährdeter Grundstücke innerhalb der gleichen Gemeinde, die sich im Zuge der Gemeindestrukturreform noch akzentuiert hat.

Im Jahr 2010 übernahm der Gemeinderat das Geschäft von der kommunalen Projektgruppe. Er war von Anfang an bestrebt, eine Lösung zu finden, welche die Gemeindefinanzen möglichst wenig belastet, jedoch die bestehenden Rechtsungleichheiten beseitigt. Deshalb prüfte der Gemeinderat Möglichkeiten, wo nötig Hochwasserschutzmassnahmen von der Gemeinde erfüllen und von den Grundeigentümern mitfinanzieren zu lassen. Die Frage, ob dies die damals geltenden Bestimmungen im Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (EG ZGB) zulassen, wurde von den kantonalen Stellen uneinheitlich beantwortet. Aus diesem Grund unterbreitete der Gemeinderat der Gemeindeversammlung den Antrag, einen Memorialsantrag einzureichen, mit welchem die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden sollten.

An der Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 befürworteten die Stimmberechtigten im Grundsatz die Einführung eines Veranlagungsverfahrens für die Bäche- und Runsen. Dieses Verfahren soll bei denjenigen Gewässern zur Anwendung gelangen, bei welchen nicht Private oder eine Korporation die Aufgaben der Wuhrpflicht und der Offenhaltung der Wasserläufe, wie sie in Art. 189 ff. EG ZGB verankert sind, übernehmen. In der Diskussion wurde das Anliegen vorgebracht, ein möglichst einfaches Verfahren anzuwenden, welches durch eine stärkere Vereinheitlichung der Grundeigentümerbeiträge erreicht und mit dem Begriff «Veranlagungsverfahren» statt «Perimeterverfahren» zum Ausdruck gebracht werden sollte. Der Gemeinderat stand diesem Anliegen positiv gegenüber, wobei festgehalten wurde, dass die Beschränkung auf eine einzige Gefahrenklasse angesichts der damit verbundenen rechtlichen Fragen nicht versprochen werden könne. Die Stimmberechtigten beauftragten den Gemeinderat, einen Memorialsantrag zur Ergänzung des EG ZGB einzureichen, aufgrund dessen auf

kantonaler Ebene die Voraussetzungen für die Einführung eines Veranlagungsverfahrens geschaffen würden.

Die Landsgemeinde 2014 erliess den vom Landrat als Gegenvorschlag zum Memorialsantrag der Gemeinde Glarus Süd unterbreiteten neuen Artikel 200 Abs. 3 EG ZGB. Er verpflichtet die Gemeinden zu einer angemessenen Beteiligung der Grundeigentümer an den Kosten der von ihr wahrgenommenen Hochwasserschutzaufgaben. Im Unterschied zur Regelung in Artikel 200 Abs. 2 EG ZGB, der die Beitragspflicht gegenüber Korporationen definiert, wurde das Gefährdungsmass als Bemessungskriterium für die Beitragspflicht bewusst weggelassen. In der Folge gab der Gemeinderat rechtliche Gutachten in Auftrag, die sich insbesondere mit der Frage befassten, welche Bedeutung bei der Beitragserhebung durch die Gemeinde der Gefährdung einer Liegenschaft beigemessen werden muss. Aufgrund dieser Gutachten stellte sich heraus, dass es eine Veranlagung pro Gewässer bzw. in Einzelfällen pro Gewässerabschnitt braucht und es mit geltendem Recht nicht vereinbar wäre, einen einzigen Perimeter über das ganze Gemeindegebiet oder Teile desselben zu legen.

8.2 Rechtliche Vorgaben

8.2.1 Hochwasserschutz nach Bundes- und kantonalem Recht

Gemäss dem Bundesgesetz über den Wasserbau haben die Kantone den Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten vor schädlichen Auswirkungen des Wassers zu gewährleisten. Es bestimmt Vorgaben für Schutzmassnahmen. Der Bund leistet den Kantonen Abgeltungen für Massnahmen des Hochwasserschutzes in Form von Globalbeiträgen gestützt auf Programmvereinbarungen und bei grösseren Vorhaben in Form von Einzelbeiträgen.

Das kantonale Waldgesetz erklärt den Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten als Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Es behält aber die Bestimmungen des EG ZGB über die Wuhrpflicht und Offenhaltung der Wasserläufe ausdrücklich vor. Diese nehmen schwergewichtig die an den Schutzmassnahmen interessierten Grundeigentümer in die Pflicht: Artikel 189 EG ZGB auferlegt die Wuhrpflicht und den Schutz der Ufer an Flüssen, Bächen und Runsen grundsätzlich zunächst dem Grundeigentum an Liegenschaften und Bauwerken, welche unmittelbar an jene Gewässer anstossen. In zweiter Linie werden Eigentümer derjenigen Liegenschaften herangezogen, welche durch Schutzbauten vor Beschädigungen bewahrt werden. Gemäss Art. 196 Abs. 1 EG ZGB obliegt die Reinigung der Fluss-, Bach- und Runsbetten von Material, das den Abfluss des Wassers hemmt, den Anstössern sowie den Eigentümern der durch Überschwemmungen bedrohten Liegenschaften und Bauwerke. Zur Reinigung oder zur Leistung eines verhältnismässigen Kostenbeitrages sind auch die Eigentümer von Wasserwerken verpflichtet, deren Einrichtungen die Ursache der Materialablagerung im Flussbett bilden (Abs. 2). Nach Art. 197 und 198 EG ZGB sind die Gemeinden beim Schutz vor Flinsen, Erdrutschungen, Runsen, Wild- und Waldbächen, von welchen eine allgemeine Bedrohung ausgeht, unabhängig von Grundeigentum, in die Pflicht genommen. Zudem obliegt diese Pflicht den Eigentümern derjenigen Liegenschaften und Bauwerke, welche davon direkt begrenzt oder indirekt gefährdet sind. Artikel 200 EG ZGB schreibt vor, dass sich die Schutzpflichtigen wo nötig oder wünschbar zu Korporationen zusammenschliessen. Er enthält zudem die erwähnte Ergänzung durch die Landsgemeinde 2014 betreffend Grundeigentümerbeiträge an Hochwasserschutzmassnahmen der Gemeinde.

8.2.2. Artikel 200 EG ZGB

Artikel 200 EG ZGB lautet wie folgt:
[1] Wenn die nach den Artikeln 189, 196 und 197 erforderlichen Wuhrungen, Verbauungen und Ausräumungen der Wasserläufe nicht ohne weiteres von den Verpflichteten oder von den Gemeinden ausgeführt werden und wenn das öffentliche Interesse es erheischt, oder wo es der Natur der Sache nach wünschbar erscheint, haben alle Verpflichteten eine Korporation zu bilden.

[2] Die Beteiligungspflicht richtet sich nach der Grösse und nach dem Werte der Liegenschaften und Bauwerke sowie nach der ihnen voraussichtlich drohenden Gefahr, wobei ähnliche, bereits auf einzelnen Grundstücken haftende Lasten oder Dienstbarkeiten angemessen zu berücksichtigen sind.

[3] Veranlassen die Gemeinden das Erforderliche, so ziehen sie die dadurch entlasteten Grundeigentümer in angemessenem Umfang zur Kostentragung heran. Die Bemessung der Grundeigentümerbeiträge richtet sich nach der Grösse und dem Wert der Liegenschaften und Bauwerke, wobei ähnliche bereits auf einzelnen Grundstücken haftende Lasten und Dienstbarkeiten angemessen zu berücksichtigen sind. Diese dürfen nur für die Verhinderung oder Bewältigung von Schadenereignissen durch Gewässer verwendet werden.

8.2.3 Rechtsnatur der Abgabe gemäss Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB

Die öffentlichen Abgaben werden grundsätzlich in Steuern und Kausalabgaben aufgeteilt. Steuern dienen der Deckung des staatlichen Finanzbedarfs und sind in dem Sinne voraussetzungslos geschuldet, dass ihnen keine bestimmte öffentliche Leistung gegenübersteht. Sie unterliegen den Grundsätzen der Allgemeinheit und Gleichmässigkeit der Besteuerung und der Bemessung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen. Demgegenüber werden Kausalabgaben, wie Gebühren oder Beiträge, als Entgelt für eine bestimmte staatliche Leistung oder einen staatlich gewährten besonderen Vorteil erhoben. Die Höhe bemisst sich grundsätzlich nach den Kosten des Gemeinwesens und dem individuellen Wert der Leistung oder des Vorteils.

Wie bereits erläutert wurde, zielte die Ergänzung des Artikels 200 EG ZGB darauf ab, die Rechtsgrundlage zur finanziellen Beteiligung der Grundeigentümer zu schaffen, die durch Massnahmen der Gemeinde von ihrer Pflicht zur Wuhrung und Offenhaltung der Wasserläufe gemäss dem EG ZGB entlastet werden. Es geht somit darum, einen wirtschaftlichen Vorteil abzugelten. Das ist das Merkmal des Abgabetyps, der als Beitrag oder Vorzugslast bezeichnet wird. Schon in den Erläuterungen im Bulletin für die Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 wurde dargelegt, dass es sich bei der im geplanten Memorialsantrag vorgesehenen Abgabe um eine Vorzugslast handle, weil es um die Entgeltung eines wirtschaftlichen Sondervorteils gehe. Die Abgabe entspricht im Übrigen von der Art her der finanziellen Beteiligung der Grundeigentümer, wie sie Artikel 200 Absatz 2 EG ZGB für die Mitglieder von Korporationen vorsieht.

8.2.4 Anforderungen an die Erhebung von Beiträgen

Die Erhebung eines Beitrags setzt voraus, dass dem einzelnen Abgabepflichtigen aus einer öffentlichen Einrichtung ein ihm konkret zurechenbarer wirtschaftlicher Vorteil erwächst. Dieser besteht gemäss Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB darin, dass Grundeigentümer durch das Aktivwerden der Gemeinde von der gesetzlichen Pflicht zur

Wuhrung und Offenhaltung der Wasserläufe entlastet werden. Die gesetzliche Pflicht ergibt sich aus einer Gefährdung der betreffenden Grundstücke. Der Einbezug in die Beitragspflicht setzt mithin eine Gefährdung voraus. Denn sie ist es, die nach den Bestimmungen des EG ZGB eine Verpflichtung zu Schutzmassnahmen begründet (siehe die Formulierungen in den Artikeln 189 Abs. 1 u. 2, 196 Abs. 1 und 198 Bst. b EG ZGB). Bei einem voraussetzungslosen Einbezug aller Grundeigentümer der Gemeinde in die Abgabepflicht läge kein Beitrag, sondern eine Zwecksteuer (so genannte Kostenanlastungssteuer) vor. Für die Erhebung einer solchen fehlt es aber schon an einer Grundlage im kantonalen Recht.

Beiträge unterstehen dem Kostendeckungsprinzip. Es verlangt, dass der Gesamtertrag der Beiträge, die den Sondervorteil ermöglichenden, Aufwendungen des Gemeinwesens nicht oder nur geringfügig übersteigt. Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB bringt dies mit der Vorgabe zum Ausdruck, dass die Beiträge nur zur Vermeidung oder Bewältigung von Schadenereignissen durch Gewässer verwendet werden dürfen. Massstab für die Beitragserhebung müssen die jeweiligen Kosten für eine bestimmte Vorkehrung der Gemeinde an einem bestimmten Gewässer oder Gewässerabschnitt sein, durch welche die beitragsverpflichteten Grundeigentümer von einer sie betreffenden Schutzverpflichtung entlastet werden.

Im Weiteren gilt für Beiträge das Äquivalenzprinzip. Es verlangt, dass sich der individuelle Beitrag des Abgabepflichtigen nach dem wirtschaftlichen Sondervorteil bemisst, den er aus der staatlichen Aktivität zieht. Da sich der Wert des Sondervorteils nur schwer oder gar nicht für jedes einzelne Grundstück bestimmen lässt, darf auf schematische, den Durchschnittserfahrungen entsprechende Massstäbe abgestellt werden. Diese müssen jedoch den Anforderungen des verfassungsmässigen Rechtsgleichheitsgebotes genügen. Der zur Anwendung gelangende Massstab muss sich auf ernsthafte, sachliche Gründe stützen. Er darf keine Unterscheidungen treffen, für die ein vernünftiger Grund in den zu regelnden tatsächlichen Verhältnissen nicht ersichtlich ist. Umgekehrt ist es auch nicht mit dem Rechtsgleichheitsgebot vereinbar, Unterscheidungen zu unterlassen, die sich auf Grund der Verhältnisse aufdrängen. Unter diesem Gesichtspunkt wird zu prüfen sein, ob es bei allen von der Gemeinde zu treffenden Schutzmassnahmen zulässig ist, im Sinne der Vereinfachung auf eine Differenzierung bezüglich des Gefährdungsgrades der zu schützenden Grundstücke zu verzichten. Je unterschiedlicher sich das Gefährdungspotenzial innerhalb des Kreises der in die Beitragspflicht für eine bestimmte Schutzmassnahme einzubeziehenden Grundstücke präsentiert, desto eher ist eine entsprechende Differenzierung bei der Bemessung der Beiträge angezeigt. Wo die Umstände im Lichte der Rechtsgleichheit eine Berücksichtigung des Gefährdungsgrades verlangen, muss diese erfolgen, obwohl der kantonale Gesetzgeber das den Gemeinden bewusst nicht vorgeschrieben hat. Verfassungsrechtliche Vorgaben, zu denen das Rechtsgleichheitsgebot gehört, gehen gesetzlichen Regelungen vor.

8.2.5 „Angemessene" Heranziehung der Grundeigentümer

Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB sieht vor, dass die Gemeinden, wenn sie nach diesem Gesetz vorgesehene Schutzvorkehrungen treffen, die dadurch entlasteten Grundeigentümer „in angemessenem Umfang" zur Kostentragung beiziehen. Anders als bei Korporationen muss die Restfinanzierung der Schutzmassnahmen nicht ausschliesslich durch die Grundeigentümerbeiträge erfolgen, sondern können dafür auch Steuermittel der Gemeinde eingesetzt werden. Allerdings verhält die kantonale Regelung die Gemeinden

ausdrücklich dazu, die Grundeigentümer an den Kosten zu beteiligen. Den Erläuterungen im Memorial zur Landsgemeinde 2014 ist zu entnehmen, dass man eine vorläufige Regelung bis zum künftigen Erlass des geplanten Wassergesetzes schaffen wollte, welche dem heutigen Recht mit der Beitragspflicht gegenüber den Korporationen möglichst nahe kommt und dass eine Zusatzbelastung der Gemeinden in unbekannter Höhe vermieden werden sollte. Die Bestimmung des Umfangs, in welchem die von den Schutzpflichten entlasteten Grundeigentümer zur Finanzierung herangezogen werden, bleibt Sache der Gemeinden. Dabei sind sie an die verfassungsmässigen Grundsätze, namentlich das Rechtsgleichheitsgebot, gebunden. Dies bringt Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB mit der zitierten Vorgabe zum Ausdruck, dass die Heranziehung der Grundeigentümer „in angemessenem Umfang" erfolgen muss.

8.3 Reglement über Schutzmassnahmen an Wasserläufen

In Anbetracht dieser Ausgangslage erarbeitete der Gemeinderat ein Reglement, welches die konkrete Ausgestaltung des Veranlagungsverfahrens definiert und von der Gemeindeversammlung zu beschliessen ist. Das Veranlagungsverfahren der Gemeinde gelangt gemäss Artikel 2 des Reglements nur dann zur Anwendung, wenn Obliegenheiten zur Wuhrung und Offenhaltung von Wasserläufen weder von den Verpflichteten selber noch von hierzu errichteten Korporationen erfüllt werden.

Das vorliegende Reglement ist nicht als abschliessende Lösung zu verstehen, sondern als Instrument, um punktuell die dringenden Probleme anzugehen und diese einheitlich zu behandeln. Wo die Gemeinde anstelle der Privaten bzw. der Korporationen die erforderlichen Massnahmen zum Schutz vor Gewässern trifft, zieht sie die Grundeigentümer zur Kostentragung heran. Diese Lösung orientiert sich am schon mehr als 100 Jahre geltenden Korporationsmodell, entspricht doch die Abgabe an die Gemeinde von der Art her der finanziellen Beteiligung der Grundeigentümer, wie sie in Artikel 200 Abs. 2 EG ZGB für die Mitglieder von Korporationen vorgesehen ist. Deshalb dürfte es für den Eigentümer einer Liegenschaft im Gefahrenperimeter eines Gewässers aus finanzieller Sicht in der Regel zweitrangig sein, ob er von einer Korporation oder der Gemeinde veranlagt wird. Die Grundlagen der Veranlagung sind vergleichbar. Hingegen sind die Möglichkeiten zur Mitbestimmung für die in einer Korporation Veranlagten wesentlich grösser, für Einheimische wegen des höheren Gewichts ihrer Stimme, für Auswärtige wegen des ihnen überhaupt nur in der Korporation zustehenden Stimmrechts.

8.4 Bezug zur künftigen Wasserrechtsgesetzgebung

Seit geraumer Zeit ist die Ausarbeitung eines Wassergesetzes in Gange. Schon 2007 wurde ein erster Entwurf dazu in die Vernehmlassung geschickt. Seither sind die Arbeiten jedoch ins Stocken geraten, da der erste Entwurf kritisch aufgenommen wurde. Wie im Memorial zur Landsgemeinde 2014 auf Seite 7 vermerkt ist, wird die künftige kantonale Gesetzgebung rund um die Wassernutzung und den Wasserbau („kantonales Wasserrecht") wohl nicht nur die Wasserrechte (Art. 166 ff. EG ZGB), sondern auch die Wuhrpflicht und die Offenhaltung der Wasserläufe (Art. 189 ff. EG ZGB) regeln und damit die Bestimmungen im EG ZGB ablösen. Im heutigen Zeitpunkt ist jedoch noch nicht absehbar, wann dieses Gesetz vorliegen wird und welche Änderungen damit einhergehen werden. Zwar ist das Gesetz in der Legislaturplanung des Regierungsrates enthalten und soll gemäss dieser bis spätestens 2018 der Landsgemeinde vorgelegt werden. Es ist jedoch insbesondere aufgrund der Fragen zu den Wasserrechten unsicher, ob der Kanton dieses Ziel einhalten kann. Es ist deshalb nicht angezeigt, die bestehenden

Rechtsungleichheiten aufrecht zu erhalten und mit einer Lösung zuzuwarten, bis das kantonale Wassergesetz zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Darauf weist auch das Memorial zur Landsgemeinde ausdrücklich hin. Dabei wird festgehalten, dass mit dem vorliegenden Vorgehen kein Systemwechsel verbunden ist, weshalb dadurch die Ausgangslage für den Übergang zu einer künftigen kantonalen Lösung durch das Wassergesetz nicht wesentlich verändert wird.

8.5 Restkostenfinanzierung

Während die Mitglieder von Korporationen zwangsläufig für die vollen Kosten herangezogen werden, die der Körperschaft nach Abzug von allfälligen Bundes- und Kantonsbeiträgen sowie Drittleistungen verbleiben, fallen bei den Gemeindeaufgaben als Finanzierungsquelle auch die Steuermittel in Betracht. Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB hält fest, dass die von einer Schutzmassnahme der Gemeinde entlasteten Grundeigentümer „in angemessenem Umfang" zur Kostentragung herangezogen werden. Bei der Handhabung dieser Vorgabe besteht ein erheblicher politischer Spielraum. Den rechtlichen Rahmen bilden die allgemeinen verfassungsmässigen Grundsätze, namentlich das Rechtsgleichheitsgebot. Gemäss der vorgesehenen Regelung werden die Grundeigentümer im Regel-fall zu den gesamten Kosten herangezogen, die nach Abzug von Bundes- und Kantons-beiträgen und allfälligen Beiträgen Dritter verbleiben (Art. 11 Abs. 1). Sie werden somit den Mitgliedern von Korporationen finanziell gleichgestellt. So besteht ein Anreiz für Korporationen, ihre Aufgaben weiterzuführen und nicht auf die Gemeinde übergehen zu lassen: Beim Übergang auf die Gemeinde entfällt die Befugnis, im Kreis der Korporations-mitglieder selber über die Aufgabenerfüllung zu entscheiden, während dem die Kosten für den einzelnen Grundeigentümer in der Regel die gleichen bleiben.

Indessen kann es unter bestimmten Umständen angemessen sein, dass sich die Gemeinde an den von ihr gewährleisteten Schutzvorkehrungen finanziell beteiligt. So etwa, wenn durch eine Massnahme Menschen und private Sachwerte in einem grossen Einzugsgebiet geschützt werden oder wenn es um den Schutz von Infrastrukturanlagen wie Strassen, Bahnen oder Versorgungsbetrieben geht, auf die auch eine Vielzahl von Menschen ausserhalb des betreffenden Einzugsgebietes angewiesen sind (Art. 11 Abs. 2 Bst. a). Es sei auf die Artikel 197 und 198 EG ZGB hingewiesen, welche die Gemeinden unabhängig von ihrem Grundeigentum in die Pflicht nehmen, wenn es um den Schutz vor Gewässern geht, „welche allgemeinen Schaden und Nachteil drohen". Auch sind Fälle vorstellbar, in denen die Aufwendungen für die Beitragspflichtigen allein nicht tragbar wären, z.B. wenn kostenintensive Massnahmen im Zusammenhang mit einem Unwetterereignis auf einen kleineren Kreis von Beitragspflichtgen zukommen (Art. 11 Abs. 2 Bst. b).

Anteile der Gemeinde an den Restkosten stellen Ausnahmen zur Regelung gemäss Art. 11 dar, die separat beschlossen werden müssen. Es handelt sich dabei um frei bestimmbare Ausgaben, weshalb sich die Entscheidzuständigkeit grundsätzlich nach den Finanzbefugnissen gemäss der Gemeindeordnung richten würde. Es wird jedoch vorgeschlagen, diese Kompetenz gestützt auf Artikel 39 Absatz 2 des Gemeindegesetzes und Artikel 14 Absatz 3 der Gemeindeordnung an den Gemeinderat zu delegieren. So erfolgt die Entscheidfindung unabhängig von den jeweiligen Gegebenheiten einer Gemeindeversammlung, und die ausschliessliche Zuständigkeit ermöglicht es dem Gemeinderat, eine einheitliche Praxis zu entwickeln.

Der Gemeinderat sieht nach intensiver Prüfung und Diskussion davon ab, einen generellen und in jedem Fall geltenden Anteil an den Restkosten zu beantragen. Ein solcher Anteil für die Übergangsfrist zum neuen Wassergesetz macht aus Sicht des Gemeinderates wenig Sinn, wird doch wiederum eine neue Ungleichheit zur heutigen Korporationslösung geschaffen. Zudem lassen sich die finanziellen Konsequenzen eines solchen "Sockelbeitrages" nicht abschätzen und nicht zuletzt besteht wie vorstehend geschildert die Möglichkeit, eine im Einzelfall angemessene Lösung zu finden.

8.6 Aufhebung bisherigen Rechts

Die vorstehend geschilderten Beschlüsse der ehemaligen Gemeinden Schwändi, Mitlödi und Schwanden widersprechen kantonalem Recht, indem sie die Grundeigentümer – trotz vorhandener Korporation - von ihrer Mitfinanzierungspflicht entlasten. Mit Art. 23 des Reglementes sind entsprechend diese Beschlüsse aufzuheben.

Es stellt sich die Frage, ob die Beschlüsse nicht ohnehin mit den heute geltenden Bestimmungen in Art. 200 EG ZGB kantonalem Recht widersprechen und damit auch ohne Beschluss dahingefallen wären. Dennoch wird beantragt, dies explizit im Reglement zu verankern, um die Absicht zur Aufhebung der Beschlüsse klar zum Ausdruck zu bringen. Dieser Artikel kommt entsprechend ohnehin zur Anwendung, selbst wenn kein konkreter Anwendungsfall für das Reglement vorliegen würde, da weiterhin sämtliche Aufgaben von den entsprechenden Korporationen wahrgenommen würden.

Konkret bedeutet dies im Falle der Guppenrunsekorporation, dass Anlagetreffnisse wieder von den Veranlagten bezahlt werden müssen, sofern die Korporation weiter existiert. Sofern sich die Korporation auflöst, kommt das zu genehmigende Reglement zur Anwendung. Im heutigen Zeitpunkt zeigen die Abklärungen des Gemeinderates, dass mit einer Weiterführung der Guppenrunsekorporation gerechnet werden kann.

8.7 Schlussbetrachtung

Das vorliegende Reglement ermöglicht es, bis zum Erlass eines kantonalen Wassergesetzes die heute bestehenden Rechtsungleichheiten im Sinne des kantonalen Rechts zu beseitigen. Es kann und muss damit als Übergangslösung gesehen werden.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass diese Übergangslösung langfristig ungeeignet ist und die zentrale Frage, ob das Korporationsmodell weiterhin sinnvoll ist, nicht beantwortet wird. Diese Frage kann allerdings nur vom kantonalen Gesetzgeber beantwortet werden. Entsprechend bildet das Reglement eine Art Auffangnetz, wenn eine Korporation, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr funktionsfähig ist.

Es ist davon auszugehen, dass wenige Korporationen von diesem Auffangnetz Gebrauch machen. Die Korporationsmitglieder würden damit die zentrale Möglichkeit der direkten Mitbestimmung aufgeben. Entsprechend ist es durchaus möglich, dass kein einziger oder nur wenige Anwendungsfälle unter das neue Reglement fallen.

Dennoch ist es wichtig, das Reglement zu erlassen: Denn alleine durch die Tatsache, dass dieses Reglement die Beschlüsse in Sachen Guppenrunsekorporation (und anderen) aufhebt, wird die Rechtsungleichheit beseitigt und ein Einbezug aller Betroffenen wieder ermöglicht. Die Korporationen wissen zudem, zu welchen Bedingungen die Gemeinde ihre Aufgaben übernehmen würde. Das Reglement schafft damit Rechtssicherheit im

Sinne des kantonalen Rechts und leistet einen Beitrag, das gute Funktionieren der Korporationen bis zum Erlass des kantonalen Wassergesetzes aufrecht zu erhalten.

Zuletzt muss gesagt werden, dass der baldige Erlass des Wassergesetzes oder – falls notwendig – eines separaten Wasserbaugesetzes dringend ist. Eine moderne, zukunftsfähige und faire Lösung und Verteilung der genannten Lasten kann erst dann angegangen und beschlossen werden. Entsprechend ist zu hoffen, dass der Kanton diesen Fragen ebenfalls hohe Priorität zumisst.

Reglement über Schutzmassnahmen an Wasserläufen
(Erlassen von der Gemeindeversammlung am .....)

1. Allgemeines

Art. 1 Gegenstand

[1] Dieses Reglement hat die Wahrnehmung der im Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch verankerten Pflichten zur Wuhrung und Offenhaltung der Wasserläufe (Abschnitt 2.5.8. EG ZGB) durch die Gemeinde zum Gegenstand.

[2] Es ordnet namentlich die betreffenden Entscheidungsabläufe und bestimmt die Pflichten der Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen gegenüber der Gemeinde, insbesondere deren finanzielle Beteiligung an den Kosten gemäss Artikel 200 Absatz 3 EG ZGB.

Art. 2 Wahrnehmung von Pflichten durch die Gemeinde

[1] Die Pflichten zur Wuhrung und Offenhaltung der Wasserläufe werden von der Gemeinde wahrgenommen, wenn sie weder von den Verpflichteten selber erfüllt werden noch eine hierzu errichtete Korporation im Sinne von Artikel 200 Absatz 1 EG ZGB (im Folgenden „Korporation") besteht.

[2] Vorbehalten bleiben der Übergang von Korporationsaufgaben auf die Gemeinde sowie die Vornahme dringlicher Massnahmen im Zuständigkeitsbereich einer Korporation gemäss diesem Reglement.

2. Aufgaben der Gemeinde

Art. 3 Wasserbauprojekte

[1] Wasserbauprojekte im Sinne dieses Reglements sind bauliche Massnahmen an Wasserläufen zum Hochwasserschutz, die von der Art her unter die Beitragsberechtigung gemäss der Bundesgesetzgebung über den Wasserbau fallen, namentlich die Erstellung, die Instandstellung und der Ersatz von Schutzbauten und -anlagen.

[2] Die Beschlussfassung über die einzelnen Wasserbauprojekte der Gemeinde obliegt nach Massgabe der Finanzbefugnisse gemäss der Gemeindeordnung den Stimmberechtigten oder dem Gemeinderat. Massgebend sind die Bruttokosten.

Art. 4 Unterhalt der Gewässer und Wasserbauwerke; Sofortmassnahmen

[1] Zum Unterhalt der Gewässer und Wasserbauwerke im Sinne dieses Reglements gehören die Hochwasserschutzmassnahmen bei Wasserläufen, die von der Art her nicht unter die Beitragsberechtigung gemäss der Bundesgesetzgebung über den Wasserbau

fallen, wie die laufende Offenhaltung der Fliessgewässer sowie die Wartung und die laufende Behebung oder Ausbesserung von Mängeln und Schäden an Schutzbauten und -anlagen.

[2] Der Gemeinderat beschliesst über die Mittel für den Unterhalt der Gewässer und Wasserbauwerke.

[3] Die Zuständigkeit gemäss Absatz 2 gilt zudem für Massnahmen während und nach Unwetterereignissen zur sofortigen Verhinderung von Schäden und von absehbaren Folgeschäden.

3. Pflichten der Grundeigentümerschaft

Art. 5 Meldepflicht

[1] Die Eigentümer und Eigentümerinnen von Grundstücken, die an Wasserläufe anstossen, sind zur Meldung von dortigen neuen Gefahrenherden, Schäden an den Gewässern oder Abflusshemmnissen verpflichtet.

[2] Meldungen an die Gemeinde, welche den Zuständigkeitsbereich einer Korporation betreffen, werden unverzüglich an diese weitergeleitet.

Art. 6 Duldungspflicht; dauerhafte Nutzung von Boden

[1] Die Eigentümer und Eigentümerinnen von Grundstücken haben das kurzzeitige Betreten, Befahren oder sonstige Benutzen ihres Bodens durch Dritte zu dulden, soweit es um die Wahrnehmung der Gemeindeaufgaben gemäss diesem Reglement geht.

[2] Die Organe oder Beauftragten der Gemeinde haben über voraussehbare Inanspruchnahmen rechtzeitig zu informieren und so schonend wie möglich vorzugehen. Allfälliger Schaden von erheblichem Ausmass wird angemessen abgegolten. Im Streitfall entscheidet der Gemeinderat.

[3] Bedarf es zur Wahrnehmung einer Gemeindeaufgabe der zeitweiligen oder dauerhaften Nutzung von privatem Boden, so schliesst die Gemeinde mit den Betroffenen wenn möglich eine entsprechende Vereinbarungen ab.

[4] Im Übrigen gelten die einschlägigen kantonalen Bestimmungen.

Art. 7 Beitragspflicht

Die Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen werden nach Massgabe der Bestimmungen unter Abschnitt 4 zu Beitragszahlungen an Schutzmassnahmen der Gemeinde herangezogen.

4. Finanzierung der Gemeindeaufgaben

4.1. Kosten und Kostenverteilung

Art. 8 Finanzierungsquellen

Die Schutzmassnahmen der Gemeinde an Wasserläufen werden finanziert durch:

a. soweit erhältlich Beiträge des Bundes und des Kantons;

b. allfällige Leistungen Dritter;

c. einen allfälligen Anteil an den Restkosten zu Lasten der Gemeinderechnung (Art. 11 Abs. 2);

d. den Gesamtanteil der beitragspflichtigen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen an den Restkosten.

Art. 9 Beitragspflichtige Kosten

[1] Zu den beitragspflichtigen Kosten von Wasserbauprojekten zählen namentlich auch die Aufwendungen für die Planung, den Erwerb der erforderlichen Rechte, die Bauleitung, die Bauzinsen sowie die Erstellung des Beitragsperimeters.

[2] Zu den beitragspflichtigen Kosten des Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalts zählen namentlich auch die Aufwendungen für die von der Gemeindeverwaltung selber ausgeführten Arbeiten.

[3] Absatz 2 gilt sinngemäss auch für Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen.

Art. 10 Kreis der Beitragspflichtigen

[1] Beitragspflichtig sind die Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen, die durch bestimmte Hochwasserschutzmassnahmen an einem Gewässer oder an einem Gewässerabschnitt von einer Pflicht gemäss den Artikeln 189 ff. EG ZGB entlastet werden.

[2] Die Perimeter für Wasserbauprojekte, für den Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalt sowie für Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen stimmen überein, sofern nicht die Verhältnisse unterschiedliche Bereiche verlangen.

Art. 11 Gesamtanteil der Beitragspflichtigen; allfälliger Anteil zulasten der Gemeinderechnung

[1] Der den beitragspflichtigen Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen gesamthaft obliegende Anteil an den Restkosten entspricht grundsätzlich dem ganzen Betrag, der nach Abzug von Bundes- und Kantonsbeiträgen sowie von allfälligen Leistungen Dritter verbleibt.

[2] Der Gemeinderat kann fallweise einen Anteil der Restkosten zu Lasten der Gemeinderechnung beschliessen, namentlich wenn:

a. an einer Massnahme ein besonders hohes Interesse der Allgemeinheit besteht;

b. die Belastung der in die Beitragspflicht einzubeziehenden Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen ohne Gemeindeanteil unzumutbar wäre.

Art. 12 Bemessung der individuellen Beitragspflicht

[1] Der Gesamtanteil der beitragspflichtigen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen wird nach Massgabe der nachfolgenden Absätze aufgeteilt.

[2] Die Bemessung der individuellen Beiträge richtet sich nach der Grösse und dem Wert der Liegenschaften und Bauwerke, wobei ähnliche bereits auf einzelnen Grundstücken haftende Lasten und Dienstbarkeiten angemessen zu berücksichtigen sind (Art. 200 Abs. 3 EG ZGB).

[3] Weitere Kriterien sind zu berücksichtigen, wo dies die konkreten Umstände verlangen, wie:

a. Ausübung oder Verleihung des mit dem Uferanstoss verbundenen Rechts zur Nutzung der Wasserkraft gemäss Artikel 170 EG ZGB;

b. allfällige Nachteile, die einem Grundstück aus einer Massnahme entstehen.

[4] Der Gemeinderat bestimmt die Parameter zur Bewertung der massgebenden Kriterien.

4.2. Verfahren zur Veranlagung der Beitragspflicht; Beitragsbezug

Art. 13 Vororientierung der Beitragspflichtigen

Alle Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen, welche voraussichtlich in die Beitragspflicht für eine Hochwasserschutzmassname der Gemeinde einzubeziehen sind, werden vor Beginn des Veranlagungsverfahrens in geeigneter Weise orientiert.

Art. 14 Mitwirkungspflicht der Beitragspflichtigen

[1] Die beitragspflichtigen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen haben die für eine korrekte Veranlagung erforderlichen Auskünfte zu erteilen und auf Verlangen die zugehörigen Unterlagen einzureichen.

[2] Bei Missachtung der Mitwirkungspflicht kann nach erfolgter Androhung eine Ermessensveranlagung vorgenommen werden; die Artikel 153 Absatz 2 und 155 Absatz 2 des kantonalen Steuergesetzes gelangen sinngemäss zur Anwendung.

Art. 15 Kostenverteiler

[1] Der Gemeinderat erstellt den Kostenverteiler, der die Aufteilung des Gesamtkostenanteils der Grundeigentümerschaft auf die einzelnen Beitragspflichtigen bestimmt.

[2] Im Kostenverteiler werden aufgeführt:

a. der Perimeter der beitragspflichtigen Grundstücke;

b. die Anzahl Anlagen der einzelnen Grundstücke mit den berücksichtigen Kriterien und deren Bewertung (Art. 12 Abs. 2 u. 3);

c. der Hinweis auf das Einspracherecht.

Art. 16 Bekanntmachung

Der Kostenverteiler wird den beitragspflichtigen Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen zugestellt. Mit der Zustellung erfolgt auch die Information über die voraussichtlich anfallenden Kosten von Wasserbauprojekten bzw. die zu erwartenden künftigen Kosten für den Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalt, über die Beiträge von Bund und Kanton und allfällige Leistungen Dritter sowie einen allfälligen Anteil zu Lasten der Gemeinderechnung und über die Rechtsgrundlagen der Beitragserhebung.

Art. 17 Einspracherecht; weiterer Rechtsschutz

[1] Gegen den Kostenverteiler können die Betroffenen innert 30 Tagen seit der Zustellung beim Gemeinderat Einsprache erheben.

[2] Der Rechtsschutz gegen Einspracheentscheide richtet nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.

Art. 18 Beitragsbezug

[1] Nach Abschluss der Bauabrechnung für Wasserbauprojekte stellt die Gemeinde den Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen Rechnung für deren Beitrag gemäss ihrem rechtskräftig bestimmten Kostenanteil; bei längerer Bauzeit kann im Sinne einer Akontozahlung provisorisch Rechnung gestellt werden. Der Gemeinderat kann den Bezug in periodischen Raten beschliessen.

[2] Der Beitragsbezug für den Unterhalt der Gewässer und Wasserbauwerke und für Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen erfolgt periodisch oder bei besonderem Bedarf nach aussergewöhnlichen Aufwendungen.

[3] Wesentliche Abweichungen bei den zu verteilenden Kosten gegenüber der bei Zustellung des Kostenverteilers abgegebenen Information sind kurz zu begründen.

[4] Die Rechnungsstellung kann in Form einer Verfügung erfolgen, die bei der Rechnung stellenden Behörde innert 30 Tagen mit Einsprache anfechtbar ist. Der rechtskräftige Kostenverteiler kann nicht mehr angefochten werden.

Art. 19 Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse

[1] Bei wesentlicher Veränderung der für die Veranlagung eines Grundstückes massgebenden Verhältnisse, wie neue Nutzungsmöglichkeiten oder neue bauliche Nutzung, wird die Veranlagung angepasst. Die Anpassung des Kostenanteils an Wasserbauprojekten erfolgt unter Berücksichtigung der seit Inbetriebnahme des betreffenden Werkes vergangenen Zeit.

[2] Ergibt sich durch Anpassungen gemäss Absatz 1 gegenüber dem Gesamtanteil der Beitragspflichtigen an den Kosten eines Wasserbauprojekts ein Überschuss, so wird dieser für den betreffenden Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalt oder allfällige Sofortmassnahmen bei Unwetterereignissen verwendet.

5. Übergang von Korporationsaufgaben auf die Gemeinde; Nichterfüllung von Korporationsaufgaben

Art. 20 Mitteilung der Korporation an die Gemeinde

Korporationen, welche ihre Aufgabe in Zukunft nicht mehr erfüllen möchten, haben dies der Gemeinde so früh als möglich mitzuteilen.

Art. 21 Vereinbarung

[1] Korporation und Gemeinde streben den Abschluss einer Vereinbarung zum Übergang der bisherigen Korporationsaufgabe an.

[2] Ziel der Vereinbarung ist eine Regelung, durch welche die Korporationsmitglieder gegenüber den übrigen Eigentümern und Eigentümerinnen von hochwassergefährdeten Grundstücken im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde gesamthaft weder besser noch schlechter gestellt werden.

[3] Gegenstand der Vereinbarung sind namentlich:

a. der Zeitpunkt des Übergangs der Aufgabe;

b. die Abtretung von korporationseigenen Schutzbauten und -anlagen sowie Rechten.

[4] Zuständig zum Abschluss der Vereinbarung für die Gemeinde ist der Gemeinderat.

Art. 22 Nichterfüllung von Korporationsaufgaben

[1] Ist eine Korporation nicht mehr in der Lage, ihre Aufgabe ordnungsgemäss zu erfüllen, so trifft der Gemeinderat allfällige zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit dringliche Massnahmen und gelangt an die für die Korporationen zuständige kantonale Aufsichtsbehörde.

[2] Im Falle der Auflösung der Korporation geht die Aufgabe definitiv an die Gemeinde über.

6. Schlussbestimmungen

Art. 23 Aufhebung bisherigen Rechts

Durch dieses Reglement werden alle Bestimmungen aufgehoben, nach denen die Gemeinde Korporationsmitglieder von Beitragspflichten entlastet. Das Übergangsrecht richtet sich nach Artikel 24 Absatz 2.

Art. 24 Inkrafttreten; Übergangsregelung

[1] Dieses Reglement tritt unter Vorbehalt von Absatz 2 mit der Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten in Kraft.

[2] Artikel 23 findet grundsätzlich auf alle Beitragspflichten Anwendung, die sich auf nach dem 31. Dezember 2015 vorgenommene Massnahmen beziehen. Der Gemeinderat kann die Anwendbarkeit fallweise ab einem andern Zeitpunkt vorsehen, wenn dies einem reibungsloseren Übergang von Korporationsaufgaben auf die Gemeinde oder der Gleichstellung der betreffenden Korporationsmitglieder mit den übrigen Eigentümern und Eigentümerinnen von hochwassergefährdeten Grundstücken dient.

Detailerläuterungen zu den einzelnen Artikeln

1. Allgemeines

Artikel 1; Gegenstand

Ausgangspunkt sind die Pflichten der Uferanstösser und der weiteren von Schutzmassnahmen profitierenden Grundeigentümer, wie sie in den Artikeln 189 ff. EG ZGB festgelegt sind. Der Begriff „Wasserläufe" wird aus dem EG ZGB übernommen. Er meint alle von den Artikeln 189 ff. EG ZGB erfassten Fliessgewässer. Dazu gehören auch Linth und Sernf (siehe Art. 192 Abs. 1, 194 u. 201 Abs. 2 EG ZGB).

Die Pflichten beziehen sich auf alle Schutzvorkehrungen an und um die Fliessgewässer, wie Gewässerkorrektionen, Gewässerverbauungen, Ufersicherungen, Gewässerausrämungen und dergleichen. Im Reglement werden sie, in Anlehnung an die Begrifflichkeiten des EG ZGB, als „Pflichten zur Wuhrung und Offenhaltung der Wasserläufe" umschrieben. Geregelt wird, welche dieser Obliegenheiten von der Gemeinde wahrgenommen werden und wie dies von den Grundeigentümern abzugelten ist, die nach dem EG ZGB in der Pflicht stehen.

Artikel 2; Wahrnehmung von Pflichten durch die Gemeinde
Als Aufgabenträger kommen gemäss Artikel 200 Absatz 1 EG ZGB die Verpflichteten selber, Korporationen und die Gemeinde in Frage. Die Fälle der persönlichen Wahrnehmung durch die Verpflichteten sind im Verlaufe der Zeit selten geworden.

Wo Korporationen bestehen, bleiben diese für die Aufgabe, zwecks deren Erfüllung sie errichtet wurden, verantwortlich, es sei denn, es habe ein Aufgabenübergang an die Gemeinde stattgefunden. Die Bestimmungen zum Aufgabenübergang finden sich in den Artikeln 20 und 21. Einen Sonderfall stellt die Vornahme von dringlichen Massnahmen durch die Gemeinde im Aufgabenbereich einer Korporation dar (Art. 22).

2. Aufgaben der Gemeinde

Artikel 3; Wasserbauprojekte
Das Reglement legt die finanzrechtlichen Zuständigkeiten bei Wasserbauprojekten einerseits und beim Unterhalt von Gewässern und Wasserbauwerken andererseits unterschiedlich fest: Anders als beim Unterhalt richtet sich die Zuständigkeit bei den Wasserbauprojekten nach der Finanzkompetenz gemäss der Gemeindeordnung (Abs. 2). Deshalb ist reglementarisch festzulegen, was unter dem Begriff „Wasserbauprojekt" verstanden wird (Abs. 1). Die Begriffserklärung orientiert sich an Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe a des Bundesgesetzes über den Wasserbau. Dieser umschreibt durch die gleichlautende, nicht abschliessende Aufzählung die baulichen Massnahmen, für welche der Bund Abgeltungen an die Kantone als Träger der Hochwasserschutzaufgabe leistet.

Beim Entscheid über das „Ob", das „Wie" und das „Wann" von Wasserbauprojekten besteht regelmässig ein erheblicher Gestaltungsspielraum. Es geht somit um frei bestimmbare Ausgaben. Die Kompetenz für die Beschlussfassung über solche Ausgaben richtet sich nach der Gemeindeordnung (Abs. 2): Über einmalige Aufwendungen von mehr als 250'000 Franken entscheiden die Stimmberechtigten, über die andern der Gemeinderat. Die Kredite müssen gemäss Artikel 44 des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes im Bruttobetrag, d.h. vor Abzug der Beiträge von Bund/Kanton und der Grundeigentümer sowie von anderen Drittleistungen, beschlossen werden.

Mit dem betreffenden Finanzbeschluss wird auch über die grundsätzliche Ausgestaltung des Wasserbauprojekts entschieden. An einer Gemeindeversammlung kann aber nicht über die Projekteinzelheiten beschlossen werden. Es gelten die bewährten Grundsätze, wie sie von Kreditbeschlüssen für andere öffentlichen Bauvorhaben (Strassen, Verwaltungsgebäude etc.) her bekannt sind.

Artikel 4; Unterhalt der Gewässer und Wasserbauwerke; Sofortmassnahmen
Gegenstand dieser Bestimmung sind die Hochwasserschutzmassnamen, an welche der Bund den Kantonen keine Abgeltungen leistet (Abs. 1). Eine Ausnahme stellen die Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen (Abs. 3) dar; sie sind gemäss Handbuch des Bundes für Programmvereinbarungen im Umweltrecht im Rahmen der Instandstellung oder des Ersatzes von Schutzbauten anrechenbar.

Bezüglich der laufenden Offenhaltung der Fliessgewässer, der Wartung und der laufenden Behebung oder Ausbesserung von Mängeln und Schäden an Schutzbauten und -anlagen sowie der Sofortmassnahmen während und nach Unwetterereignissen besteht kaum politischer Handlungsspielraum. Bei der Bereitstellung der erforderlichen Mittel handelt es sich daher um gebundene Ausgaben, die in die Kompetenz des Gemeinderates fallen (siehe Art. 40 Abs. 1 u. 4 kantonales Finanzhaushaltsgesetz).

Selbstverständlich müssen die Kosten für die Massnahmen gemäss Artikel 4 in dem von den Stimmberechtigten zu beschliessenden Budget enthalten sein. Bei zu tiefer Budgetierung, etwa im Falle von grossen Unwetterereignissen, müssten Nachtragskredite beschlossen werden.

3. Pflichten der Grundeigentümerschaft

Der vorliegende Abschnitt regelt die Pflichten der Grundeigentümer. Gegenstand des Grundeigentums sind die „Grundstücke"; darunter fallen nebst Liegenschaften auch andere Objekte, beispielsweise die in das Grundbuch aufgenommenen selbständigen und dauernden Rechte, wie das Baurecht (siehe Art. 655 ZGB).

Artikel 5; Meldepflicht

Die Eigentümer von uferanstossenden Grundstücken nehmen Veränderungen an Fliessgewässern, welche eine Gefährdung begründen oder erhöhen, nicht selten als erste wahr. Deshalb rechtfertigt sich im Interesse der Allgemeinheit die Verankerung einer Meldepflicht.

Artikel 6; Duldungspflicht; dauerhafte Nutzung von Boden

Im EG ZGB sind verschiedene Pflichten der Grundeigentümer im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz verankert, welche die Nutzung ihres Bodens betreffen, wie die Einschränkung der Nutzung von uferschützendem Gehölz (Art. 193 EG ZGB), die Duldungspflichten bei drohender Gefahr (Art. 208 EG ZGB) sowie die zeitweilige oder dauerhafte Abtretung von Boden oder Rechten und deren Entschädigung (Art. 209 EG ZGB). Die vorliegende Bestimmung soll vorab Sachverhalte abdecken, die im EG ZGB nicht geregelt sind. Insoweit handelt sich um eine Auffangbestimmung, was in Absatz 4 zum Ausdruck gebracht wird.

Die in Absatz 1 verankerte Duldungspflicht ermöglicht die unbürokratische Wahrnehmung der Gemeindeaufgaben, sei es bei Arbeiten an Gewässern oder Schutzbauten, bei Kontrollgängen, bei der Erstellung des Beitragsperimeters oder bei Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen. Die Gemeinde hat ihre Rechte so rücksichtsvoll wie möglich auszuüben (Abs. 2).

Absatz 3 hält die Gemeinde dazu an, im Zusammenhang mit dem zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Erwerb von Boden oder Rechten mit den Betroffenen eine gütliche Einigung anzustreben. Bei fehlender Einigung gelangen die Bestimmungen im EG ZGB über die Wuhrpflicht und über die Enteignung zur Anwendung.

Artikel 7; Beitragspflicht

Die Beitragspflicht der Grundeigentümer wird im vorliegenden Abschnitt der Vollständigkeit halber aufgeführt, weil es sich dabei um die bedeutsamste Obliegenheit handelt.

4. Finanzierung der Gemeindeaufgaben

4.1. Kosten und Kostenverteilung

Artikel 8; Finanzierungsquellen

Gemäss dem Bundesgesetz über den Wasserbau gewährt der Bund den Kantonen als Träger der Hochwasserschutzaufgabe Abgeltungen in Form von globalen Beiträgen auf der Grundlage von Programmvereinbarungen und bei besonders aufwändigen Projekten in Form von Einzelbeiträgen. Der Kanton leistet Beiträge an Wasserbauprojekte nach Massgabe von Artikel 203 EG ZGB. Die Projektträger erhalten die gesamten Subventions-

mittel vom Kanton. Doch werden bei den betreffenden Zahlungen die Subventionsanteile einzeln ausgewiesen. Deshalb wird bei den Finanzierungsquellen der Beitrag des Bundes separat aufgeführt (Bst. a). Bei allfälligen Leistungen Dritter (Bst. b) ist namentlich an Beiträge von Kraftwerkeigentümern gemäss den Artikeln 184 und 196 Absatz 2 EG ZGB und an Unterstützungen durch private Organisationen, z.B. der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden, zu denken.

Was nach Abzug der Beiträge von Bund und Kanton (bei Wasserbauprojekten), von allfälligen Leistungen Dritter und von allfälligen Anteilen zulasten der Gemeinderechnung (Bst. c) an Aufwendungen verbleibt, muss von den beitragspflichtigen Grundeigentümern finanziert werden (Bst. d). Es wird für weitere Informationen auf die Ausführungen zu Ziff. 8.5 des Antrages verwiesen.

Artikel 9; Beitragspflichtige Kosten
Mit der nicht abschliessenden Aufzählung von gewissen Kostenpunkten soll zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die Beitragspflicht der Grundeigentümer auf alle direkt mit einer Schutzmassnahme zusammenhängenden Aufwendungen der Gemeinde bezieht.

Artikel 10; Kreis der Beitragspflichtigen
Die Regelung legt fest, wie der Kreis der beitragspflichtigen Grundeigentümer zu bestimmen ist. Der Einbezug in die Beitragspflicht beruht auf der Tatsache, dass die betreffende Person durch die fragliche Massnahme der Gemeinde von einer Schutzpflicht gemäss den Bestimmungen im Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch entlastet wird (siehe Art. 200 Abs. 3 EG ZGB), was eine Gefährdung ihres Grundeigentums voraussetzt. Die Entlastung bezieht sich auf eine den fraglichen Grundeigentümer spezifisch betreffende Pflicht und stellt daher einen wirtschaftlicher Sondervorteil dar (siehe die Ausführungen unter Ziff. 8.2.3).

Absatz 2 hält den Regelfall fest, wonach die Beitragsperimeter für Wasserbauprojekte, für den Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalt und für Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen identisch sind. Allerdings können die Umstände auch verlangen, dass unterschiedliche Kreise von Beitragspflichtigen bestimmt werden. Dies kann etwa der Fall sein, wenn nicht in ein Gesamtprojekt einbezogene Schutzbauten ausschliesslich einzelnen Grundstücken dienen oder wenn Gewässerunterhaltsmassnahmen bestimmte Grundeigentümer von Schutzpflichten entlasten, die von baulichen Vorkehrungen an demselben Gewässer nicht profitieren.

Artikel 11; Gesamtanteil der Beitragspflichtigen; allfälliger Anteil zulasten der Gemeinderechnung
Die Ausführungen zu diesem Artikel sind der Ziff. 8.5 zu entnehmen.

Artikel 12; Bemessung der individuellen Beitragspflicht
Diese Bestimmung soll gewährleisten, dass die einzelnen Grundeigentümer in dem Mass am Gesamtkostenanteil der Beitragspflichtigen beteiligt werden, das ihrem wirtschaftlichen Sondervorteil entspricht. Da sich der effektive Wert des Sondervorteils nur schwer oder gar nicht für jedes einzelne Grundstück bestimmen lässt, darf auf schematische, den Durchschnittserfahrungen entsprechende Massstäbe abgestellt werden, die jedoch den Anforderungen des verfassungsmässigen Rechtsgleichheitsgebotes genügen müssen (siehe die Ausführungen unter Ziff. 8.2.4).

Absatz 2 wiederholt die Anforderungen an die Kostenverlegung unter den Grundeigentümern, wie sie in der durch die Landsgemeinde 2014 beschlossenen Regelung festgelegt sind. Weitere Bemessungskriterien sind einzubeziehen, wo dies im konkreten Fall tatsächliche Gegebenheiten verlangen. Absatz 3 führt beispielhaft zwei in Betracht fallende Kriterien auf.

Dem EG ZGB ist bei der Verpflichtung der Grundeigentümer zur Vornahme von Hochwasserschutzmassnahmen eine gewisse Priorisierung der Anstösser gegenüber den Eigentümern von weiteren gefährdeten Liegenschaften zu entnehmen (siehe Art.189 EG ZGB). Dabei dürfte nebst dem Grad der Gefährdung auch von gewisser Bedeutung sein, dass den Uferanstössern nach Massgabe von Artikel 170 EG ZGB das Recht zur Nutzung der Wasserkraft zusteht. Allerdings eignen sich viele Gewässer mit Gefahrenpotenzial nicht zur Ausnutzung der Wasserkraft, und auch wo eine Nutzung möglich ist, wird sie nicht überall realisiert. Wo aber ein Uferanstösser tatsächlich von dem ihm zustehenden Wassernutzungsrecht profitiert, sei es durch eigene Ausübung oder durch Verleihung, soll dies bei der Kostenverlegung berücksichtigt werden (Abs. 3 Bst. a).

Es ist vorstellbar, dass durch eine Hochwasserschutzmassnahme die Nutzung eines Grundstückes gewisse Beeinträchtigungen erfährt, ohne dass Entschädigungsbestimmungen (namentlich Art. 208 u. 209 EG ZGB, Art. 7 dieses Reglements) greifen. Solche Beeinträchtigungen sollen bei der Verlegung der Kosten berücksichtigt werden (Abs. 3 Bst. b).

Wie ausgeführt ist die Auflistung von Bemessungskriterien, die unter Umständen zusätzlich zu den in Artikel 200 Absatz 3 genannten Gesichtspunkten herangezogen werden müssen, nicht abschliessend. Ein solches Kriterium könnte auch das Mass der Gefährdung der zu veranlagenden Liegenschaften sein. Zwar führt die von der Landsgemeinde 2014 beschlossene Bestimmung diesen Gesichtspunkt, anders als bei der Regelung für die Korporationen (Art. 200 Abs. 2 EG ZGB), bewusst nicht auf. Man wollte den Gemeinden diesen Bemessungsfaktor nicht zwingend vorschreiben, weil dessen Berücksichtigung oft sehr anspruchsvoll ist. Wo dies vertretbar ist, wird man somit bei der Kostenverteilung nicht nach dem Gefährdungsgrad differenzieren. Wie bereits dargelegt setzt aber das verfassungsmässige Rechtsgleichheitsgebot der Schematisierung Grenzen; es ist nicht zulässig Unterscheidungen zu unterlassen, die sich auf Grund der Verhältnisse aufdrängen (siehe die Ausführungen unter Ziff. 8.2.4). Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass bei bestimmten Veranlagungen das Mass der Gefährdung doch heranzuziehen ist. Dabei ist nach heutigem Kenntnisstand an Fälle zu denken, in denen es innerhalb des Perimeters bezüglich Gefährdungsmass markante Unterschiede gibt, die mit vertretbarem Aufwand festgestellt werden können.

Für die zu berücksichtigenden Kriterien muss bestimmt werden, wie sie in die Berechnung des Kostenverteilers einbezogen werden. So ist etwa festzulegen, nach welchen Kennzahlen der Wert von Baugrundstücken, Kraftwerkanlagen, Verkehrsanlagen oder Leitungen eruiert wird oder wie ein Nachteil gemäss Absatz 3 Buchstabe b zu gewichten ist. Auch hier gilt, dass Schematisierungen vorgenommen werden dürfen, solange diese mit den Anforderungen an das verfassungsmässige Rechtsgleichheitsgebot vereinbar sind. Es wird darum gehen, im Rahmen des Zulässigen die grösstmöglichen Vereinfachungen vorzunehmen. Die Festlegung der Parameter ist eine Aufgabe fachtechnischer Natur. Sie soll deshalb in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen (Abs. 4).

4.2. Verfahren zur Veranlagung der Beitragspflicht; Beitragsbezug

Artikel 13; Vororientierung der Beitragspflichtigen
Je transparenter über eine Beitragspflicht informiert wird, desto besser sind die Chancen auf eine breite Akzeptanz. Wer voraussichtlich neu in eine Beitragspflicht einbezogen wird, soll davon erfahren und sich informieren können, bevor es um die konkrete Veranlagung geht. Vorstellbar sind etwa Informationsveranstaltungen oder schriftliche Vororientierungen mit Angabe einer Anlaufstelle für Rückfragen.

Artikel 14; Mitwirkungspflicht der Beitragspflichtigen
Zwar räumt Artikel 25 des kantonalen Verwaltungsrechtspflegegesetzes den Verwaltungsbehörden einen gewissen Anspruch auf Rechtshilfe in Form der Erteilung von Auskünften oder der Vermittlung von Unterlagen ein. Doch kann die direkte Erhebung der nötigen Angaben die Veranlagung wesentlich vereinfachen, zumal möglicherweise nicht alles Nötige bei den Verwaltungsbehörden erhältlich gemacht werden kann. Deshalb wird eine Mitwirkungspflicht der zu veranlagenden Grundeigentümer verankert (Abs. 1).

Bei Missachtung der Mitwirkungspflicht kann eine Ermessensveranlagung vorgenommen werden, nachdem dieses Vorgehen der beitragspflichtigen Person angedroht worden ist (Abs. 2). Davon soll Gebrauch gemacht werden, wenn die erforderlichen Angaben nicht sonst wie mit begrenztem Aufwand besorgt werden können. Der als sinngemäss anwendbar erklärte Artikel 153 Absatz 2 des kantonalen Steuergesetzes beschreibt die Methode einer Ermessensveranlagung, wobei hier natürlich nur die für eine Beitragserhebung massgebenden Faktoren einzubeziehen sind. Entsprechend der Regelung in Artikel 155 Absatz 2 des kantonalen Steuergesetzes soll eine Ermessensveranlagung im Einspracheverfahren nur auf offensichtliche Unrichtigkeit hin überprüft werden dürfen.

Artikel 15; Kostenverteiler
Der Kostenverteiler soll vom Gemeinderat erstellt werden (Abs. 1); er ist dementsprechend Einspracheinstanz (Art. 17). So wird vermieden, dass an das Einspracheverfahren ein allzu langer Beschwerdeweg anschliesst, nämlich mit dem Gemeinderat als kommunaler Beschwerdeinstanz und zwei kantonalen Instanzen (kant. Fachdepartement, Verwaltungsgericht).

Der Kostenverteiler hat die für die Bemessung der Grundeigentümerbeiträge massgebenden Elemente zu enthalten (Abs. 2). Die Betroffenen müssen daraus nicht nur ersehen können, welche Quote des Gesamtanteils sie selber aufgrund welcher Kriterien zu leisten haben, sondern auch, wie die übrigen Quoten bestimmt sind und wie diese errechnet wurden. Der Kostenverteiler unterliegt der Einsprache und hat Verfügungscharakter.

Artikel 16; Bekanntmachung
Der Kostenverteiler ist den Beitragspflichtigen individuell zuzustellen. Damit wird sichergestellt, dass die Betroffenen von ihrem Einbezug in den Perimeter und ihrer Veranlagung Kenntnis nehmen können.

Zu einer umfassenden Information gehören auch alle Angaben darüber, wie sich der unter die Beitragspflichtigen zu verteilende Kostenbetrag errechnet. Es ist zu berücksichtigen, dass die Beitragspflicht auch Grundeigentümer betreffen kann, die nicht in der Gemeinde wohnhaft sind und daher weniger leichten Zugang zu den entsprechenden Informationen haben. Grundlage für die Angaben zu den voraussichtlichen Kosten wird

bei einem Wasserbauprojekt in der Regel der Kostenvoranschlag sein; beim Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalt muss eine Schätzung aufgrund der Erfahrungswerte genügen.

Artikel 17; Einspracherecht; weiterer Rechtsschutz
Die in Absatz 1 vorgesehene Einsprache verpflichtet den Gemeinderat, den angefochtenen Kostenverteiler nochmals zu überprüfen. Einspracheverfahren sind als Rechtsbehelfe gegen Veranlagungen mit einer Vielzahl von Betroffenen sinnvoll: Vor der Veranlagung muss keine Gewährung des rechtlichen Gehörs erfolgen; sie wird durch die Möglichkeit der Einsprache ersetzt (siehe Art. 64 Abs. 1 Bst. c kant. Verwaltungsrechtspflegegesetz). Zudem können allfällige Fehler, etwa bei der Sachverhaltsermittlung oder der Berechnung, von der veranlagenden Behörde selber korrigiert werden. Falls sich eine Einsprache auch gegen die Veranlagung anderer Grundeigentümer als des Einsprechers richtet, müssen diese in das Verfahren einbezogen werden.

Rechtsmittelbehörden gegen die Einspracheentscheide des Gemeinderates sind das zuständige kantonale Departement (Departement Bau und Umwelt) und das Verwaltungsgericht.

Sollten sich aus Einsprachen oder aus nachfolgenden Rechtsmittelentscheiden grundlegende Änderungen des Kostenverteilers aufdrängen, so wäre der ganze Kostenverteiler zu widerrufen und neu zu erstellen.

Die Rechtsmittel gegen den Kostenverteiler betreffen nicht die Ausgestaltung der fraglichen Schutzmassnahmen. Massgebend hierfür sind die raumrelevanten Gesetzgebungen (Baurecht, Natur- und Heimatschutz etc.) und die dort vorgesehenen Rechtsbehelfe. Deshalb wird nicht vorgesehen, dass im Falle der Ergreifung von Rechtsmitteln gegen den Kostenverteiler die Ausführung der betreffenden Schutzmassnahme automatisch gehemmt wird.

Artikel 18; Beitragsbezug
Die Rechnungsstellung für die Beiträge an ein Wasserbauprojekt erfolgt gemäss Absatz 1 Teilsatz 1 grundsätzlich gestützt auf die abschliessende Kostenberechnung. Bei längerer Bauzeit kann es für die Gemeinde eine finanzielle Erleichterung sein, wenn sie aufgrund einer vorläufigen Berechnung (etwa des Kostenvoranschlags) Akontozahlungen verlangen kann (Abs.1 Teilsatz 2). Möglich soll zudem der Beitragsbezug in periodischen Raten sein (Abs. 1 Satz 2), z.B. über den Zeitraum der Amortisation eines Wasserbauprojekts. Mit dieser Variante kann im Sinne einer Verwaltungsvereinfachung der Beitragsbezug für Wasserbauprojekte mit jenem für den Gewässer- und Wasserbauwerksunterhalt verbunden werden; zugleich wird die kurzfristige Belastung der Grundeigentümer vermindert.

In welchem Rhythmus für den Unterhalt der Gewässer und Wasserbauwerke sowie die Sofortmassnahmen bei Unwetterereignissen Rechnung gestellt wird, hängt von den jeweiligen Gegebenheiten des Massnahmegebiets ab (Abs. 2). Ist der Aufwand für den üblichen Unterhalt vergleichsweise klein, wird man wohl nicht jährlich Rechnung stellen. Umgekehrt könnte ein grosser Aufwand für Sofortmassnahmen Anlass zu einer separaten Rechnungsstellung sein.

Zu einer umfassenden Information gehört auch die Angabe der Gründe, welche zu wesentlichen Änderungen gegenüber der Kostenschätzung geführt haben, die bei Zustellung des Kostenverteilers mitgeteilt worden ist (Abs. 3).

Die in Absatz 4 vorgesehene Ausgestaltung als Verfügung hat den Vorteil, dass die nicht durch Einsprache angefochtenen Rechnungen direkt zur Vollstreckung berechtigen (siehe Art. 129 Verwaltungsrechtspflegegesetz). Die Alternative besteht darin, den Zahlungsrücklauf aufgrund der einfachen Rechnungsstellung und allfälliger Kontaktierungen von Säumigen abzuwarten und nur gegenüber denjenigen Pflichtigen zu verfügen, die offensichtlich nicht zahlungswillig sind.

Art. 19; Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse
Die Regelung ist für Fälle vorgesehen, in welchen sich die für die Beitragsveranlagung massgebenden Umstände bei einzelnen Grundstücken wesentlich verändert haben, beispielsweise weil eine Einzonung des Grundstücks erfolgt ist oder das Grundstück durch seine Überbauung stark an Wert gewonnen hat. Beim Kostenanteil an einem Wasserbauprojekt verringert sich das Bedürfnis nach einer Neuveranlagung desto mehr, je länger die Inbetriebnahme des betreffenden Werkes zurückliegt. Für die Berücksichtigung des Zeitablaufs wird ein einheitlicher Modus zu bestimmen sein (z.B. nach dem ordentlichen Abschreibungssatz). Beim Kostenanteil am Gewässer- und Wasserbauwerkunterhalt sowie an Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit Unwetterereignissen hat eine Anpassung der Veranlagung für die künftigen Beiträge Wirksamkeit. Selbstverständlich unterliegen auch solche Anpassungen der Einsprache und dem weiteren Rechtsschutz.

Im Sinne einer Vereinfachung wird bei der allfälligen Anpassung einzelner Kostenanteile für ein Wasserbauprojekt keine Anpassung aller übrigen Veranlagungen vorgesehen, womit auch keine Neuzustellung des Kostenverteilers an alle Beitragspflichtigen nötig ist. Sollten zusätzlich eingehende Beiträge trotz Ausfallrisiken wie Uneinbringlichkeit, Beitragsminderung durch Rechtsmittelentscheide etc. dazu führen, dass der ursprünglich errechnete Gesamtanteil der beitragspflichtigen Grundeigentümer übertroffen wird, soll der Überschuss für die laufenden Aufwendungen beim Hochwasserschutz am betreffenden Gewässer oder Gewässerabschnitt verwendet werden. Ein solches Vorgehen verletzt das Kostendeckungsprinzip nicht, weil dieses keine exakte Gleichheit von Kosten und Beitragseingängen verlangt und zudem der Mehreingang zugunsten der betreffenden Schutzmassnahme verwendet wird.

5. Übergang von Korporationsaufgaben auf die Gemeinde; Nichterfüllung von Korporationsaufgaben

Artikel 20; Mitteilung der Korporation an die Gemeinde
Die Korporationen sind zur Erfüllung ihres statutarischen Zweckes verpflichtet. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht oder nicht in gehöriger Weise nach, ist es Sache der kantonalen Aufsichtsbehörden, die nötigen Massnahmen zu treffen.

Gemäss dem vorliegenden Reglement erfüllt die Gemeinde jene Hochwasserschutzaufgaben, die nicht von den Pflichtigen selber oder von hierzu errichteten Korporationen wahrgenommen werden (Art. 2). Es liegt im Interesse aller, dass Korporationen der Gemeinde rasch möglichst Mitteilung machen, wenn sie nicht mehr gewillt sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. So kann der Übergang der Aufgabe auf die Gemeinde zeitig und geordnet erfolgen.

Artikel 21; Vereinbarung
Übertragungswillige Korporationen und die Gemeinde sollen sich um den Abschluss einer Vereinbarung bemühen (Abs. 1). Eine beidseitig akzeptable Einigung ist die beste

Gewähr für einen möglichst reibungslosen Übergang. Einseitige Anordnungen stehen im Übrigen der Gemeinde auch gar nicht zu.

Die Vereinbarung baut auf dem Willen der Korporation auf, die Schutzaufgabe auf die Gemeinde übergehen zu lassen. Logische Folge des Aufgabenübergangs ist die nachfolgende Auflösung der betreffenden Korporation. Der Regierungsrat wird dieselbe nur genehmigen, wenn die Wahrnehmung der bisher von der Korporation erfüllten Aufgabe sichergestellt ist.

Die Vereinbarung soll so ausgestaltet werden, dass die Korporationsmitglieder über alles betrachtet gleich gestellt sind wie Grundeigentümer, die ihre Beitragspflicht von Anfang an gegenüber der Gemeinde erfüllen (Abs. 2). Dies kann beispielsweise die Berücksichtigung der bisherigen Beitragsleistungen an die Korporation bedingen. Ob, in welcher Art und welchem Ausmass dies geschieht, ist aufgrund der konkreten Umstände zu vereinbaren. So wird etwa von Bedeutung sein, wie hoch diese Beitragsleistungen waren, wie viel Zeit seit der Inbetriebnahme eines von der Gemeinde zu übernehmenden Wasserbauwerkes vergangen ist und in welchem Zustand sich dieses befindet.

Absatz 3 nennt zwei Punkte, die sicher Gegenstand der Vereinbarung sein müssen. Als Beispiel für ein denkbares weiteres Vertragselement sei der Zeitpunkt des Wegfalls von bestehenden Entlastungen der Korporationsmitglieder durch die Gemeinde genannt (Art. 23 u. 24 Abs. 2).

Zwar dürften solche Verträge mit übergabewilligen Korporationen grundsätzlich in die Genehmigungszuständigkeit der Stimmberechtigten fallen, geht es doch um die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe der Gemeinde (vgl. Art. 40 Abs. 1 Bst. a Gemeindegesetz). Sie wirken sich denn auch mehr oder weniger stark auf die Gemeindefinanzen aus. Doch erscheint der Gemeinderat am besten in der Lage, die betreffenden Vereinbarungen in Kenntnis aller massgebenden Umstände abzuschliessen. Es erweist sich daher als angezeigt, die Abschlusskompetenz in allen Fällen dem Gemeinderat zuzuweisen (Abs. 4). Es handelt sich dabei um eine im Gemeindegesetz vorgesehene Delegation einer Vertragsbefugnis (Art. 40 Abs. 2 Gemeindegesetz). Dabei ist der Gemeinderat selbstverständlich verpflichtet, die Interessen der Gemeinde und insbesondere der Steuerzahlenden gehörig zu berücksichtigen.

Artikel 22; Nichterfüllung von Korporationsaufgaben
Diese Bestimmung ist für aussergewöhnliche Fälle gedacht, in denen Korporationsaufgaben nicht mehr ordnungsgemäss erfüllt werden und dadurch akute Sicherheitsgefährdungen entstehen. Sollte es dazu kommen, hätte der Gemeinderat die unumgänglichen und unaufschiebbaren Vorkehrungen zu treffen (Abs. 1). Rechtsgrundlage dafür wäre Artikel 88 Absatz 3 des Gemeindegesetzes, welcher den Gemeinderat verpflichtet, die bei einer ernsten, unmittelbaren und offensichtlichen Gefährdung gebotenen Massnahmen zu ergreifen.

Anordnungen gegenüber der untätigen Korporation kann der Gemeinderat keine treffen. Er hat jedoch an die Aufsichtsbehörde des Kantons zu gelangen. Diese kann ihn allenfalls im Hinblick auf einen anstehenden Aufgabenübergang zur Vornahme von weiteren Vorkehrungen ermächtigen, etwa um Verschlimmerungen von Schäden an Korporationsbauten und -anlagen zu verhindern, die sonst später mit viel höherem Aufwand beseitigt werden müssten. Es würde sich dabei um vorsorgliche Massnahmen handeln. Ein definitiver Aufgabenübergang erfolgte mit der allfälligen Auflösung der Korporation durch die Aufsichtsbehörde (Abs. 2).

6. Schlussbestimmungen

Artikel 23; Aufhebung bisherigen Rechts

Wie in den einleitenden Ausführungen erwähnt, bestehen im Gemeindegebiet einige Korporationen, bei denen die betreffende alte Gemeinde die Entlastung der Korporationsmitglieder von der Beitragspflicht beschlossen hat, sei es durch die eigene Finanzierung der Korporationsaufgabe, sei es durch Übernahme der jeweiligen Beiträge der Mitglieder. Dieser Umstand hat zu Ungleichheiten innerhalb des Kreises der Eigentümer von hochwassergefährdeten Liegenschaften geführt: Die Mitglieder der betreffenden Korporationen können im Rahmen ihrer Körperschaft eigenständig über die zu treffenden Schutzmassnahmen entscheiden, ohne aber auch die entsprechenden Kosten selber zu tragen. Solche Verhältnisse bestehen namentlich im Falle der Guppenrunsekorporation.

Es ist eines der wichtigen Ziele des vorliegenden Reglements, die genannten Ungleichheiten zu beseitigen. Dazu dienen eine klare Aufteilung der Hochwasserschutzaufgaben zwischen den Korporationen, welche ihre Aufgabe weiter erfüllen möchten und der Gemeinde sowie eine den jeweiligen Umständen Rechnung tragende Regelung des allfälligen Übergangs von Korporationsaufgaben auf die Gemeinde.

Zur Herstellung der Gleichbehandlung müssen die noch bestehenden Bestimmungen aufgehoben werden, welche eine Entlastung von Beitragspflichten gegenüber Korporationen durch die Gemeinde beinhalten. Alle von Hochwassergefährdungen betroffenen Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen sollen sich an der Erfüllung der ihnen gemäss dem EG ZGB obliegenden Schutzpflichten beteiligen, sei es als Mitglieder einer Korporation nach Massgabe der Statuten, sei es als Beitragspflichtige gegenüber der Gemeinde nach Massgabe dieses Reglements.

Die Verweisung auf Artikel 24 Absatz 2 bezieht sich auf die Befugnis des Gemeinderates, fallweise, unter Berücksichtigung der Gesamtumstände, die Aufhebung von Gemeindebeschlüssen betreffend Übernahme von Beitragspflichten zu einem anderen als dem reglementarisch vorgesehenen Zeitpunkt in Kraft treten zu lassen.

Artikel 24; Inkrafttreten; Übergangsregelung

Das Reglement soll grundsätzlich mit der Beschlussfassung durch die Stimmberechtigten in Kraft treten (Abs. 1). Dies ermöglicht sogleich mit der Aufgabenerfüllung der Gemeinde zu beginnen.

Die Aufhebung von noch geltenden Bestimmungen betreffend Entlastung von Beitragspflichten gegenüber Korporationen durch die Gemeinde soll sich grundsätzlich auf alle ab dem nächsten Jahr getätigten Massnahmen beziehen (Abs. 2). Die Regelung berücksichtigt, dass Korporationsbeiträge oft jährlich erhoben werden.

Wie dargelegt erfordern ein möglichst reibungsloser Übergang von Korporationsaufgaben und die möglichste Gleichstellung aller Eigentümer von hochwassergefährdeten Grundstücken die fallweise Berücksichtigung der konkreten Umstände. Das kann unter Umständen dafür sprechen, eine Gemeindebestimmung, welche Korporationsmitglieder entlastet, über das laufende Jahr hinaus andauern zu lassen. So ist es unter Umständen rein praktisch nicht sinnvoll, Beitragszahlungen an eine Korporation kurzzeitig wieder vornehmen zu lassen, wenn sich die betreffende Körperschaft in absehbarer Zeit auflöst. Oder die längere Dauer einer Entlastung kann

der Berücksichtigung früherer Leistungen der Grundeigentümer an ein von der Gemeinde zu übernehmendes Wasserbauwerk dienen. Selbstverständlich müssten derartige Sonderregelungen im Rahmen der Gesamtvereinbarung über den Aufgabenübergang (Art. 21) berücksichtigt werden. Diese könnte z.B. vorsehen, dass die Gemeinde Beitragsansprüche der Korporation erwerben und später gegenüber den Pflichtigen geltend machen kann.

8.8 Beschluss der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeinderates

8.8.1 Genehmigung des Reglementes Schutzmassnahmen an Wasserläufen

8.8.2 Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG GLARUS SÜD
VOM 20.11.2015

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Mathias Vögeli

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon

8. Reglement Schutzmassnahmen an Wasserläufen - Antrag auf Genehmigung

Archiv-Nummer 19.01

Diskussion

Ausführungen des Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli

Die Bäche- und Runsenkorporationen wurden im Zuge der Gemeindestrukturreform relativ früh thematisiert und auf kantonaler Ebene im Rahmen der Projektgruppe B8 sowie auf kommunaler Ebene durch die Projektgruppe D8 bearbeitet. Die Sachlage erwies sich bei den Bächen- und Runsenkorporationen in verschiedener Hinsicht als ausserordentlich komplex. Während im hinteren Grosstal und im Sernftal zahlreiche Korporationen funktionieren, sind insbesondere im Raum Leuggelbach bis Mitlödi Korporationen zum Teil „eingeschlafen", keine Korporationen vorhanden oder die Anlagetreffnisse wurden durch die damaligen Gemeinden übernommen. Bei einer Übernahme der Anlagetreffnisse, hierbei wird als prominentestes und emotionalstes Beispiel die Guppenrunse erwähnt, wurden die betroffenen Korporationsmitglieder von ihren finanziellen Verpflichtungen entlastet. Daraus ergibt sich eine Ungleichbehandlung von Eigentümern hochwassergefährdeten Grundstücken innerhalb der gleichen Gemeinde, was berechtigter Weise zu grossem Unverständnis geführt hat. Der Gemeinderat war von Beginn an bestrebt eine Lösung zu finden, welche die Gemeindefinanzen möglichst wenig belastet und gleichzeitig die bestehenden Rechtsungleichheiten beseitigt. Deshalb prüfte der Gemeinderat Möglichkeiten, wo nötig Hochwasserschutzmassnahmen von der Gemeinde zu erfüllen und von den Grundeigentümern mitfinanzieren zu lassen. Die Frage, ob das die damals geltenden Bestimmungen im Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (EG ZGB) zulassen, wurde von den kantonalen Stellen uneinheitlich beantwortet. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat der Gemeindeversammlung den Antrag unterbreitet, einen Memorialsantrag einzureichen, mit dem die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden. An der Gemeindeversammlung vom 23. November 2012 befürworteten die Stimmberechtigten im Grundsatz die Einführung eines Veranlagungsverfahrens für die Bäche- und Runsen. Dieses Verfahren soll nur bei denjenigen Gewässern zur Anwendung gelangen, bei welchen nicht Private oder eine Korporation die Aufgaben der Wuhrpflicht und der Offenhaltung der Wasserläufe, wie sie in Art. 189 ff. EG ZGB verankert sind, übernehmen. In der Diskussion wurde das Anliegen der Stimmbürger vorgebracht, ein möglichst einfaches Verfahren anzuwenden, wodurch eine stärkere Vereinheitlichung der Grundeigentümerbeiträge erreicht und mit dem Begriff „Veranlagungsverfahren" statt „Perimeterverfahren" zum Ausdruck gebracht werden soll. Der Gemeinderat stand diesem Anliegen positiv gegenüber, wobei er festgehalten hat, dass die Beschränkung auf eine einzige Gefahrenklasse angesichts der damit verbundenen rechtlichen Fragen nicht versprochen werden kann. Die Stimmberechtigten haben dann den Gemeinderat beauftragt, einen Memorialsantrag zur Ergänzung des EG ZGB einzureichen, aufgrund dessen auf kantonaler Ebene die Voraussetzungen für die Einführung eines Veranlagungsverfahrens geschaffen werden. Die Landsgemeinde 2014 hat den vom Landrat als Gegenvorschlag zum Memorialsantrag der Gemeinde Glarus Süd unterbreiteten neuen Artikel 200 Abs. 3 EG ZGB erlassen. Er verpflichtet die Gemeinden zu einer angemessenen Beteiligung der Grundeigentümer an den Kosten der von ihr wahrgenommenen Hochwasserschutz-

aufgaben. Im Unterschied zur Regelung in Artikel 200 Abs. 2 EG ZGB, der die Beitragspflicht gegenüber Korporationen definiert, wurde das Gefährdungsmass als Bemessungskriterium für die Beitragspflicht bewusst weggelassen. In der Folge gab der Gemeinderat rechtliche Gutachten in Auftrag, die sich insbesondere mit der Frage befassten, welche Bedeutung bei der Beitragserhebung durch die Gemeinde der Gefährdung einer Liegenschaft beigemessen werden muss. Aufgrund dieser Gutachten stellte sich heraus, dass es eine Veranlagung pro Gewässer bzw. in Einzelfällen pro Gewässerabschnitt benötigt und es mit geltendem Recht nicht vereinbar wäre, einen einzigen Perimeter über das ganze Gemeindegebiet oder Teile desselben zu legen. Somit konnte die Idee, über das ganze Gemeindegebiet, alle Grundeigentümer zu veranlagen, nicht weiterverfolgt werden und es musste ein Auffangnetz geschaffen werden für die Runsen, bei denen keine Korporation besteht oder bei denen, welche die Korporationen aufheben möchten. Bei diesen Gewässern käme dann das vorliegende Reglement zum Zuge. Am 3. November 2015 wurde an einer vom Kanton einberufenen und von Regierungsrätin Marianne Lienhard geleiteten Versammlung wieder ein neuer Vorstand für die Guppenrunsekorporation gewählt, nach dem der alte Vorstand der Guppenrunse unisono zurück getreten war und demnach der Aufsichtsbehörde die Aufgabe der Versammlungsleitung zu Teil wurde. Der neue Vorstand ist gewillt, die Aufgaben der Guppenrunse zu übernehmen und so den rechtmässigen Zustand wieder herzustellen und damit wieder eine faire Lösung über das ganze Gemeindegebiet zu gewährleisten. Die Beschlüsse der ehemaligen Gemeinden Schwändi, Mitlödi und Schwanden widersprechen nämlich kantonalem Recht, indem sie die Grundeigentümer – trotz vorhandener Korporation - von ihrer Mitfinanzierungspflicht entlasten. Mit Art. 23 des Reglementes werden diese Beschlüsse aufgehoben. Es hat sich die Frage gestellt, ob die Beschlüsse nicht ohnehin mit den heute geltenden Bestimmungen in Art. 200 EG ZGB kantonalem Recht widersprechen und damit auch ohne Beschluss dahingefallen wären. Dennoch wird beantragt, dies explizit im Reglement zu verankern, um die Absicht zur Aufhebung der Beschlüsse klar zum Ausdruck zu bringen. Dieser Artikel kommt entsprechend ohnehin zur Anwendung, selbst wenn kein konkreter Anwendungsfall für das Reglement vorliegen würde, da weiterhin sämtliche Aufgaben von den entsprechenden Korporationen wahrgenommen würden. Konkret bedeutet dies im Falle der Guppenrunsekorporation, dass Anlagetreffnisse wieder von den Veranlagten bezahlt werden müssen, sofern die Korporation weiter existiert. Die Erläuterungen zu diesem Geschäft sind auf den Seiten 20 bis 27, das Reglement auf den Seiten 28 bis 33 und die Detailerläuterungen zu den einzelnen Artikeln des Reglements auf den Seiten 34 bis 43 zu finden.

Ausführungen des Departementsvorstehers Kaspar Luchsinger

Der Ursprung dieser Vorlage geht 21 Jahre auf den Beschluss der damaligen Gemeinde Mitlödi zurück, welche die Anlagetreffnisse von der Guppenrunsekorporation übernommen hat. 1995 zog Schwändi nach und 2007 die Gemeinde Schwanden. Das war kein Problem, solange die Gemeinden eigenständig waren. Seit der Fusion entstand aber zurecht von allen Seiten Kritik „man übernehme doch nicht mit den Steuergeldern die Probleme (Lasten) der Guppenrunse und finanziere die eigenen Runsen selber. Dieses Problem wurde erkannt und bereits vor der Fusion in Arbeitsgruppen beraten. Eine Variante war die weitgehende Übernahme dieser Aufgaben durch die Gemeinden, was anschliessend zu ständigen Diskussionen im Gemeinderat führte. Sofern die Gemeinden diese Aufgaben übernehmen würden, wären sämtliche Liegenschaftsbesitzer, auch die

Auswärtigen, entlassen und sämtliche Kosten würden der Gemeinde obliegen, dies erachtete der Gemeinderat als keine geeignete Lösung. So wurde die Meinung der Korporationen abgeholt. Im 2013 fand eine Informationsveranstaltung mit Vertretern von allen Korporationen statt und es zeigte sich, dass sich nicht alle Korporationen bereit zeigten der Gemeinde zu übergeben. Man wollte eine einfache Lösung mit einem Veranlagungsverfahren. Da diesem aber die Rechtsgrundlage fehlte, musste der längere Weg über den Memorialsantrag eingeschlagen werden, der vom Landrat leicht abgeändert wurde. Nachdem nun zwei Juristen zum Resultat gelangten, dass diese Grundlage nicht ausreicht, musste ein neuer Vorschlag ausgearbeitet werden und dieser liegt nun heute mit dem Reglement Schutzmassnahmen an Wasserläufen vor. Das Ziel dieses Reglementes ist es, ein Auffangbecken für Korporationen mit zu wenig Personal, eingeschlafenen Korporationen oder auch für Gebiete ohne Korporationen zu erhalten. Dieses Reglement stellt nur eine Übergangslösung dar, bis das Wassergesetz des Kantons, das noch immer hängig ist, zur Verfügung steht. Die Gemeinde kann aber nicht solange mit einer Lösung zuwarten. Dies zeigt sich am Beispiel der Guppenrunse, die aufgrund ihres akuten Sanierungsbedarfes als Zeitbombe betrachtet werden kann. Hier besteht dringender Handlungsbedarf weil die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist.
Mit dieser Grundlage erfolgt die Finanzierung so oder so durch die Grundeigentümer und Beiträgen von Bund und Kanton und allenfalls weiteren Geldgebern wie bspw. der Patenschaft für Berggemeinden.
Was passiert nun, wenn diesem Reglement zugestimmt wird? Die Beschlüsse der ehemaligen Gemeinden werden aufgehoben und jene Grundeigentümer, die von der Gemeinde entlastet wurden, müssen wieder selber bezahlen. Neu können die Aufgaben der Gemeinde übertragen werden, die Grundeigentümer bezahlen aber trotzdem. Bei bestehenden Korporationen gibt es keine Änderung. Die Gemeinde Glarus Süd ist bestrebt, dass möglichst viele Korporationen bestehen bleiben. Die Korporationen können so selber bestimmen und selber bezahlen. Kaspar Luchsinger gibt abschliessend bekannt, dass momentan keine Alternativen zu diesem Reglement bestehen.

Gemeindepräsident Mathias Vögeli

Nachdem auf dieses Geschäft eingetreten wird, ruft Gemeindepräsident Mathias Vögeli jeden Artikel des Reglementes Schutzmassnahmen an Wasserläufen einzeln auf, um auf allfällige Bereinigungen der Reihe nach eingehen zu können. Bei keinem Artikel wird das Wort verlangt.

Abstimmung

Dem Reglement über Schutzmassnahmen an Wasserläufen wird ohne Wortmeldung zugestimmt.

9. Anträge zu Handen einer nächsten ordentlichen oder ausserordentlichen Gemeindeversammlung und Umfrage

Archiv-Nummer
16.04.00

Der Gemeindepräsident stellt fest, dass keine Anträge gestellt werden und leitet über zur Umfrage.

Wortmeldung von Rudolf Dönni, Luchsingen

Rudolf Dönnj hat in den Berichterstattungen vermisst, dass nicht auf die zunehmende Unterbringung von Flüchtlingen in Luchsingen hingewiesen wurde. In Luchsingen sind bereits Flüchtlinge untergebracht und nun werden weitere im ehemaligen „Kosthaus" untergebracht. Er ist der Ansicht, dass auch solche Mitteilungen durch den Gemeinderat gemacht werden müssten, auch wenn er primär nicht zuständig ist. Die europaweite Flüchtlingswelle weckt Ängste und deshalb will er wissen, warum wird darüber kein Wort verloren.

Antwort des Gemeindepräsidenten Mathias Vögeli

Das Asylwesen ist Sache von Bund und Kanton. Die Gemeinden sind verpflichtet Asylanten aufzunehmen, der Kanton ist für die Unterbringung und eine gleichmässige Verteilung in den Gemeinden besorgt. Wöchentlich kommen ca. sieben Personen in den Kanton Glarus, davor kann sich die Gemeinde nicht verschliessen. Es sind in Linthal, Rüti, Luchsingen, Schwanden und in Mitlödi Asylanten untergebracht. Die Nachbarschaft im Rayon des „Kosthauses" in Luchsingen wurde mittels einem Schreiben vom Kanton betreffend der Asylanten orientiert. Sollten diesbezüglich noch Fragen offen sein, können diese beim Kanton/Asylwesen gestellt werden. Der Kanton hat in Glarus und Glarus Nord Gebäude gekauft, um Asylanten unterbringen zu können, weil in diesen Gemeinden die Mieten für die Unterbringungen zu hoch sind. In Glarus Süd ist dies noch mit Mieten von Objekten möglich. Der Kanton ist bestrebt, eine gleichmässige Verteilung der Asylanten in allen drei Gemeinden zu erreichen.

Schluss der Gemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident dankt allen Mitarbeitenden, allen Kadern, den Departementsvorstehenden und Gemeinderäten sowie dem Vizepräsidenten für die wertvolle geleistete Arbeit. Mit den besten Wünschen für die Advents- und Weihnachtszeit und den Jahreswechsel schliesst der Gemeindepräsident die Gemeindeversammlung mit dem Hinweis, dass die Polizeistunde bis um 02.00 Uhr verlängert ist.

Schluss der Versammlung 22.10 Uhr

Genehmigt vom Gemeinderat Glarus Süd am 17. Dezember 2015.

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindepräsident

Mathias Vögeli

GEMEINDERAT GLARUS SÜD

Der Gemeindeschreiber

André Pichon